

Nr. 2 Oktober 1982

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

**In
seinem
Geist
mit
neuer
Kraft**

FDP





Titelbild: Die historische Vorlage bildet ein FDP-Plakat aus den sechziger Jahren. Die Idee für das Titelbild stammt von Jürgen Koppelin.

nach-drucksachen: F.D.P.-Wahlaufzug '80 Seite 8

FDP/F.D.P.: Die Spaltung der Liberalen wird immer sichtbarer Seite 9

Grüne: Interview mit dem Bundesgeschäftsführer der Grünen Seite 11

Norderstedter Kongreß: Liberale Nordlichter machen Stimmung gegen den Vertrat in Bonn Seite 13

FDP-Count-Down: Jungdemokraten-Chef Werner Lutz analysiert den Niedergang der FDP Seite 15

Alte Prognosen: Hanspeter Knirsch erinnert an Richtungsweisendes aus der F.D.P., das keine Mehrheit fand Seite 18

Raubrittertum: Das Lambsdorffpapier und amerikanische Erfahrungen mit vergleichbaren Konzepten Seite 20

Weimar: Bedrückende Parallelen von Koalitionsbrüchen Seite 24

Giftexporte/Importe: Mit Nahrungsmitteln importieren wir weiterhin DDT Seite 26

Großbritannien: Interview mit dem liberalen Unterhausabgeordneten David Alton über die Chancen, Thatcher abzulösen Seite 28

Satire und trotz alledem Seite 30

Dritte-Welt-Läden: Politik und Geschäft kann auch anständig laufen Seite 31

Liberale Zentren: Das Karlsruher LZ Seite 31

Rubriken
drucksachen-herausgeber Seite 3
brief-drucksachen Seite 4
nachrichtliches — in kürze Seite 6
anstöße Seite 22
in eigener sache Seite 33
personelles Seite 34
der—die—das letzte Seite 35

drucksachen-inhalte



Spannung

Rechte und Linke in der FDP diskutieren offen über die Spaltung ihrer Partei. Die Ordoliberalen sitzen in der Regierung, die Sozialliberalen begreifen sich als Opposition. Nach dem Berliner Parteitag gibt es auf jeden Fall eine völlig andere FDP.

Seite 9



Grüne: Opposition oder neue Mehrheit

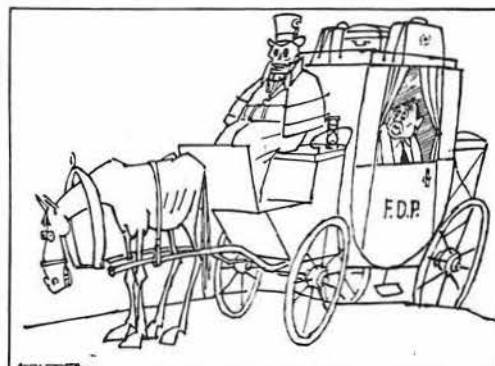
Die Grünen schwanken zwischen Fundamentalopposition und neuer Regierungsmehrheit links von der CDU. Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer der Grünen, nimmt in einem Interview Stellung zur zukünftigen Strategie seiner Partei und zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften.

Seite 11

Genschers Talfahrt

Werner Lutz analysiert die Politik und die Wahlergebnisse der FDP seit ihrer Gründung. Bei den Landtagswahlergebnissen zeigt sich ein stetiger Abwärtstrend der FDP. Unter dem Vorsitz von Genscher hat sich das Verschwinden der FDP aus Landesparlamenten dramatisch beschleunigt.

Seite 15



Die Prognose stimmte

Hanspeter Knirsch erinnert sich an seine Arbeit in der 1975 eingesetzten Perspektivkommission der F.D.P.. Dieses später von der Parteimehrheit nicht akzeptierte Papier sagte 1977 die Wirtschaftsprobleme der Bundesrepublik für den Herbst '82 exakter voraus als die offiziellen Prognosen des Wirtschaftsministers vom Juli 1982.

Seite 18

Weimar läßt grüßen

Auch 1930 waren es Scheinkonflikte, an denen sich das Koalitionsgerangel der Rechtsliberalen festbiß, bis die Koalition zerbrach. Die Parallelen des Rechtsrutsches damals und heute sind beklemmend. Rolf Schniedermann stellte Reden und Kommentare aus der Endphase der Weimarer Republik zusammen.

Seite 24

Volksversammlung
Youngplan
 am 26. September 1929, abends 8 Uhr
 Aula der Herderschule,
60 Jahre jede Sekunde 80 Goldmark wollen wir nicht zahlen!

Notwendige Konsequenzen ziehen



drucksachen-Herausgeber Hölscher, Matthäus, Schiller (von links)

Meinte die FAZ am Tag nach der Hessen-Wahl in einem Bericht über den Norderstedter Kongreß, 400 Mitglieder (real waren es über 700) in Norderstedt von 80.000 in der Partei insgesamt: das könnten Genscher und Mischnick ertragen, so mußte sie übereinstimmend mit fast allen Kommentatoren in der gleichen Ausgabe feststellen: "Die Hessen-Wahl war ein Urteil über den Kurs von Genscher und Lambsdorff, und das Urteil ist für die F.D.P. verheerend ausgefallen."

In grotesker Selbstüberschätzung hatte Genscher am Samstag zuvor sich selbst mit der Partei gleichgesetzt und die Kritiker seines Kurses zum Verlassen der F.D.P. aufgefordert. Ähnliche Erklärungen u.a. von Möllemann und Gries waren vorausgegangen.

Die 700 Teilnehmer von Norderstedt standen und stehen für mehr: Für eine radikal-demokratische und freisinnige Tradition des Liberalismus und für die immer noch vorhandene Bereitschaft, sich in einer Partei mit den Wirtschaftsliberalen zusammenzufinden, um den organisierten Liberalismus im parlamentarischen System Geltung zu verschaffen.

Diese Bereitschaft schließt allerdings die Selbstaufgabe und die Selbstverleug-

nung nicht mit ein.

Die 4 Millionen hessischen Wähler wollten vielleicht noch gerade rechtzeitig die Ausgrenzungspolitik Genschers stoppen. Genscher, Kohl und Strauß haben jedoch das Gegenteil daraus gemacht: Die 34 zu 18-Entscheidung der FDP-Bundestagsfraktion hat das hessische Wählervotum ignoriert. Und plötzlich haben auch CDU und CSU Angst vor Neuwahlen. So paradox es erscheint, Hessen hat Kohl's Wahl zum Kanzler sicherer gemacht.

Das hessische Wahlergebnis überdeckt allerdings die Tatsache, daß die Konfliktlinien um die Sicherung und den Ausbau der inneren und äußeren Freiheit, um die Gerechtigkeit bei niedrigen oder rückläufigen Wachstumsraten und um die ökonomische und ökologische Zukunft unserer Gesellschaft quer durch die Volksparteien verlaufen.

Die Frage, ob es zur Bewältigung der Zukunftsfragen auch einer Neuordnung des Parteiensystems bedarf, ist mit Hessen noch nicht beantwortet. Willy Brandt schwärmte am Wahlabend in der "Bonner Runde" schon von einer "neuen Mehrheit" aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und Grünen. So verführerisch diese

Vision sein mag, so hat sich derzeit in Berlin, in Hamburg und in Hessen diese "neue Mehrheit" nur in der Wählerschaft gebildet. Bis zu einer parteipolitischen Umsetzung ist es noch ein weiter Weg. In jedem Fall ist mit der Hessen-Wahl klar: Der Genscher-Kurs führt zur parlamentarischen Vernichtung der F.D.P. Die von Genscher angeprangerte "Unregierbarkeit" (sog. Hamburger Verhältnisse) ist Folge seiner eigenen Politik.

Eine absolute Mehrheit der CDU/CSU bei vorgezogenen Bundestagswahlen ist keineswegs sicher. Die Grünen sind ein langfristig ernst zu nehmender politischer Faktor. Die SPD und ihre Wähler sind immer noch zu ungeheurer Mobilisierung fähig.

Der Kampf um liberale Mehrheiten in der F.D.P. ist noch nicht verloren. Gegen den erklärten Widerstand der Parteispitze wurde durch die Parteibasis ein Sonderparteitag erzwungen. Die Parteiführung hat auch dieses Aufbegehren ignoriert. Der Bundesparteitag Anfang November in Berlin wird zeigen, ob die Partei insgesamt bereit ist, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

William Borm
Hanspeter Knirsch
Ingrid Matthäus-Maier

Hinrich Enderlein
Jürgen Koppelin
Christoph Strässer

Sibylle Engel
Wolfgang Lüder
Theo Schiller

Friedrich Hölscher
Werner Lutz
Helga Schuchardt

Aus dem Schlaf gerissen

Als ich "liberale drucksachen" erhielt, war ich zunächst sehr gespannt auf den Inhalt und neugierig, was l.d. – gedacht wohl als Sprachrohr und Informationsträger der Linksliberalen – wohl bringen würde. Doch als ich die Lektüre der l.d. beendet hatte, klappte ich das Heft mit einem tiefen Seufzer zu. Die Beiträge in diesem Heft beschränken sich darauf, links-liberale und radikal-demokratische Positionen darzulegen, links-liberale Opposition zur Aufrüstung, zur Streichung von Sozialleistungen, zur Verletzung von Menschenrechten in der Türkei etc. zu bekräftigen. Auch fehlte die schon fast obligatorische Kritik an den Grünen nicht sowie ein erneutes Deutlichmachen des Widerstandes gegen einen Koalitionswechsel der F.D.P.

Aber in keinem Satz wurde über Möglichkeiten und Strategien von Linksliberalen in der F.D.P. und außerhalb für die Zeit nach dem Bruch der Koalition und einem Koalitionswechsel nachgedacht. Ihr tut gerade so, als wäre dies kein Thema für Euch, als wüßtet Ihr nicht, daß Linksliberale und Radikaldemokraten an der F.D.P.-Basis überall im Lande schon länger über dieses Thema diskutieren. Viele von ihnen empfinden es als Zumutung, unter einer F.D.P.-CDU-Regierung noch länger Mitglied der Partei zu sein und suchen nach Alternativen. Habt Ihr dies nicht mitbekommen oder verdrängt Ihr es aus taktischen Gründen? Der 17. September war doch absehbar und der Koalitionswechsel ist es auch.

Wenn ich dagegen Euer Programm für die Oktoberausgabe lese, so verspüre ich keine große Lust, l.d. zu abonnieren. Ich tue es dennoch in der Hoffnung, daß der Koalitionszusammenbruch Euch vielleicht aus dem Schlaf gerissen haben könnte und Ihr aus der Defensive endlich in die Offensive übergeht. Sollten jedoch die

nächsten Ausgaben keine Perspektiven für Linksliberale diskutieren, so wird es für mich kein Abo '83 geben.

Susanne Raeke
Hamburg

Mit Bitterkeit erfüllt

Auch wenn die erste Nummer der liberalen drucksachen erst heute bei mir eintraf, so kam sie doch gerade recht, um mich aus dem Stimmungstief, in das mich der Koalitionsbruch vom letzten Freitag versetzt hat, wenigstens ein Stückchen herauszuziehen. Dafür erst einmal danke schön!

Wenn ich nun heute gleichzeitig über zwei von Euch lese, Moritz Meyer habe am Freitagabend sein Bundesvorstandsamts aufgegeben und Helga Schuchardt stelle ihre Parteimitgliedschaft infrage (Südwestpresse v. 20.9.), so erfüllt mich dies mit Bitterkeit. Vielleicht hat meine langjährige Mitgliedschaft in Möllemanns Bundesfachausschuß meine Frustrationstoleranz besonders ausgeprägt, aber ich sehe keine Alternative, als trotz alledem und nun erst recht innerhalb der F.D.P. weiterzumachen. Auch wenn diese inzwischen wieder zur FDP zu werden droht, so kann ich mir nicht vorstellen, wie der Freisinn als selbständige Partei auf mittlere Sicht die 5%-Hürde schaffen soll. Darüberhinaus bin ich der Überzeugung, daß eine Wahlschlappe der hessischen FDP und der Genscher übertreffende Machtinstinkt des FJS dafür sorgen werden, daß den Liberalen fürs erste das parlamentarische Lebenslicht ausgeblasen wird. Dann aber werden die Opportunisten die Partei verlassen. Wir sollten ihnen deshalb nicht vorangehen.

Da ich Euch nicht mit einer Anzeige dienen kann, tut es fürs erste sicher auch ein Scheck über 100,- DM, um mich in die Schlange der Hintermänner und -frauen einzureihen.

Berthold Meyer
7400 Tübingen 1

Zwischen den Stühlen

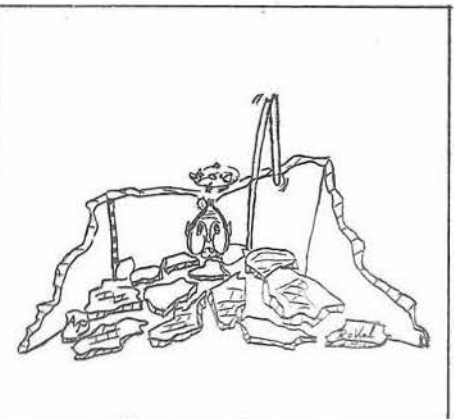
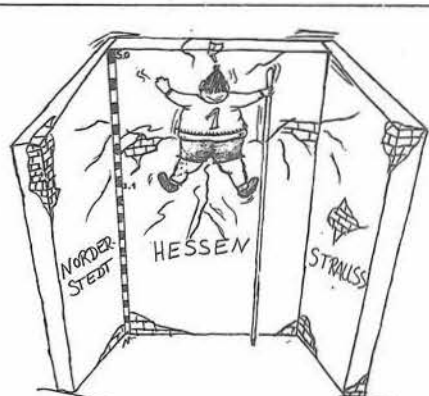
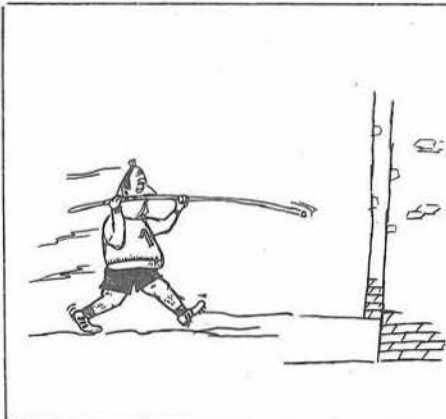
Was gestern in Bonn passierte, erfüllt mich mit tiefer Trauer und ohnmächtiger Wut. Aus diesem Grund wünsche ich Ihrer Arbeit viel Erfolg. Meine Adresse haben Sie – wenn auch etwas verstümmelt – von Herrn Borm, dem ich seinen Antrag zur Nachrüstung unterstützte. Außerdem habe ich zusammen mit meiner Familie den Krefelder Appell unterzeichnet. Ich wurde 1936 geboren, trat im April 1959 bei den DJD, im November 1960 bei der FDP ein; bin Basisarbeiter, der noch nie ein politisches Mandat angestrebt hat, habe in Stuttgart auf Freiburg zugearbeitet; seit Ende 1977 bin ich Mitglied im Bezirksvorstand Mittlerer Neckar, davon seit drei Jahren Schatzmeister. Bei der letzten Wahl vor einem Jahr wurde ich mit 111 von 118 Stimmen wiedergewählt, was ich meiner Integrationsarbeit zuschreibe.

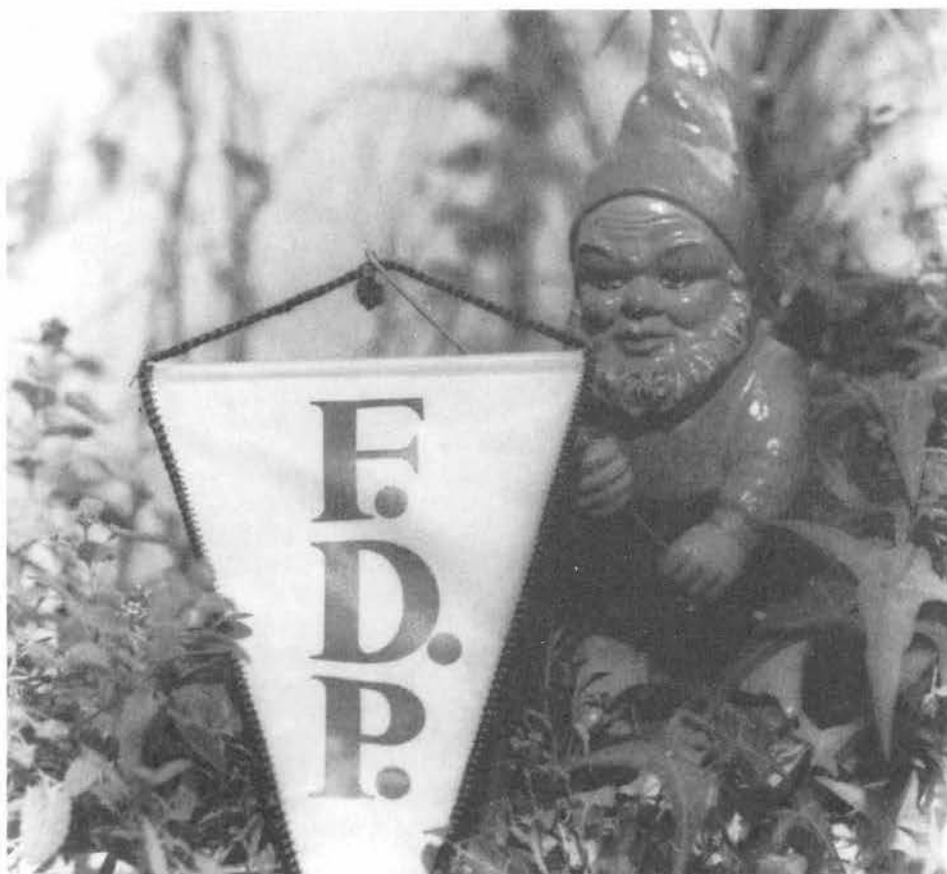
Mit meiner Ansicht zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sitze ich zwischen den Stühlen des Grafen Lambsdorff und den Meinungen, die in der Nr.1 Ihrer Zeitung verbreitet werden. In einer Wirtschaftsrezession darf man nicht Mineralölsteuer ohne Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer sowie die Heizölsteuer erhöhen. Das hätte zu große Bremswirkung für einen eventuellen Aufschwung, wenn dies auch aus umweltpolitischen Gründen zu begrüßen wäre. Jeder 7.Arbeitsplatz in der BRD hängt vom Auto ab. Der größere Abgang an Devisen wegen der Preiserhöhungen bei Mineralöl konnte zwischenzeitlich zumindest teilweise durch höhere Exporte in die erdöllexportierenden Länder wettgemacht werden.

Rolf Schöffner
7015 Korntal-Münchingen 2

* Leserbriefadresse:
liberale drucksachen
Elbestr.30
4630 Bochum

Die Waende





Gartenzwergliberalismus

Mit einer Mischung aus Zorn und Enttäuschung, mit starken Resignationstendenzen habe ich das letzte Jahr des Niederganges der FDP verfolgt. Aushalten wurde immer schwerer; wem konnte man es noch verständlich machen, in dieser Partei zu sein? Taktierendes Abweichen von liberalen Grundpositionen prägte das Bild – Gartenzwergliberalismus statt Perspektive!

Viele von denen, mit denen man zusammenarbeiten konnte, haben die Agonie nicht bis zuletzt abgewartet, sind gegangen oder haben die Arbeit eingestellt wie ich auch.

Nun ist die Nachumfallzeit gekommen, es ist an der Zeit, sich die Perspektiven des Linksliberalismus zu überlegen. Ich sehe drei Möglichkeiten:

1. Weiterarbeit in der FDP
 2. Übertritt in eine andere Partei
 3. Mitarbeit in einer liberalen Partei
- Ad 1)

Für die Weiterarbeit in der FDP spräche, daß der Erhalt des organisierten Liberalismus gewahrt bliebe, auch böten sich für Linksliberale in einigen Bereichen Chancen, z.B. könnten in der Rechtspolitik liberale Freiheitsrechte vor der CDU gerettet werden. Auch die Hoffnung auf einen Neubeginn könnte man haben.

Allgemeine Gefühle von Frust und Wut sprächen dagegen, die lassen wir beiseite, aber auch die möglichen Perspektiven. Einige sind schon weg, viele gehen, die es nicht mehr ertragen können, ihren ehrlichen Einsatz so mißbraucht zu sehen.

zu 2)

Der Übertritt in die SPD oder zu den Grünen/Alternativen kann nur eine individuelle Lösung sein. Die Linksliberalen müßten sich entweder als eigenständige Kraft aufgeben oder als "Störfaktor" wirken.

Zu den Grünen ist zu sagen, daß sie viel von dem, was wir wollen, in ihrem Programm haben. In den Bereichen, wo das Programm Lücken aufweist, könnten wir zur Füllung beitragen. Es erscheint aber sehr zweifelhaft, ob man uns, die von außen kommen, brauchen und schätzen wird.

Die SPD ist ebenso wie die FDP für die Fehler der Regierungspolitik verantwortlich. Zwar bietet diese straff geführte Partei für uns wenig Attraktivität, möglich ist allerdings, daß die SPD in der Opposition zu ihren Zielen zurückfindet. Diese Regeneration ist aber die Sache von Sozialdemokraten, nicht von reingeschnitten Liberalen.

zu 3)

Die Neugründung einer liberalen Partei wird vorerst das Ende des organisierten Liberalismus sein, da die 5%-Hürde uns in nächster Zeit nicht ermöglicht, in Parlamente einzuziehen. Auch ist die unselige Geschichte des gespaltenen Liberalismus zu bedenken. Aber es waren nicht die Linksliberalen, die die Einheit aufgekündigt haben, sondern die, die mit einer Wende weg von der Entspannungspolitik, mit frühkapitalistischer Wirtschaftspolitik den Umfall vorbereitet haben.

Eine Spaltung böte zunächst die Möglichkeit, der Parteirechten von außen den Kompromiß wieder aufzuzwingen, da ohne bzw. gegen uns die 5%-Hürde auch

für sie kaum zu schaffen ist.

Welche Chancen bestehen nun für einen eigenständigen Weg?

Sie werden nicht ersetzt werden können, konnten bisher nicht ersetzt werden seit die Politik der Partei dem Programm widerspricht.

Die Linksliberalen, bisher eine bedeutende, wenn auch oft unterrepräsentierte Gruppe, werden mehr und mehr an Einfluß verlieren. Die Ouvertüre in NRW hat stattgefunden, das Finale steht bevor. Als Minderheit ohne Chancen wird man uns einige Spielwiesen überlassen. Wir dürfen Orchideen pflegen, mit denen sich die Partei schmücken kann, um sich wenigstens in Randzonen von der CDU zu unterscheiden.

Der späte, hoffentlich nicht zu späte Aufbau eigener Strukturen dürfte sich gelohnt haben. Eine neue Partei, die etliche Abgeordnete auf ihrer Seite hat, die über ein organisatorisches Skelett verfügt, könnte mittelfristig Chancen haben. Durch die dankenswerte Arbeit von William Borm und seinem Kreis bestehen vielerorts Personenkreise, die bereit sind, am Neuaufbau einer liberalen Partei mitzuwirken.

Ob diese Partei klein oder groß sein wird, hängt von uns ab, sie ist aber die einzige Chance, denn – vergessen wir es nicht – wir sind in der FDP eine Minderheit. Die Spiegel-Analyse von 1969 stimmt immer noch: 1/3 ist links, 1/3 rechts, 1/3 für die Parteiführung. Die Politik der Parteiführung kennen wir, es ist nicht die unsere. Auf Kongressen haben wir den Willen für linksliberale Politik gezeigt, nun ist es an der Zeit zu handeln.

Georg Krause
5657 Haan 1

Führer befiehl!

Die Wirren in der F.D.P. nehmen Formen an und ziehen Kreise, die (noch) unserer Partei schwer zu schaffen machen. Aber ein Austritt zum jetzigen Zeitpunkt stärkt die Ellenbogenpolitiker und Machtverwalter. Wir nehmen uns damit die Möglichkeit, auf dem kommenden Berliner Parteitag Fragen zu stellen und das Recht auf eine Antwort zu haben – uns selbst unsere Argumente einzubringen.

Wenn dann der Parteitag in Berlin den Geist von Freiburg ignoriert und einem "Führer befiehl – wir folgen Dir"-Prinzip folgend, den Verrat in Bonn absegnen sollte, ist es Zeit genug uns zur Bundestagswahl im März 1983 in einer liberalen Bewegung zu formieren.

Ich bin sicher, für eine ehrliche und aufrichtige Politik im liberalen Geist von Freiburg im Sinne von Naumann und Flach gibt es mehr als 5 % Stimmen der Wähler, damit dieses Gedankengut ins Parlament getragen wird.

Frank Außerbauer
7016 Gerlingen



Wolfgang Mischnick: Versprochen...

Eingestampft

Mit einer schönen Tradition der F.D.P.-Bundestagsfraktion mußte jetzt leider gebrochen werden. "Versprochen-Gehalten", der Arbeitsbericht der F.D.P.-Bundestagsfraktion, wurde von den politischen Ereignissen überrollt und hat auf einmal nur noch Altpapierwert.

"Seine Leser wissen, daß man sich auf die Versprechen der F.D.P. nicht nur zu Wahlzeiten verlassen kann", so Wolfgang Mischnick im Vorwort, als er noch nicht wußte, daß sein Parteivorsitzender schon das neue Ufer erreicht hatte. Und: "Gerade für Freie Demokraten ist es überlebensnotwendig, daß sie eine gradlinige, solide, verlässliche Politik betreiben."

Schließlich konnte er ja nicht vorhersehen, daß die Hessischen Wähler das genauso sehen und deshalb die F.D.P. gewählt. Es spricht allerdings für den Realitätssinn der F.D.P.-Geschäftsstelle, daß sie die 10.000 eingelagerten Exemplare einstampfen ließ. Was sie allerdings nicht verhindern konnte: Einige Exemplare erblickten dennoch das Tageslicht, auf dem Büchermarkt erzielten sie unter "moderne Satire" Höchstpreise.

Die "liberalen drucksachen" haben einige dieser amüsant zu lesenden Broschüren sichergestellt. Für 2,50 DM (in Briefmarken) sind sie bei der Redaktion zu erhalten. Falls der Vorrat ausgeht, wollen einige Jungdemokraten das Heft unter einem neuen leicht veränderten Titel nachdrucken: "Versprochen - Gebrochen".

Aufkündigung

"Die DJD werden im Wahlkampf zum Bundestag 1969 die F.D.P. unterstützen und besonders solche F.D.P.-Kandidaten, die radikal-demokratische Grundsätze vertreten.

Der Bundesjugendtag erwartet von der F.D.P. nach dem 28.9.1969 eine radikal-demokratische und sozial-liberale Politik. Der Bundesjugendtag sieht für diese Politik keine Möglichkeit bei einer CDU/CSU-F.D.P.-Koalition.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, für den Fall einer CDU/CSU-F.D.P.-Koalition, unverzüglich einen außerordentlichen Bundesjugendtag einzuberufen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der DJD mit der F.D.P. aufzukündigen."

Schon lange bevor in Bonn Hans-Dietrich Genscher seinen Kabinettsessel verließ, durchwühlten altgediente Jungdemokraten ihre Archive. Bei dem gesuchten corpus delicti handelte es sich um einen nach wie vor gültigen Beschluß, den die Jungdemokraten auf ihrem Bundesjugendtag 1969 gefaßt hatten.

Übrigens: Damals war Wolfgang Lüder Bundesvorsitzender und Günther Verheugen Landesvorsitzender der DJD in Nordrhein-Westfalen.

Die Familie Georg Jahn aus Velbert war am Koalitionsbruch-Freitag besonders empört und schickte ein Telex an das Thomas Dehler Haus. Adresse: Firma Mende, Vermächtnis GmbH.

Nur Telexexperten erkannten, daß Familie Jahn zu diesem Zeitpunkt wohl im Dehlerhaus gewesen sein muß. Absender-Telex-Nummer ist ebenfalls das Dehler-Haus.

Unterschiedliche Präferenzen

In einer Diskussion mit Helga Schuchardt MdB im Liberalen Zentrum Köln nur wenige Stunden vor dem Mißtrauensvotum in Bonn, gab sich Hermann Schulz, Bundesvorstandsmitglied der Grünen kompromißbereit: es sei wichtig, auch angesichts unterschiedlicher Präferenzen aber bei Übereinstimmung in den Zielen zusammenzuarbeiten. Freundliche Worte

fand Schulz für F.D.P.-Größen wie Thomas Dehler und Gerhart Baum, die auf den Gebieten der Ostpolitik bzw. der Rechts- und Innenpolitik Dinge durchgesetzt hätten, zu denen die dogmatischen Parteien wie CDU oder SPD nicht fähig gewesen wären. Helga Schuchardt räumte ein, daß die F.D.P. seit längerer Zeit ihre innovative Kraft — und nach dem Wähler-votum offensichtlich an die Grünen — verloren habe. Sie gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß dies die F.D.P. (welche?) noch erkenne, bevor sie ihr Leben aushauche.

TELEX FÜRBO 00
TELEX FÜRBO 00

an die
firma mende
vermachtnis gmbh.

koalitionsbruch-wechsel-sich-alle

0100 bonn-faehnen in wind

s.d. . daten + herren,

vielen dank fuer ihren schritt.
schoen waere nur, wenn sie mir meine stimme wiedergeben
wuerden, welche ich ihnen aufgrund der tatsache gegeben
habe, dass mende aera endguelteich vorbei waere.
so kann man sich tauschen.
ich freue mich schon auf den anblick, in kuerze die wohl-
bekannten gesichter (ausgenommen natuerlich herr baum und
einige andere meinungsstae) neben herrn strauss etc.
sitzen zu sehen und auf ein neues none politik fuer uns und
unser land zu machen. dieses mal eben von der anderen seite.
was macht das schon, politik ist ein hartes geschaeft.
mir reicht es jedenfalls.

ps.
vielleicht spricht der waehler in kuerze ein machtwort,
in nessen zum beispiel, oder so.....

familie georg jahn, velbert 1

0
050500 f0000 0

TELEX

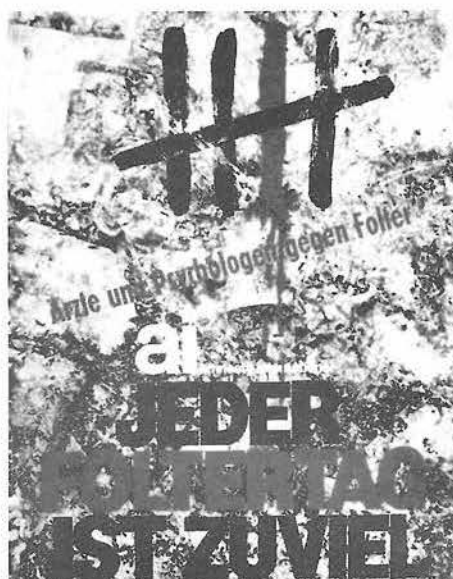
Atomwaffenfrei

Vom 7. bis 17. November werden die diesjährigen bundesweiten Friedenswochen stattfinden. Der zentrale Koordinator der Bewegung, die Aktion Sühnezeichen, rechnet mit mehr als 4.000 Städten und Gemeinden, in denen lokale Friedensinitiativen für 10 Tage mit ihren Veranstaltungen dazu beitragen, den Widerstand gegen die "Nach"rüstung zu verstärken.

Getragen werden diese Friedensinitiativen von politischen Gruppierungen und Jugendverbänden. Neben Grünen und Alternativen finden sich hier auch Jungdemokraten, Jungsozialisten, der "Bund Deutscher Katholischer Jugend" und die Gewerkschafts-Jugend.

Im Rahmen der Friedenswochen ist von den Veranstaltern geplant, am Samstag, den 13. November, bundesweit koordinierte Schweigemärsche, Mahnwachen und Schweigestunden an militärischen Einrichtungen abzuhalten.

Unter dem Motto: "Frieden schaffen ohne Waffen" rufen die Veranstalter in einem Aufruf dazu auf, insbesondere die Möglichkeit einseitiger Abrüstungsschritte zu diskutieren und die Kampagne zur Schaffung von atomwaffenfreien Zonen zu verstärken. Alle Beteiligten hoffen, daß noch mehr Städte und Gemeinden dem Beispielen von Nürnberg, Lindau, Kassel und Tübingen folgen, die sich bereits vor geraumer Zeit zu atomwaffenfreien Zonen erklärt haben.



Moderne Folter

"Persönlichkeitsentzug als die zentrale Strategie moderner Folterknechte" – unter diesem Thema stand ein gemeinsames Seminar von "amnesty international" und des Rudolf-Virchow-Instituts, einer gesellschaftskritischen sozialmedizinischen Initiative. Resümee in Freiburg: die physi-

sche Vernichtung der Opfer ist 'veraltet', Ziel 'moderner' Folter ist die Zerstörung der Persönlichkeit, der psychischen Grundstrukturen der Opfer.

Die mit zunehmendem Persönlichkeitsverlust wachsende Abhängigkeit von den Folterknechten läßt sich nur noch mit den Strukturen aus der Kindheit vergleichen, erklärten übereinstimmend die Experten. Nicht nur die Methoden werden immer subtiler, die Opfer werden mittlerweile häufig wahllos herausgegriffen: Es ist wichtiger, ein Exempel zu statuieren als politische Exponiertheit oder Überzeugungen zu treffen. Wer die Folter überlebt, braucht auch im Asyl trotz erneuerter Persönlichkeit lange, um Depressionen oder Traumata zu überwinden; Therapie und Konzepte zur Verarbeitung des Schreckens stecken noch in den Kinderschuhen.

Psychologie als Mittel der Folter berührt zentrale Fragen der medizinischen Berufsethik. Trotz weitreichender Beschlüsse internationaler Fachverbände beklagten den Seminarteilnehmer, in der Bundesrepublik Berührungängste und eine Mauer des Schweigens, selbst "ai" sei als Gesprächspartner häufig noch unerwünscht.

Koalitionsbruch

Im Liberalen Hochschulverband (LHV) wird über den Koalitionsbruch diskutiert. Ein Teil des Verbandes möchte die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) verlassen.

Der LHV-Vorstand ist in seiner Mehrheit unzufrieden über die bisherige Diskussion zur Demokratisierung der VDS. Ein Teil des LHV sieht in diesen VDS-Verhandlungen jedoch nur einen Vorwand, um das Bündnis zwischen Kommunisten, Sozialisten und Liberalen im studentischen Dachverband platzen zu lassen.

Die innerverbandliche Auseinandersetzung über das Thema wird angesichts der übrigen Bonner Ereignisse wohl vertagt. Die Bundesdelegiertenkonferenz wird nun Ende November über das Verhältnis des LHV zur FDP diskutieren.

Order: mehr Positives

Täglich, bis 11 Uhr, so eine Weisung der FDP-Landesgeschäftsstelle in NRW, sollen die Kreisvorsitzenden bzw. Kreisgeschäftsstellen mitteilen,

- "1. Zahl der ausgetretenen Mitglieder (darunter Ratsmitglieder)
2. Eintritte neuer Mitglieder

3. Kritische oder zustimmende Anrufe oder Schreiben."

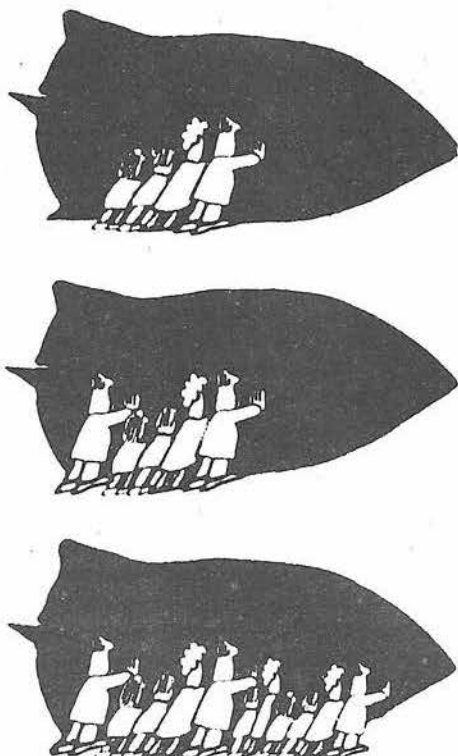
Die Außendienst-Bezirksgeschäftsführer erhielten Order, dafür zu sorgen, daß mehr positive Briefe an die Parteizentrale gerichtet werden.

Das bedeutet für die Berufsliberalen harte Arbeit. Ende September betrug das prozentuale Verhältnis zwischen Ablehnung und Zustimmung 98:2 bei den Briefen an das Dehler-Haus.

Neue Glaubwürdigkeit

Die FDP gewinnt wieder an Glaubwürdigkeit! Dem alten Ideal von der Einheit von Programm, Person und Politik entspricht der neue Bundesjustizminister Hans A. Engelhard. Neben Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und Ex-Wirtschaftsminister Klumpp gehört Engelhard zu den auserlesenen Kreis eines dutzend Freier Demokraten, die 1980 in Freiburg auf dem Bundesparteitag der FDP gegen das Bundestagswahlprogramm gestimmt haben.

Insgesamt steht damit die neue FDP-Ministerratsmannschaft nicht schlecht dar. Ertl war bei der Abstimmung über das Wahlprogramm nicht im Raum und Genscher kann man es kaum verübeln, daß er als Vorsitzender seiner Partei zustimmen mußte.



Wahlauf Ruf '80

Jeder Wähler trifft am 5. Oktober eine Entscheidung von großer Bedeutung für unsere Zukunft.

Jede einzelne Stimme entscheidet mit darüber,
● ob die F.D.P. in einer sozial-liberalen Regierung ihre freiheitliche Politik verwirklichen kann;
● ob eine absolute Mehrheit für die CDU/CSU uns allen Strauß als Kanzler beschert;
● oder ob uns für die nächsten vier Jahre eine Alleinherrschaft der SPD auch in Bonn bevorsteht.

Wer Strauß nicht will, darf CDU/CSU nicht wählen. Wer sozialdemokratische Alleinherrschaft nicht will, darf SPD nicht wählen.

Jede Stimme für die F.D.P. ist eine Entscheidung für **liberale Politik** in einer neuen Regierung Schmidt/Genscher.

Nur die F.D.P. garantiert, daß unser Land auch morgen liberal bleibt. Wer F.D.P. wählt, sichert zugleich das **Drei-Parteien-System** in unserem Lande. Ein Zwei-Parteien-System heißt Alleinherrschaft einer Partei, verleitet zu Machtmißbrauch, führt zu extremen politischen Wechselbädern und fördert feindselige Gegnerschaft in der Politik.

Unser Land verdankt seine beispiellose Stabilität, seinen sozialen Frieden und seinen Erfolg in der Welt dem Drei-Parteien-System. Dabei muß es bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht von den Rändern der beiden Massenparteien regiert werden. Deshalb braucht unser Land die F.D.P. Und es braucht sie als starke liberale Kraft. Die F.D.P. steht auch in Zukunft für **Fortschritt in Freiheit**.

Die sozial-liberale Koalition hat sich bewährt. Wir haben in einer schwierigen weltpolitischen Lage den inneren und äußeren Frieden, Freiheit und Wohlstand gesichert und ausgebaut. Wir wollen die Zusammenarbeit in der sozial-liberalen Koalition fortsetzen, um ein **Höchstmaß** an liberaler Politik durchzusetzen.

Ohne die F.D.P. wäre die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anders verlaufen. Wir haben entscheidend dazu beigetragen,

- daß die soziale Marktwirtschaft sich bei uns durchgesetzt hat;
- daß der freiheitliche Rechtsstaat gesichert werden konnte;
- daß die Einigung Europas vorangebracht wurde;
- daß unser Land ein zuverlässiger Partner im westlichen Bündnis wurde;
- daß der deutsche Beitrag zur internationalen Entspannungspolitik geleistet werden konnte;
- daß im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland eine neue Ost- und Deutschlandpolitik betrieben wurde;
- daß das Bürgerrecht auf Bildung durchgesetzt

wurde;

- daß der einzelne Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz mehr Rechte erhalten hat;
- daß die Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt als politische Aufgabe erkannt und angepackt wurde.

Die F.D.P. hat seit jeher die Rechte und Freiheiten von einzelnen **Bürgern und Minderheiten** in der Bevölkerung gegenüber den Machtansprüchen des Staates und großer Organisationen verteidigt. Dies durchzieht alle Bereiche unserer Politik und bleibt eine **Daueraufgabe** der F.D.P. Die F.D.P. ist und bleibt das rechtsstaatliche Gewissen der sozial-liberalen Koalition. Wo es um **Freiheitsrechte** des Bürgers gegenüber dem Staat geht, da ist und bleibt die F.D.P. die treibende Kraft.

Die F.D.P. hat für die kommenden vier Jahre ein **klares Programm**. Wir sagen dem Wähler präzise, was wir wollen. Wir flüchten uns nicht in Allgemeinplätze, um jedem zu gefallen. Wir haben Mut zur klaren Aussage, auch wenn wir anecken. Unser Programm macht es dem Wähler leicht, unsere Politik nachzuprüfen. Wir wollen, daß uns der Wähler beim Wort nimmt.

Wir fordern den Bürger auf, nicht alles vom Staat für sich zu erwarten, sondern selbst an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten. Wir sind Fürsprecher für diejenigen in unserer Gesellschaft, hinter denen nicht Massenorganisationen stehen. Wir sind **unabhängig** von mächtigen Gruppen. Für uns wird kein Hirtenbrief von den Kanzeln verlesen, keine Anzeige von Arbeitgebern gedruckt und kein Flugblatt von Gewerkschaften verteilt. Für uns zählt **allein** der Bürger.

In der **Außenpolitik** wollen wir den Frieden durch eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs weltweit sichern. Für uns ist der Frieden das wichtigste.

Das Programm der F.D.P. fordert:

- einen weltweiten Gewaltverzicht zwischen NATO und Warschauer Pakt;
 - eine europäische Abrüstungskonferenz;
 - eine handlungsfähige Bundeswehr und ein handlungsfähiges Bündnis als Grundlage unserer Sicherheit;
 - eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Sozialprodukts bis 1984;
 - die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte;
 - Verhandlungen und Zusammenarbeit mit der DDR, um die Menschen im geteilten Deutschland zusammenzuhalten;
 - eine europäische Verfassung mit europäischen Grundrechten.
- In der **Innenpolitik** geht es vor allem um mehr rechtsstaatliche Garantien, mehr Bürgerfreiheit und wirkungsvollen Umweltschutz. Wir wollen mehr Freiheit und weniger Staat.

Das Programm der F.D.P. fordert:

- Volksbegehren und Volksentscheid;
- die Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und den Abbau bürokratischer

Hemmnisse;

- Sicherung der öffentlich-rechtlichen Ordnung des Rundfunks vor dem Zugriff des Staates und der Parteien;
- ein Grundrecht auf Datenschutz;
- Recht des Bürgers auf Akteneinsicht bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre;
- die Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz;
- die Verbandsklage im Naturschutz;
- die praktische Durchsetzung der Gleichberechtigung durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz;
- eine sinnvolle Reform des § 218 durch die Fristenregelung, wie in unseren Nachbarländern;
- den Abbau von Strafrechtsverschärfungen;
- die Abschaffung des § 175;
- die Einschränkung von Tierversuchen.

Im Bereich der **Wirtschafts- und Finanzpolitik** wollen wir vor allem die marktwirtschaftliche Ordnung festigen, den Mittelstand fördern und die Energieversorgung sichern. In einer marktwirtschaftlichen schwierigen Zeit brauchen wir mehr denn je den Mut, vernünftig und verantwortlich zu handeln.

Das Programm der F.D.P. fordert:

- die Stärkung des Mittelstands durch weiteren Abbau der Gewerbesteuer;
- die Begrenzung der Beteiligung von Banken an Unternehmen;
- die Förderung der Entwicklung neuer nicht-nuklearer Energien;
- die Reform der europäischen Agrarpolitik mit dem Ziel des Abbaus der Überschußproduktion;
- die Förderung ländlicher Regionen;
- die Minderung der Staatsverschuldung, zum Beispiel durch Abbau von Subventionen;
- leistungsgerechte und einfache Gestaltung des Steuersystems.

Wir wollen eine **Gesellschaftspolitik** der Menschlichkeit: vermehrte Förderung der Familien, mehr Chancen für alte Menschen, dauerhafte Sicherung der Renten, Hilfe für benachteiligte Gruppen, ein offenes und humanes Bildungswesen, freie Entfaltung für Kunst und Kultur.

Das Programm der F.D.P. fordert:

- Alte Menschen sollen ihren Platz mitten in der Gesellschaft haben;
- die Renten sollen genauso steigen wie das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer und so auch für die Beitragszahler von heute sicher werden;
- eine familien- und kinderfreundliche Umwelt und mehr Entlastung für Familien mit Kindern;
- alternative Wohn- und Lebensformen sollen nicht benachteiligt werden;
- die Suchtgefahren, besonders bei jungen Menschen, müssen gezielt bekämpft werden;
- das Bildungswesen muß endlich in einen bundeseinheitlichen Rahmen gestellt werden.

Die Koalitionsvereinbarung von FDP und CSU/CDU kann zum Vergleich bei der Redaktion angefordert werden.

(Bitte 1,50 DM in Briefmarken beifügen)

Hans-Dietrich Genscher hat überzogen. Zimmermann statt Baum. Im Zweifel mit Sicherheit nicht für die Freiheit. Die Errichtung des totalen CDSU-Staates durch Genscher/Lambsdorff, das ist für Liberale unerträglich. Die Spaltung der F.D.P. ist faktisch vollzogen. Linke und Rechte in der F.D.P. sind sich — so kalauert man in Bonn — völlig einig: In absehbarer Zeit werden sie nicht mehr der gleichen Partei angehören.



Genscher verkohlt die Republik

Willy Weyer war erstmals seit langem wieder zu einer FDP-Landesvorstandssitzung nach Düsseldorf angereist, um es den Linken ins Stammbuch zu schreiben: Ihr gehört raus aus der FDP. Zu lange hätten nun die Integrationsbemühungen die Kräfte geraubt.

DSB-Chef Weyer holte dann weit aus, er erinnerte an die Einbindung der Hitler-Jugend in die FDP nach dem Krieg, ließ die Flügelkämpfe der vergangenen Jahrzehnte Revue passieren und resümierte, daß nun der Trennungsstrich gezogen werden müsse: "Der Graben zwischen den Lagern ist zu tief!"

NRW-FDP-Vorsitzender Hirsch, einer der letzten Liberalen, der noch daran glaubt, daß seine Partei zusammengehalten werden kann, strafte Weyer damit, daß er auf die Satzung pochte und dem Ehrenvorsitzenden erstmals im Landesvorstand kein Stimmrecht gewährte. Weyer legte sofort sein Amt nieder und konnte erst nach einer halben Stunde von Lambsdorff und Riemer ("Willy, das kannst Du uns doch nicht antun. Wie würde das draußen aussehen.") umgestimmt werden. Eine Satzungsänderung für Weyers Stimmrecht auf Lebenszeit versprochen.

Auf der anderen Seite des Grabens wird nicht so offen von Spaltung gespro-

chen. Unter den Sozialliberalen herrscht Einigkeit, zunächst den Parteitag abzuwarten, bevor organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Noch steht der

**Wir
schaffen
den
Wechsel.
Hessen liberal
F.D.P.**

*Fortsetzung nach Hessen:
Der Wechsel schafft uns!
Fortsetzung in Berlin:
Wir wechseln den Schaffner!*

Beweis aus, wer in der Partei die Mehrheit hat. Argumentativ vertrauen die Sozialliberalen auf die guten Karten, mit denen sie gegen das Genscher/Lambsdorff Rollback antreten.

- Nicht nur Linke sind betroffen über:
- das nie dagewesene undemokratische Verfahren, mit dem die Parteispitze die Basis vor vollendete Tatsachen stellt,
 - Die Austrittswelle von Leuten, die wie Hildegard Hamm-Brücher nicht über den Inhalt, sondern über den Stil der Entscheidung empört sind,
 - die peinlichen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen, mit Steuererhöhungen, ohne Rechtsstaats Elemente,
 - den augenscheinlichen Liberalitätsverlust beim Anblick der Kohl-Minister im Vergleich zum Kabinett Schmidt,
 - das einhellig vernichtende Urteil der Öffentlichkeit über Lambsdorff/Genscher und damit über die FDP,
 - das Abwenden der Wähler von der FDP seit dem Wende-Brief und die Wählerflucht in Hessen als Protest gegen den Wechsel.

Nachdem Koalitionsvereinbarung und Kabinettsliste feststanden, schwenkten die sozialliberalen Bundestagsabgeordneten um. Nun wollten sie auf den außerordentlichen Bundesparteitag verzichten.

Sie befürchteten, daß die Parteispitze in Düsseldorf ihren Kritikern ein Forum zum Austoben gelassen hätte, um anschließend in Berlin wieder stramm durchzuziehen.

Die Gefahr, daß andererseits der Unmut ohne Sonderparteitag bis Berlin verfliegen würde, bestand nach der Demütigung der FDP durch die Union nicht mehr. Zimmermann und Strauß, war für die Sozialliberalen klar, würden schon in den wenigen Wochen bis zum Berliner



Baum: Keine Loyalitätskonflikte mehr Bundesparteitag überzeugend deutlich machen, wie nun der CSU-Staat aussehen soll. Sie halten nun alle Schlüsselpositionen in der Hand: Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundesverfassungsgericht, die Mehrheit im Bundestag und Bundesrat, sowie die Mehrheiten in Ländern und Kommunen. Die Union verfügt nun über mehr Macht, als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Selbst als Adenauer mit der absoluten Bundestagsmehrheit regierte, sah das Land nicht so schwarz aus. Die Situation für die SPD in den Ländern und vor allem in den Großstädten stellte sich erheblich besser dar. 1985 bei den Landtagswahlen in NRW soll nun die letzte große SPD-Bastion genommen werden. Ex-CDU-Mitglied Möllemann, designierter Spitzenkandidat der FDP an Rhein und Ruhr, wird nun mit dem Staatsministeramt belohnt und damit gleichzeitig präpariert. Hier hat er eine Plattform, um sein unseriöses Image aufpolieren zu können.

Daß Genscher/Lambsdorff es zugelassen haben, das Innenressort durch Zimmermann und Spranger, also durch extrem rechte Flügelleute selbst in der Union, besetzen zu lassen, wird ihnen die Begründung für den Wechsel auf dem Parteitag noch weiter erschweren. Daß dabei das Verfassungsressort nun mit FDP-Zustimmung von einem Minister kontrolliert wird, der des tatbestandlichen Mein-

Wer glaubt, er könne eine Politik nach der Wahl ändern, wer glaubt, er müsse nach der Wahl nicht mehr zu dem in der Sache stehen, was er vor der Wahl den Wählern gesagt hat, der würde allerdings nicht nur die Regierung gefährden, sondern würde darüber hinaus eine Vertrauenskrise in der parlamentarischen Demokratie schaffen können.

Hans-Dietrich Genscher am 25.4.81 im Süddeutschen Rundfunk

eides überführt worden ist, stellt für viele FDP-Mitglieder den Gipfel liberaler Selbstleugnung dar. Freunde von Gerhart Baum hatten ihm abgeraten, sich überhaupt an den Koalitionsverhandlungen zu beteiligen. Er solle sich dabei 'seine Hände nicht schmutzig machen', bedenken, wieviele ihm unterstellen, er wolle seinen Ministersessel retten. Baum ließ sich jedoch nicht abbringen. Er wollte "die Verhandlungen auf den Punkt bringen, der Öffentlichkeit und vor allem den Parteifreunden beweisen, daß es mit der Union in Rechtsstaatsfragen nicht den Hauch von Gemeinsamkeiten gibt."

In seiner Umgebung ist man nun optimistisch, daß er – falls Genscher noch einmal für den Vorsitz antritt – zur Gegenkandidatur bereit ist. Genau wie bei Funcke und Ronneburger ist die persönliche Enttäuschung über Genscher groß. Loyalitätskonflikte gegenüber dem Vorsitzenden kann sich keiner mehr vorstellen.

Die offene Freude, mit der Leute wie Lambsdorff, Möllemann oder Gattermann nun zugeben, wie sie die nun beklagte Zerrüttung der sozialliberalen Koalition systematisch herbeigeführt haben und damit den Koalitionsbruch mit Unterstützung Genschers bewußt organisiert haben, löst bei den Präsidiumsmitgliedern, die Genscher vertraut hatten, wenn er die Wende ausschließlich inhaltlich begründete, tiefe Verbitterung aus. Keiner ist bereit, unter Genscher erneut dem Präsidium anzugehören.

Lambsdorff/Genscher spielen derweil auf Zeit. Der desolate Zustand der Partei, so spekulieren sie, läßt den Delegierten des Bundesparteitages keine andere Wahl als durchzustarten: Augen zu – CDU! Die Tatsache, daß eher bewährte Funktionäre und Mandatsträger mit ausgeprägtem Machtinstinkt zu Bundesparteitagsdelegierten gewählt, und damit eher Pragmatiker als Programmatiker nach Berlin kommen werden, läßt sie hoffen. 'Die Partei kann nur überleben, wenn sie Macht hat und Posten verteilen kann,' erwiderte Walter Scheel, als Gerhart Baum im Bundesvorstand davor warnte, Helmut Kohl gegen das Wähler-Votum ins Kanzleramt zu hieven. Wieviele Delegierte der Einschätzung des Ehrenvorsitzenden in Berlin folgen werden, ist offen.

Fehlgeschlagen ist auf jeden Fall der Versuch des hessischen Landesvorstandes, einigen Delegierten vor dem Bundesparteitag die Mandate zu entziehen. Das Lan-

desschiedsgericht revidierte den Beschluß des Landesvorstandes, die Repräsentanten des 'Gießener Kreises' mit sofortiger Wirkung aller Ämter und Mandate zu entheben. Theo Schiller, Uli Krüger und Götz Kaschubowski werden nun Stimme und Karte gegen Genscher erheben können. Heinz-Herrmann Storck und Heidemarie Lehmann werden als LHV-Vertreter und Ersatzdelegierte in Berlin gegen den Willen des Gries-Vorstandes dabei sein.

Dem Aufruf Genschers und Möllemanns, die Kritiker mögen nun die Partei verlassen, sind zwar mittlerweile mehr als 5000 Mitglieder gefolgt, doch erst sechs sozialliberale Bundesparteitagsdelegierte hielten es in der FDP nicht mehr aus. Sie werden sämtlich durch fortschrittliche Ersatzdelegierte vertreten. Mit einer riesigen Telefonaktion und mit regelrechter Seelenmassage haben Jungdemokraten und die Abgeordneten um Ingrid Matthäus und Helga Schuchardt den Ausstieg vieler Delegierter verhindert. Bis Berlin bleiben alle dabei.

Die Reden von Baum und Hamm-Brü-



Kohl: Repräsentant des totalen CDSU-Staates

cher im Bundestag wurden als Signal verstanden, die FDP nicht ihren Totengräbern zu überlassen. Doch wenn in Berlin die FDP zustimmt, daß die Republik verkohlt wird, dann dürfte es in Zukunft ruhig in der FDP werden. Unter den verbleibenden Mitgliedern hat Genscher dann wieder eine satte Mehrheit.

"Wo man das Parlament zum Kartoffelacker macht"

**Interview mit
Lukas Beckmann
Bundesgeschäftsführer
der Grünen**

Die Grünen etablieren sich als dritte Partei in den Parlamenten. Unklar ist, ob sie als Totalopposition agieren oder, wie es sich viele Linke wünschen, ob sie bereit sind, die Mehrheit 'links' von der CDU/CSU mitzutragen. Die liberalen drucksachen fragten den Bundesgeschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, nach den zukünftigen Konzeptionen der Grünen.

drucksachen: Kommen wir zunächst noch einmal auf die Hessen-Wahl zu sprechen. Wie beurteilen die Grünen die Ereignisse, gerade auch in Hinsicht auf die SPD und die damit aufgeworfene These von den "neuen Mehrheiten", die sich links von einer liberal-konservativen Koalition bilden könnten?

Beckmann: Also, wir sind über das Wahlergebnis in Hessen sehr froh. Was vor allen Dingen auch erfreulich ist, ist natürlich, daß es die von der CDU und von der Genscher/Lambsdorff-F.D.P. angekündigte und gewünschte Wende nicht gegeben hat, daß es vor allem keine Dregger-Regierung gibt. Ich denke, daß man zunächst einmal abwarten muß, wie sich das weiterentwickelt. Die Grünen in Hessen haben ja von sich aus Gespräche mit den anderen Parteien angeboten, zunächst mal nur Gespräche, keine Verhandlungen, schon gar keine Koalitionsverhandlungen. Die wären auch zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht sinnvoll, weil ja bisher eine inhaltliche Auseinandersetzung in den wesentlichen programmatischen Punkten über einen verbalen Schlagabtausch hinaus gar nicht stattgefunden hat. Und ich denke, daß es das Ziel der Grünen auf Landesebene und auch auf Bundesebene sein muß, Konstellationen zu schaffen, die einen solchen öffentlichen Dialog über eine zukunftsorientierte Politik im Interesse von Mensch und Natur fördern. Was ich am Wahlergebnis bitter finde, obwohl es mich persönlich nicht betrifft, ist die Tatsache, daß mit diesem Wahlergebnis natürlich auch deutlich wird, daß sehr viele Wähler, die bisher F.D.P. gewählt haben, als auch Mitglieder der F.D.P., die sich als Linksliberale verstehen, von der Parteiführung verraten worden sind. Ich denke mir, daß in einer politischen Arbeit, in einem politischen Auseinandersetzungsprozeß im Grunde genommen nur sehr wenig passieren kann, was so enttäuschend, so demoralisierend wirken kann, wie so ein Verrat von Menschen, die man, zumindest von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit her, als politische Freunde bezeichnen müßte. Und



Außerparlamentarische Aktionen bleiben ein Schwerpunkt der Arbeit der Grünen

ich habe schon die Hoffnung, daß diejenigen linksliberalen Menschen, Mitglieder und Politiker sich in dieser Situation darüber im klaren sind, daß man gerade im Konfliktfall Loyalität zur Sache, aber nicht bedingungslose Loyalität zu Organisationen zeigen sollte.

drucksachen: Werfen wir nochmals einen Blick auf die Lage, die sich jetzt in Hessen ergeben hat. Es ist ja nicht ganz falsch, zumindest für die Länderebene, daß es keine gesicherten Mehrheiten für eine rechte Politik gibt, so wie es Willy Brandt ausgedrückt hat, und daß die Mehrheiten links differenziert und schwierig sind. Ist nun von Seiten der Grünen daran gedacht worden, ähnliches zu tun wie in Hamburg, d. h. konkret, daß man Prüfsteine aufbaut, an denen ein Börner-Minderheitenkabinett gemessen werden soll, über die gar eine partielle Zusammenarbeit möglich machen?

Beckmann: Prüfsteine müssen von den Grünen in Hessen auf jeden Fall aufgebaut werden, das werden die auch machen, aber nicht mit der Zielsetzung wie in Hamburg, daß man über eine Unterstützung einer Minderheitenregierung verhandelt, sondern zunächst einmal im Sinne einer Vorführung der anderen Parteien. Es ist, obwohl wir primär programmatisch und nicht personalpolitisch orientiert sind, auch was andere Parteien angeht, natürlich für Grüne unheimlich schwierig, sich mit Holger Börner als dem Menschen an einen Tisch zu setzen, der zu verantworten hat, daß Mitglieder, die sich verantwortungsbewußt gegen Großprojekte gewehrt haben, von der Polizei zusammengeknüpelt wurden, um dann nach dem Wahltag so zu tun, als sei nichts passiert. Aber ich sehe z.B. auch in dem Statement von Willy Brandt am Sonntag

in der Bonner Runde etwas, was man auf Seiten der Grünen sehr genau beobachtet und in kritischer Distanz betrachtet. Eine SPD, die der FDP sagt, nicht nur Sie, Herr Genscher, stehen in neuen Koalitionskonstellationen, sondern auch wir, und dann gleich verbal einen Schlenker in Richtung auf Infragestellung des Stationierungsbeschlusses macht, ohne daß sich realpolitisch an dem Finanzierungsprogramm zur Vorbereitung der Stationierung etwas ändert, das ist unglaublich. Eine solche Partei ist zunächst einmal kein Partner, mit dem die Grünen gemeinsame politische Sachen machen können. Wenn es stimmt, was Helga Schuchardt in den letzten Tagen öfter gesagt hat, "...das was an Verhandlungsergebnis jetzt mit der CDU rauskommt, hätten wir auch mit der SPD haben können", dann stellt sich doch die Frage, bleibt die SPD jetzt wirklich glaubwürdig? Wollte sie eine Kontinuität ihrer politischen Arbeit innerhalb des Bundestages gewährleisten, so müßte sie, falls die Schuchardtsche Analyse stimmt, dem Haushaltsentwurf 83 von F.D.P. und CDU zustimmen. Was als Buhmann unter dem Stichwort "Unregierbarkeit" landauf, landab diskutiert wird, dient im Grunde genommen nur dazu, von der Faktizität einer Allparteienkoalition, oder zumindest von dieser Möglichkeit einer Allparteienkoalition aus SPD, F.D.P., CDU und CSU abzulenken. Genauso stellt sich uns das zunächst einmal dar.

drucksachen: Das heißt also, daß der Schwerpunkt der politischen Arbeit der Grünen auch weiterhin, abgesehen von den Länderparlamenten, auf die außerparlamentarische Ebene gelegt wird, um dort Prozesse politischer Willensbildung und die damit verbundenen Strategien

voranzutreiben?

Beckmann: Ich sehe in dieser Frage überhaupt keine andere Möglichkeit und hoffe, daß es nie eine Phase geben wird, wo es die Grünen ausschließlich als parlamentarische Kraft geben wird. Der politische Ansatz der Grünen ist ja nicht etwas, was sich historisch als Notwendigkeit daraus ergeben hat, daß es viele Bürgerinitiativen gab, die man zusätzlich parlamentarisch unterstützen und verstärken kann, sondern daraus, daß wir der Meinung sind, daß eine Dezentralisierung im politischen Entscheidungsprozeß, die Möglichkeit der Mitsprache des Bürgers, nur gewährleistet ist, wenn es diese beiden Beine gibt. Das, was zur Zeit in der öffentlichen Diskussion, auch von seiten der Medien sehr stark versucht wird, einen Angleichungsprozeß zwischen Sozialdemokraten und Grünen zu fördern, halte ich zunächst einmal für ein verlorenes Spiel. Es sei denn, man setzt auf die Karte, die Grünen seien bereit, sich selbst aufzugeben.

drucksachen: Wie schätzen denn die Grünen — unter den gegebenen Verhältnissen — die Wandlungsfähigkeit der SPD ein, einmal unterstellt, daß die Ausführungen Willy Brandts seinen ureigensten politischen Überzeugungen entsprechen?

TABAK für Pfeife und Zigarette

Wir liefern: praktisch alle Pfeifentabake sowie spezielle Angebote nur für unsere Versandkunden. Z.B.:

Pfeifentabak

"HOLLAND BLEND"

mild, aromatisch, duftend

250 g. NUR DM 13,50 DM

500 g. NUR DM 22,- DM

Solange der Vorrat reicht!

Und auf Dauer:

**"Echte Hollandse Sigaretten-
tabak", Halfzwaar, American,
oder Lichte**

250 g. NUR DM 14,90

500 Zigarettenhülsen

NUR DM 9,50

TABAKVERSAND HILLE

4459 Getelo 124

Bestellungen bis 50,-DM DM 2,50
Versandkostenanteil, über 50,-
frei.

Lieferung gegen V-Scheck oder
per Nachnahme (plus Gebühr).

Beckmann: Wenn ich an einzelne Sozialdemokraten, die mir sympathisch sind, die mir auch menschlich nahestehen, denke, sehe ich die Möglichkeit eines solchen Wandlungsprozesses durchaus. Wenn ich die SPD als Organisation, als Apparat sehe, komme ich zu der Einschätzung, daß die Krise der Sozialdemokratie eine nicht zufällig historisch bedingte, zeitlich begrenzte Krisensituation darstellt, sondern daß es sich bei der Krise der SPD um eine Strukturkrise handelt vergleichbar mit der Strukturkrise des kapitalistischen Systems — in ihrer Dimensionierung und auch in ihrer Auswirkung. Und das heißt, daß ich glaube, daß die SPD auf jeden Fall sehr viel Zeit brauchen wird, bis sie es wiederum schaffen kann, einen solchen Verän-

Aber ich bezweifle auch, ob der Bundespräsident, der als Präsident natürlich eine gewisse Eigenständigkeit hat, trotzdem aber auch parteipolitisch gefärbt ist, ob er einem solchen Prozeß, wo man das Parlament zum Kartoffelacker macht, auf den man geht oder nicht geht, so wie man will, seine Zustimmung gibt. Ich bin da wirklich sehr unsicher.

drucksachen: Es hat in jüngster Vergangenheit bereits Gespräche zwischen Jungdemokraten/Linksliberalen und den Grünen gegeben. Kurz gesagt: Was erwartet diese Leute, wenn sie sich nach einem Erosionsprozeß, der über kurz oder lang in der F.D.P. einsetzen wird, dazu entschließen, bei den Grünen oder mit den Grünen politisch zu arbeiten?



Die ersten neun Grünen ziehen jetzt in den Wiesbadener Landtag ein. Mitte der Legislaturperiode sollen sie von den nächsten neun Grünen abgelöst werden.

derungsprozeß einzuleiten und auch mehrheitsfähig zu machen.

drucksachen: Dies ist nun nicht ganz uninteressant in Bezug auf die Pläne und Ideen, die derzeit bei den Linksliberalen ausgebrütet werden. Dort gibt es zum Teil Vorstellungen über eine, wie auch immer geartete, linksliberale Partei, die, Seite an Seite mit SPD und Grünen in Bonn um eine linke Mehrheit kämpft. Nach ihren Ausführungen wären diese Ideen aus der Luft gegriffen, eine linke Bundesregierung, geschweige denn eine konstruktive Oppositionspolitik nicht möglich, zumindest nicht kurzfristig?

Beckmann: Wenn das Mißtrauensvotum am 1. Oktober durchkommt, und davon muß man ausgehen, wenn man die Entscheidung der F.D.P.-Fraktion von gestern Abend ernst nimmt, dann wird es nach meiner Einschätzung die Möglichkeit einer konstruktiven Oppositionspolitik von SPD, Grünen und Linksliberalen im nächsten Jahr nicht geben, weil ich in der Tat glaube, daß es dann keine vorgezogenen Neuwahlen geben wird...

drucksachen: ...aus Rücksicht auf die F.D.P.?

Beckmann: Aus Rücksicht auf die F.D.P.

Beckmann: Ich glaube, daß es bei dieser Frage sehr wichtig ist, die beiden Ebenen der Grünen, also die parlamentarische und die außerparlamentarische Ebene in gleicher Weise sehr ernst zu nehmen. D.h., ich verstehe Eure Frage zunächst einmal so, daß diejenigen, die als Linksliberale Interesse haben, eine Zusammenarbeit mit den Grünen einzugehen, dieses in der Tat auch auf beiden Ebenen haben. Und ich denke, daß sie zunächst einmal einen Prozeß der persönlichen Emanzipation über bisherige politische Einsichten hinaus erwartet. Was sie konkret erwartet, ist die Möglichkeit, vor Ort, auf regionaler Ebene, auf kommunaler Ebene mit Grünen in Kontakt zu treten, gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diskutieren. Die Möglichkeit, die es auch gibt, ist die, daß man Mitglied wird. Ich glaube aber auf jeden Fall, daß man die Grünen falsch einschätzen würde, wenn man die Erwartung hätte: auch die haben primär organisationspolitische Interessen und hätten im Grunde genommen nichts lieber, als daß jetzt die Linksliberalen massenhaft in die Grünen eintreten.

"Die Grenze ist erreicht"

Schon Freitag-Abend war es spannend in Norderstedt. Ein Häufchen FDP-Rechter hängte vier Plakate auf: 'Die Basis stützt Genscher'. Doch die Norderstedt-Organisatoren ließen sich keine fünf Minuten beeindrucken. Dann stürzte die Basis Genscher; ein Buchstabe hat den Plakat-Text korrigiert und wies auf ein Hauptziel der Norderstedter 700 hin.

Samstag morgens wurde es für die Rechte (diesmal Journalisten) ebenfalls deutlich: Die Linksliberalen in Norderstedt sind kein bloßer bunter Haufen, sondern schon recht kräftig organisiert. Freute sich der Reuters Korrespondent darüber, ein richtiges Pressezentrum vorzufinden, statt wie befürchtet "auf dem Klo seinen Bericht verfassen zu müssen", konnte der FAZ-Reporter sich gar nicht beruhigen, als ihm auf seine Frage, was denn das LBW sei und wer hinter diesem Norderstedt-Organisator stehe, geantwortet wurde, dieser "Veranstaltungsträger" finde Unterstützung bis weit in die Mitte der F.D.P. hinein und sei schon einige Jahre aktiv.

Beim Kaffee im Pressezentrum vor dem Bildschirm oder im überfüllten Plenum des 'Shalom'-Zentrums Norderstedt konnten dann die anwesenden 60 Vertreter der bundesdeutschen Medien erleben, wie William Borm mit seiner Philippika gegen Genscher/Lambsdorff, wie Helga Schuchardt, Ingrid Matthäus und Friedrich Hölscher mit ihrer klaren Absage an den Kohl-Kanzler und wie Theo Schiller stellvertretend für die in Hessen ausgebooteten Linksliberalen tosenden Beifall ertreten.

Die Teilnehmer in Norderstedt zeigten den Schwindelfirma-Betreibern von Bonn die Zähne, wenn auch von den prominenten Linksliberalen nur Christoph Strässer aussprach, wovon wohl die meisten inzwischen ohne Scheu denken: Die Linksliberalen als neue Partei, attraktiver als der 3,1 %-Genscher und in Lis-



William Borm, Helga Schuchardt und Heiner Bremer hatten ursprünglich zu einem 'Plädoyer für eine sozialliberale Zukunft' eingeladen. Norderstedt wurde zu einem Tribunal über die FDP-Führung.

stenverbindungen oder Wahlkreisabsprachen schon jetzt möglicher Partner von Grünen oder SPD, also ohne Furcht vor der 5 %-Hürde, was die Mende-Nachfolger etwas erschauern läßt. Die Abstimmung der Schlußresolution brachte ein weiteres Signal: Einstimmigkeit ohne Enthaltungen vermerkte Konreßleiter Gerd Achterberg aus dem F.D.P.-Landesvorstand Schleswig-Holstein, und schaute noch etwas ungläubig in das Plenum. Die vage Formulierung zur zukünftigen Organisation der Linksliberalen drückte dann noch einmal aus, daß in Norderstedt den Linken in der F.D.P.-Bundestagsfraktion keine Stolpersteine beim Versuch in den Weg gelegt werden sollten, Kohls Wahl noch

zu verhindern.

In Norderstedt hofften viele noch auf soviel Demokratiebewußtsein in der F.D.P.-Spitze, daß der außerordentliche Bundesparteitag noch einen Sinn ergäbe, daß die Partei zumindest formal die Möglichkeit erhielte, den Genscher-Kurs zu stoppen.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion haben in der Zwischenzeit anders entschieden, das Kabinett Kohl/Genscher ist installiert, der Sonderparteitag wurde abgesagt.

Damit entfällt das vereinbarte Treffen in Bochum. Ein neuer Termin nach dem Berliner Bundesparteitag wird nun zu organisieren sein. In der nächsten Ausgabe werden die liberalen drucksachen dazu aufrufen.

Sicherlich wird dann die Frage nach der zukünftigen organisatorischen Heimat der Sozialliberalen im Vordergrund stehen.

Diese Frage wurde in Norderstedt in der Schlußresolution noch nicht direkt angesprochen, doch den Teilnehmern war klar: Dann machen wir ernst.

Stimmen aus Norderstedt:

William Borm:

Dieser Parteivorsitzende trägt persönlich die Verantwortung für Zwietracht und Wortbruch in der F.D.P.. Er hat die Liberalen in eine schwere Loyalitätskrise gestürzt.

Die Grenze der Belastbarkeit ist für uns alle erreicht, auch für mich. Dennoch dürfen wir jetzt nicht nach Emotionen handeln. Wir dürfen den Neokonservativen nicht das Feld überlassen, jedenfalls nicht eher, bis die letzte Auseinandersetzung entschieden ist und der liberale Frei-



Häufigste Frage in Norderstedt: Wo geht es künftig lang?

sinn tragfähigen Boden unter den Füßen gewonnen hat.

Es ist hohe Zeit für die Sammlung und Organisation der liberalen Opposition in der F.D.P.. Unser Zusammenhalt muß gefestigt werden, um abgestimmte Aktionen in der Partei und öffentlich durchzuführen.

Helga Schuchardt:

Eine liberale Partei, die innerparteiliche Demokratie ausschaltet und Kritik an Entscheidungen der Führung für schädigend hält, gibt sich selbst als liberale Kraft auf.

Wir müssen eine liberale Opposition organisieren, in der Mitglieder unserer Partei, aber gerade auch solche sich engagieren können, die sich enttäuscht abgewendet haben. Natürlich wird man uns vorwerfen, dies sei parteischädigend, aber das unterschiedliche Anlegen von Maßstäben ist eben auch Realität unserer Partei.

Detlev Schulz:

Nicht ideologisches Beharren auf längst zerfransten und durchlöchernten Prinzipien und Modellen, nicht die Rückkehr zur Ellbogengesellschaft des Manchester-Liberalismus, sondern eine ständige Fortentwicklung und wo nötig auch



Jürgen Koppelin und Jürgen Kunze (in der ersten Reihe von links) stimmten zusammen mit den übrigen 700 Teilnehmern des Kongresses für die Resolution, in der u.a. der Rücktritt Genschers gefordert wird.

eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft sichern uns eine Welt ohne ständige Aufrüstung, eine wieder natürliche Umwelt, eine Chancengleichheit gewährende, lebenslange Bildung und einen demokratischeren, liberaleren Rechtsstaat.

Wir müssen heute zeigen, daß wir nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern daß wir als Basis, die innerparteiliche Demokratie in der FDP wiederbeleben, daß wir für "Noch eine Chance — die wohl letzte — der Liberalen" in der FDP kämpfen.

Die folgende Resolution wurde auf dem Kongreß in Norderstedt ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig beschlossen:

Der Norderstedter Kongress stellt fest:

1. Nachdem mit dem Namen Helmut Schmidt und dem Versprechen einer sozial-liberalen Koalition der große Wahlerfolg der F.D.P. im Jahre 1980 gegen die CDU/CSU errungen worden war, haben Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff das Scheitern der 1980 beschlossenen und vom Wähler gewollten sozial-liberalen Koalition planmäßig herbeigeführt.
2. Der konsequent betriebene Bruch der Koalition ist von der Parteispitze ohne eine Willensbildung innerhalb der F.D.P. vorgenommen worden.
3. Der Bundesvorsitzende hat durch dieses zutiefst undemokratische und illiberale Verhalten nicht nur der F.D.P., sondern auch der deutschen Demokratie großen Schaden zugefügt. Innerhalb unserer liberalen Partei hat er dadurch tiefe Gräben aufgerissen.

Der Norderstedter Kongress fordert deshalb:

1. Die F.D.P.-Bundestagsabgeordneten dürfen sich nicht an einem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt beteiligen und einem Kandidaten der CDU/CSU zur Kanzlerschaft ohne Bundestagswahl verhelfen.
2. Die Bundestagsabgeordneten sollten die Einheit der Partei wahren und die innerparteiliche Demokratie wieder herstellen, in dem sie nicht vor dem a.o. Bundesparteitag am 16.10. vollendete Tatsachen schaffen.
3. Die F.D.P.-Bundestagsfraktion soll auf der Grundlage des 1980 beschlossenen Wahlprogrammes im Bundestag sozial-liberale Politik fortsetzen und die Grundlage dafür schaffen, daß baldmöglichst durch Neuwahlen das Mandat für sozialliberale Reformpolitik erneuert werden kann.
4. Hans-Dietrich Genscher, der mit seiner Politik ohne Not die F.D.P. in ihre schwerste, existenzbedrohende Zerreißprobe geführt hat, muß als Bundesvorsitzender sofort zurücktreten.

Wir setzen uns — nach Ablösung der für das Desaster Verantwortlichen — für die personelle Erneuerung der Parteispitze ein, damit die folgenden unverzichtbaren liberalen Positionen glaubwürdig vertreten werden können:

- vor allem Fortsetzung der Entspannungs- und Vertragspolitik mit unseren östlichen Nachbarn und Ergänzung durch konsequente Abrüstungsmaßnahmen.
- schnelle Regelung der Kriegsdienstverweigerungsfrage bei Abschaffung der Gewissensprüfung.
- eine zukunftsorientierte Arbeitspolitik, insbesondere für Heranwachsende.
- eine Umweltpolitik auf der Grundlage des ökologischen Aktionsprogramms.
- eine liberale Ausländerpolitik.
- eine Entwicklungspolitik, die nicht neue Abhängigkeiten der Länder der Dritten Welt erzeugt.
- Ausbau des demokratischen Rechtsstaates durch Verzicht auf die Verschärfung von Demonstrationsgesetzen, durch Schaffung von Antidiskriminierungsgesetzen, durch Therapie statt Strafe im Drogenbereich, Abschaffung der Paragraphen 175 und 218 StGB und Aufhebung des Kontaktsperregesetzes.
- Fortsetzung einer demokratischen, liberalen Familien- und Jugendpolitik, einer gerechten Sozialpolitik sowie einer auf Chancengleichheit gerichteten Bildungspolitik.
- eine sparsame Wirtschaftspolitik ohne Sozialstaatsabbau.

Wir fordern die enttäuschten und verbitterten F.D.P.-Mitglieder auf, gerade jetzt nicht die Partei zu verlassen und die F.D.P. nicht ihren Totengräbern zu überlassen. Wir rufen die zur Mitarbeit auf, die aus guten Gründen in den letzten Tagen die Partei verlassen haben, die, die aus Enttäuschung am liebsten heute austreten würden, wir rufen alle Bürger, die liberalem Gedankengut nahestehen auf, uns in dieser schweren Situation beizustehen und mitzuarbeiten.

Der Kampf um liberale Mehrheiten in der F.D.P. ist noch nicht verloren. Gegen den erklärten Widerstand der Parteispitze wurde durch die Parteibasis der Sonderparteitag am 16. Oktober erzwungen. Für diesen und den o. Bundesparteitag vom 5. bis 7. November müssen wir alle Kräfte zusammenfassen.

Unsere innerparteilichen Gegner haben sich seit Jahren in vielfältiger Form in Gesprächskreisen, Gesellschaften u.ä. organisiert. Dem treten wir entgegen. Deshalb rufen wir dazu auf, dort, wo es erforderlich ist, sofort mit der Bildung von liberalen Vereinigungen auf Orts-, Kreis- und Landesebene zu beginnen und alle diejenigen zur Mitarbeit einzuladen, denen an sozial-liberaler, demokratischer Politik liegt.

Durch diesen Kongreß zeigen wir, daß wir uns nicht aus der liberalen Partei herausdrängeln lassen!

Wir solidarisieren uns mit denjenigen Sozialliberalen, gegen die Parteiausschlußverfahren eingeleitet werden sollen.

Wir werden am 17. Oktober die Debatte auf einem Folgekongreß fortsetzen, um Bilanz zu ziehen und unser weiteres Vorgehen abzustimmen.

Die Konservative Hülle stirbt ab

von Werner Lutz

Zorn und Scham gegenüber der FDP-Parteispitze bestimmen die ersten Reaktionen angesichts des kühl-kalkuliert herbeigeführten Koalitionsbruchs in Bonn. 'Mut zur Verantwortung', wie ihn die FDP zu Wahlkampfzeiten von anderen fordert, ist jetzt gefragt vor allem von den Herren Genscher und Lambsdorff, die den Wählerbetrug inszeniert und damit jeden Parteifreund gegenüber den Bürgern bloßgestellt haben, der 1980 für die sozial-liberale Schmidt/Genscher-Regierung Wahlkampf geführt hat.

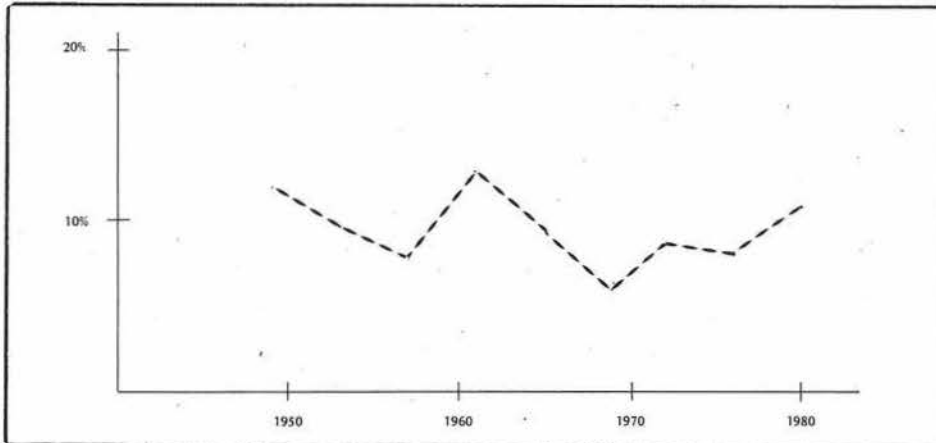
Die Parteispitze hat elementare liberale und demokratische Grundsätze verlassen. Wenn es auf dem nächsten Bun-

dustrie- und Handelskreise, die von DVP (und Wirtschaftspartei) während der Weltwirtschaftskrise zur NSDAP gingen, und während der Rezession 1966/68 fand ein intensiver Wähleraustausch zwischen FDP und NPD beim alten selbstständigen Mittelstand statt.

Die FDP-Ergebnisse bei den Landtagswahlen (die am ehesten frei sind von Faktoren, die den Zustand der Partei verfälschen wie persönliches Image auf kommunaler Ebene oder Kanzlerkandidaten/Außenpolitik auf Bundesebene) zeigen einen eindeutigen Trend, zwar nicht bei den Stadtstaaten (Bremen, Hamburg, West-Berlin) und beim sozial-



Jungdemokraten-Vorsitzender Werner Lutz sieht die Frage nach einer neuen liberalen Parteiorganisation



F.D.P.-Wahlergebnisse bei den Bundestagswahlen seit 1949

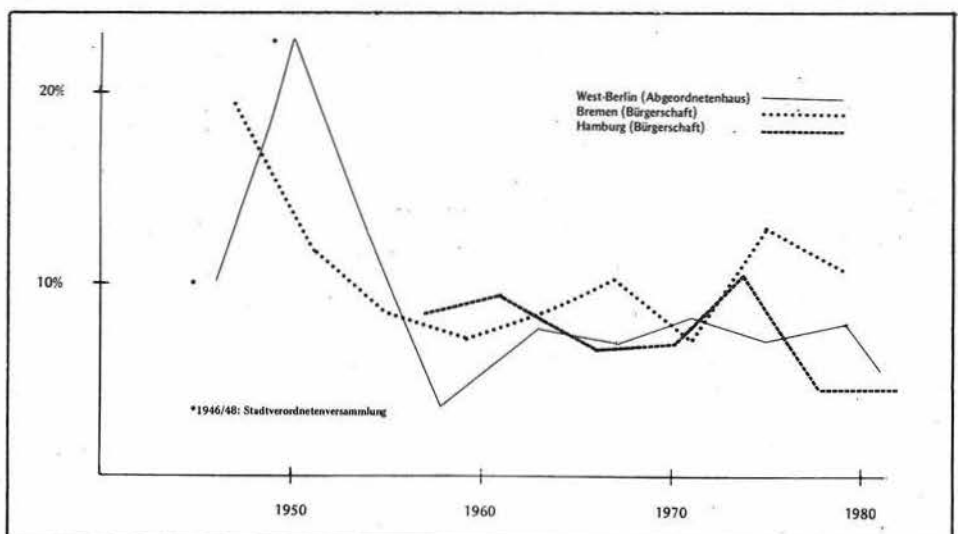
desparteitag nicht gelingt, sie glaubwürdig wieder einzuführen, sind Liberale in der Bundesrepublik politisch heimatlos. Es stellt sich dann die Frage nach einer neuen, liberalen Parteiorganisation.

Eine Diskussion über die politische Zukunft des Liberalismus muß aber ausgehen von den Erfahrungen der Vergangenheit und einer realistischen Einschätzung der heutigen gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik, wenn sie nicht von vornherein den Keim des Scheiterns in sich tragen soll. Die Frage nach den zukunftssträchtigen Perspektiven des Liberalismus hat nicht nur das Gott-Vater-Problem mit Hans-Dietrich Genscher hinter sich zu lassen, sondern vor allem zu klären, wie gegebenenfalls liberale Identität sich in einer neuen Organisation ausdrücken läßt, die mehr ist als Koalitionspartei und Mehrheitsbeschaffer und deren Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit außer Zweifel steht.

Die Zielgruppen der Liberalen in der Mittelschicht waren traditionell jene Gruppen, die in wirtschaftlichen Krisenzeiten leicht abwandern zu rechtsextremistischen Parteien: In der Weimarer Republik galt dies vor allem für die In-

strukturell anderen Extrem, den ländlichen Flächenstaaten (Bayern, Schleswig-Holstein, auch Niedersachsen), wohl aber bei allen anderen Bundesländern, in denen ca. 70 % aller Wahlberechtigten leben und wo der langfristige Abwärtstrend der FDP nur immer wieder von kurzen Aufschwüngen unterbrochen wird.

Abgemildert gilt dies auch für die Bundestagswahlen, wenn man absieht von der untypischen Situation 1980 (Kanzlerkandidat Strauß etc.). Damals wurden doppelt soviel ehemalige SPD- als CDU/CSU-Wähler mit einem profilierten sozial-liberalen Standpunkt angebunden. Zugleich gelang es, unter eindeutiger Vernachlässigung des alten (protestantischen)

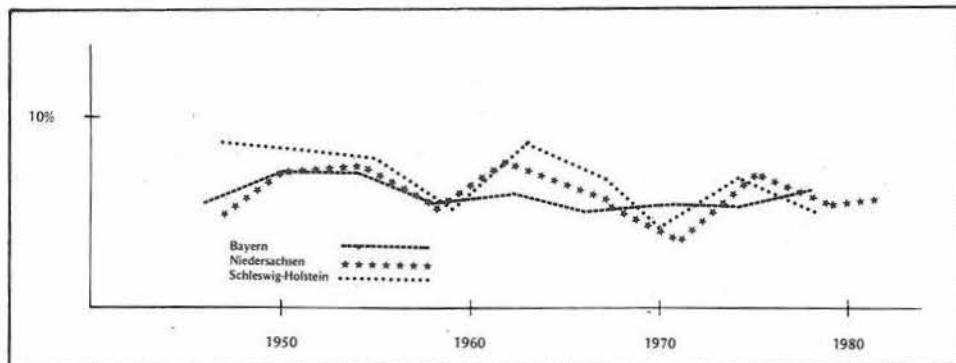


F.D.P.-Wahlergebnisse in den Stadtstaaten

Mittelstands in neuen Wählergruppen der kleinen und mittleren Angestellten und Beamten sowie bei Frauen und Jugendlichen Fuß zu fassen. Wegen des ständigen Schrumpfens des Anteils des alten Mittelstands an der Gesamtbevölkerung von über 30 % (1953) auf inzwischen ca. 10 % und der Zunahme des neuen Mittelstands von 25 % auf 45 % im gleichen Zeitraum, war eine solche Strategie zweckmäßig.

Insgesamt gelang der Partei jedoch nicht, den langfristigen Abwärtstrend aufzufangen oder gar umzukehren. Dazu hätte sie sich nicht während der vergangenen 8 Jahre (seit Herr Genscher FDP-Bundesvorsitzender ist) immer mehr zu einer obrigkeitlichen Staatspartei entwickeln dürfen, sondern hätte als liberale Programmsetzungspartei offen sein müssen für Anstöße der neuen gesellschaftlichen Strömungen im Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Minderheitenbereich. Wer sich dafür in der Partei einsetzte, wurde abgespeist mit wohlklingenden Programmsätzen, die auf die praktische Politik keinen Einfluß hatten, sei es, daß sie von der FDP-Spitze, sei es, daß sie von der rechten SPD in der Koalition verhindert wurden.

Zunehmend geriet der 'historische Kompromiß' zwischen Wirtschafts- und Sozialliberalen in Gefahr. Er wurde aufgelöst in dem Maße, in dem die Ereignisse



F.D.P.-Wahlergebnisse in Ländern mit überwiegend ländlicher Struktur

Kurskorrektur umgehend erzwingen. Die alte FDP wird dann das Schicksal der Konservativen erleiden: Angesichts neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme verliert sie ihrer Wählerbasis (die in der Mehrzahl zu Grünen, SPD oder ins Privatleben abwandert) und ihre besondere politische Identität - 'liberal' würde dann wie 'konservativ' eine allgemeine Haltung, die in verschiedenen politischen Organisationen als Minderheitenflügel Heimatrecht haben könnte.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Absterben würde die konservativ gewordene Organisationshülle der FDP, liberale Politik wird sich dann in zukunftsweisenden Elementen neu konstituieren.

Wie könnte es auch anders sein in

auch im Parteiensystem.

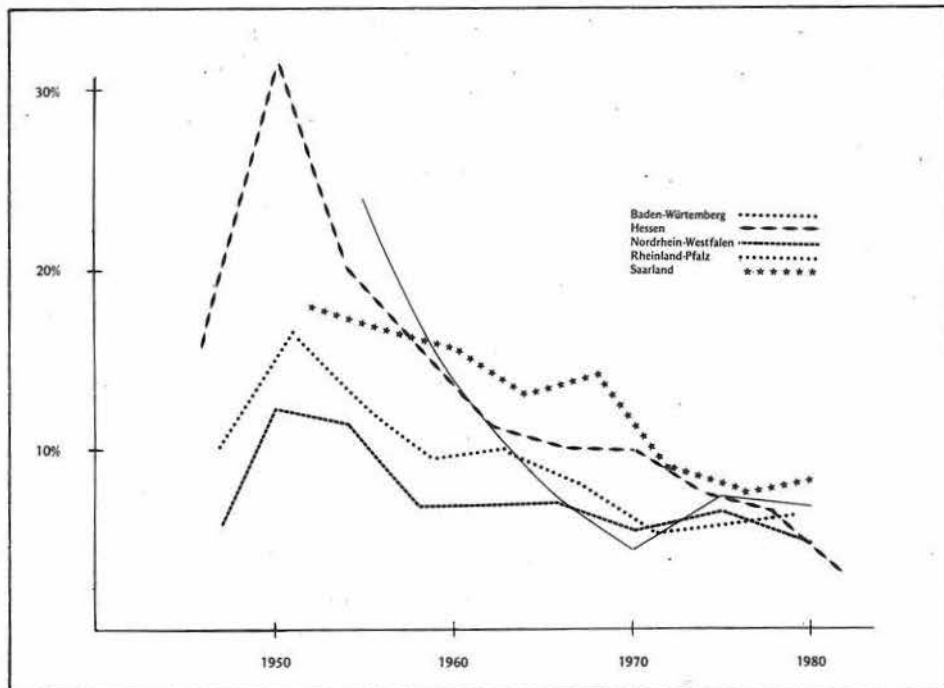
Die traditionellen politischen Fronten (Sozialisten, Liberale, Christdemokraten), wie sie im letzten Jahrhundert mit den sozialen Problemen der Industrialisierung und der beginnenden bürgerlichen Gesellschaft entstanden sind, verschwimmen und werden zugleich in Frage gestellt von der neuen Gruppierung der Grünen/Alternativen. Ihre Fragestellungen und Positionen passen nicht in das traditionelle Schema, sondern verlaufen quer zu den bestehenden Parteien. Insofern sind sie Ausdruck der aktuellen Probleme - deutlicher jedenfalls als die alten Parteien.

Erstmals seit dem Entstehen der Gewerkschaften im letzten Jahrhundert bildete sich mit der Ökologiebewegung eine breite außerparlamentarische Struktur heraus, in der Hunderttausende Bürger engagiert sind. Eine stabile parlamentarische Repräsentation dieser und anderer Bewegungen muß erst noch geschaffen werden und bietet wegen des breiten gesellschaftlichen Vorfelds (breiter als es die FDP je hatte) die Chance, Verselbständigungstendenzen von Mandatsträgern zu verhindern. Damit kann anstelle eines Mehrheitsbeschaffers, eine wirkliche dritte Partei mit eigener Identität die politische Zukunft der Bundesrepublik mitgestalten und die Mehrheit außerhalb der CDU/CSU politisch wirksam werden lassen.

Anders als er es meint, hat Genscher recht mit seinem Satz, daß sich neue Probleme neue Mehrheiten suchen.

In der Tat: Neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme schaffen die Chance neuer politischer Mehrheiten. Umweltzerstörung, Friedensgefährdung und ein sozial wie ökologisch unverantwortbares Wirtschaftswachstum haben eine neue politische Gruppierung - die Grünen/Alternativen - entstehen lassen, mit denen die Liberalen vielfältige programmatische Berührungspunkte haben.

Mangelnde politische Durchsetzung der FDP- und SPD-Programmatik ist überhaupt erst eine wesentliche Ursache für das Entstehen der Grünen und Alternativen. Gewiß hat diese neue politische Kraft nicht auf allen Fragen schon die richtigen Antworten (welche Partei könnte dies im Ernst schon von sich be-



F.D.P.-Wahlergebnisse in Bundesländern mit 70% der Bevölkerung

der herrschenden wirtschaftsliberalen Politik friedenspolitisch, sozial und ökologisch für Sozialliberale nicht mehr vertretbar waren. Das Lambsdorff-Papier, als von keinem Parteigremium beschlossenes gesellschaftspolitisches Programm zu Genscher's Wende, ist dafür nur der vorläufige Schlußpunkt. Der programmatischen und politischen wird die organisatorische Trennung folgen, wenn nicht Zivilcourage und liberale Standfestigkeit der Parteibasis eine grundsätzliche

einer Zeit, da eine Vielzahl autonomer gesellschaftlicher Gruppierungen Freiheit/Emanzipation als oberstes Ziel anstrebt - außerhalb, z.T. gegen die FDP? Was ist dies denn anderes als ein Indiz für die Versteinigung machtwaltender Politiker, die mit ihrem 'stahlharten Gehäuse der Hörigkeit' (Max Weber) längst nicht mehr auf die neuen Bedürfnisse und Interessen gerade der (bewußten und unbewußten) Liberalen eingehen? Daher der Wandel zuerst in der Gesellschaft, jetzt

hauften), aber es werden hier immerhin die richtigen Fragen gestellt, während die CDU/CSU unbeirrt glaubt, die Probleme der 80-er Jahre seien mit den Methoden der 50-er Jahre zu lösen.

Die neuen Probleme machen ein Neues Reformbündnis notwendig, das neben SPD und Liberalen auch die Grünen und Alternativen einbezieht, jene Parteigruppierungen, die aufgrund dieser Probleme entstanden sind.

Nachdem der hessische Wähler Herrn Genschers Wechsel zur CDU/CSU auf Landes- und Bundesebene eine deutliche Absage erteilt hat und die FDP sich auf dem absoluten Tiefpunkt ihrer Geschichte befindet, sind eindeutige Entscheidungen unerlässlich.

Die politische Bilanz der Ära Genscher ist vernichtend:

- während der 8 Jahre, in denen er Bundesvorsitzender war, ist die FDP in fünf Bundesländern unter 5 % gefallen; in den 28 Jahren vor Genscher "nur" viermal;
- bezogen auf die Bevölkerung ist die FDP im halben Bundesgebiet auf Landesebene (Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen) nicht mehr parlamentarisch vertreten;
- die 3,1 % bei der Landtagswahl in Hessen sind das schlechteste Ergebnis, daß die FDP jemals in ihrer Geschichte bei einer Landtags- oder Bundestagswahl erzielte;
- die FDP hat (schon vor Genscher) während der letzten 20 Jahre bei jeder Landtagswahl in Hessen Stimmen verloren und verfügt heute nur noch über 1/10 der 31,8 % von 1950.

Soll nicht ihr letztes Stündlein geschlagen haben, muß die Partei diese Ära Genscher abschließen und eine glaubwürdige politische und personelle Erneuerung einleiten.

Die Probleme der Bundesrepublik werden durch taktische Eiertänze nur noch verschärft. Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr machen ein Neues Reformbündnis links von der CDU/CSU dringend erforderlich. Liberale und Radikaldemokraten werden darin eine wichtige Rolle spielen - mit oder ohne FDP.

Insbesondere friedenspolitisch stehen Radikaldemokraten und Liberale in einer großen Tradition, die von wesentlichen Teilen der heutigen FDP-Spitze immer mehr verspielt wird. Von den 4 deutschen Friedens-Nobelpreisträgern waren außer Willy Brandt alle Radikaldemokraten Liberale: Stresemann 1926, Quidde 1927 und Ossietzky 1936.

Für Friedenspolitik (auch im Inneren) wäre es katastrophal, wenn nach den USA und Großbritannien noch die Bundesrepublik von den Konservativen und Reaktionären regiert würde.

Analyse der Hessenwahl Im Schatten der Paulskirche...

"Die F.D.P., der eindeutige Verlierer dieser Landtagswahl, büßte mehr als die Hälfte ihrer Stimmen von 1978 ein (- 3,5 %). Mit 3,1 % erreichte sie ihr bislang schlechtestes Wahlergebnis, so daß sie im neuen Landtag nicht mehr vertreten sein wird."

Mit dieser eher schamhaften Zusammenfassung der Wahl-Katastrophe in Hessen kommentiert 'hjp' (so das Kürzel auf der ersten Seite) in einer Analyse des Thomas-Dehler-Hauses das hessische Wahlergebnis.

1980 erzielte die F.D.P. bei der Bundestagswahl unter den umgekehrten Vorzeichen - eindeutige Wahlaussage zugunsten der SPD, Gegnerschaft zu Strauß/Kohl - ihr bestes Wahlergebnis seit nahezu 20 Jahren in Hessen. Zwei Jahre später, im September 1982, erzielt dieselbe Partei nach einem koalitionspolitischen Wechsel, der ebenfalls in der Bundesrepublik noch ohne Beispiel ist, noch gerade knapp 1/3 der Stimmen von 1980.

"Von Bedeutung ist vielmehr - aus Sicht der Wähler - die koalitionspolitische Umorientierung der hessischen

Dieses Ergebnis gilt für Hessen durchgängig. Dieser Trend läßt sich praktisch in allen hessischen Wahlkreisen finden und in den Wahlkreisergebnissen nachweisen.

Im ländlichen Bereich hat die F.D.P. - mit Ausnahme im der alten schwarz-weiß-roten F.D.P.-Gebiete in Nordhessen - bisher noch nie nennenswerte Ergebnisse erzielt; ihre politisch-parlamentarische Existenz wurde seit 30 Jahren in den städtischen Großräumen mit bildungsbürgerlichen Schichten und Dienstleistungsbereichen sichergestellt. Und gerade diese Gebiete sind die Bereiche mit den größten F.D.P.-Verlusten und höchsten Stimmenanteilen der Grünen: in den fünf hessischen Großstädten hat die F.D.P. zwischen 4,0 und 5,3 % verloren, die Grünen holten hier zwischen 8,7 und 12,7 %.

"Auch die F.D.P. verliert in den Gebieten am stärksten, in denen sie 1978 ihre besten Ergebnisse erzielt hatte (- 5,0 %). Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Dienstleistungsgebiete, bzw. großstädtische Wohngebiete, in denen die Grünen mit über 7%-Punkten am meisten

1980 WAREN WIR GEGEN STRAUSS - WAS IST 1982 AN DREGGER SO ANDERS?

JUNGDEMOKRATEN Die Liberalen

Antwort: Koalitionsaussage und Wahlergebnis der FDP

F.D.P. zur CDU. Diese Entscheidung der F.D.P., die von der Mehrheit der hessischen Wähler (61 %) für nicht gut befunden wurde, führte bereits im Sommer 1982 zu einer deutlichen Schrumpfung des F.D.P.-Wählerpotentials. Selbst diese verbliebenen F.D.P.-Wähler standen nicht geschlossen hinter dieser Entscheidung der F.D.P.: rund ein Drittel von ihnen hielt diese Entscheidung für die CDU für falsch."

(Dehler Haus)

3,1 Prozent sind auch noch unter einem weiteren Gesichtspunkt für die F.D.P. einmalig: Bisher gab es noch keine Wahl seit 1946, bei der die F.D.P. so schlecht abgeschnitten hat. Ein Trend hat sich dabei in den letzten Wahlen bestätigt:

Das Verhältnis von Grünen und F.D.P. hat sich in den letzten Jahren nahezu umgekehrt:

	FDP	Grüne
BTW 80	10,6	1,8
KW 81	6,0	4,3
LTW 82	3,1	8,0

dazugewinnen." (Dehler-Haus)

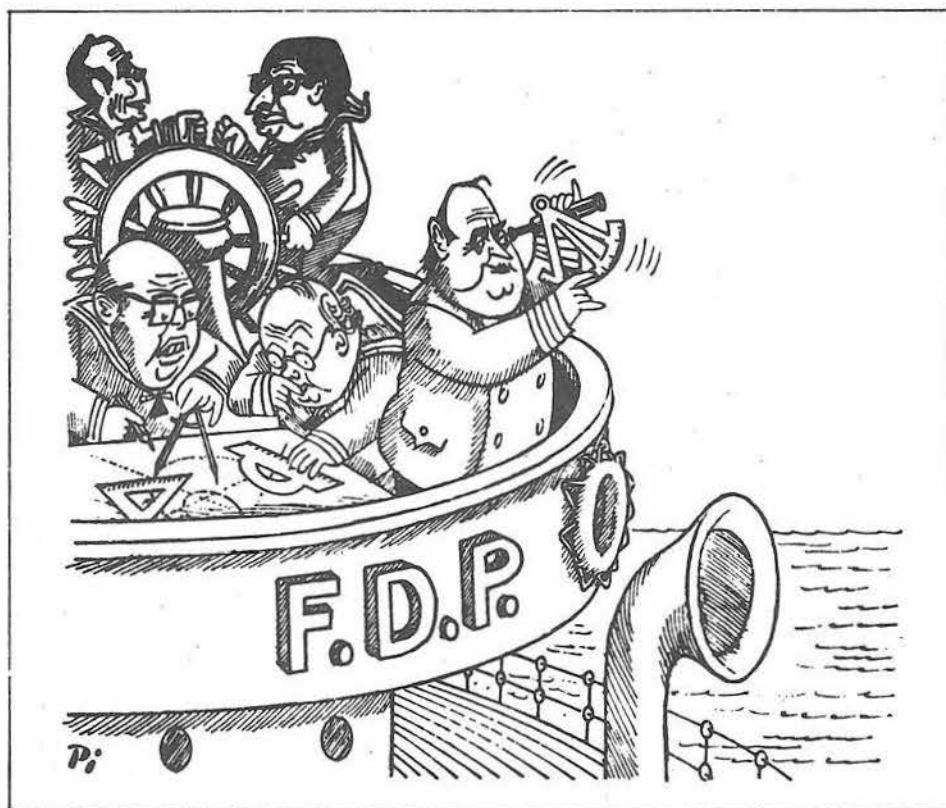
Hochburg der F.D.P. unter den Großstädten ist jetzt Darmstadt mit 4,0 %. Das schlechteste Ergebnis insgesamt erzielte die F.D.P. neben in Limburg-Weilburg-West (traditionell katholisch) im Schatten der Paulskirche (Frankfurt II, 1,8 %; Frankfurt I, 1,9 %).

Die Analyse des Dehler-Hauses: "Festzuhalten ist, daß sich die F.D.P. seit Sommer 1982 bundesweit in einem bis dahin nicht dagewesenen Stimmungstief befindet, daß sich durch den Bruch der sozial-liberalen Koalition in Bonn noch verschärft hat". "Jetzt können wir wieder F.D.P. wählen", verkündeten in einer großen Zeitungsanzeige zwei Tage vor der Hessenwahl drei Zahnärzte, ein leitender Angestellter und mehrere Geschäftsführer. Doch ob diese piek-feine Gruppe (Gries: "die klassischen Bürger") viel mehr als die jetzigen 106.825 Wähler ergibt, ist zweifelhaft. Schließlich hat auch die Union erkannt, daß sie nichts zu verleihen hat.

Die Perspektivkommission

von Hanspeter Knirsch

hatte doch recht



Standortbestimmung 1975

Der Bundesvorstand der F.D.P. setzte im Jahre 1975 zwei Programmkommissionen ein, deren Ergebnisse auf dem Bundesparteitag vom 6. bis 8. November 1977 in Kiel diskutiert und beschlossen wurden. Die Kieler Thesen – damals von manchen als Kieler Sprotten verspottet – waren ein Mischmasch aus den Ergebnissen der Wirtschaftskommission unter Hans Friedrichs und der Perspektivkommission unter Werner Maihofer bzw. Gerhart Baum.

Insbesondere der sozial-liberale Teil der Partei war damals wenig zufrieden mit dem Ergebnis des Kieler Parteitages. Verglichen mit den wirtschaftspolitischen Thesen der Gegenwart erscheinen die Beschlüsse des Kieler Parteitages zumindest noch sozial ausgewogen. Da heißt es gleich in These 1 des ersten Abschnitts, daß es nach Auffassung des sozialen Liberalismus die Aufgabe des Staates ist, die Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz zu sichern, die gesellschaftliche Erfüllung formal garantierter individueller Freiheits- und Teilhaberechte zu eröffnen und die für die verfassungsmäßige Ordnung wesentlichen Gestaltungsprinzipien zu garantieren. Davon hat sich der Bundesvorsitzende Genscher bereits in seiner Rede auf dem Bundesparteitag im Mai 1981 in Köln verabschiedet, als er die Einschränkung der Staatstätigkeit als wichtigste liberale Reformaufgabe überhaupt bezeichnete – und er hatte dabei gewiß nicht den Verfassungsschutz oder die Bundeswehr im Auge.

Drei Monate nach dem Kölner Parteitag

folgte dann ja auch der berüchtigte Wende-Brief des Vorsitzenden.

In These 9 des 2. Abschnitts der Kieler Thesen heißt es immerhin auch noch: "Bei erheblichen und anhaltenden Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bleibt der antizyklische Einsatz der öffentlichen Haushalte notwendig." Exakt das Gegenteil propagieren Lambsdorff und Genscher heute. Stattdessen werden auf Kosten aller Steuerzahler Investitionen gefördert, die ohnehin getätigt worden wären; nur, daß die Auftraggeber jetzt neu gegründete Leasing-Gesellschaften sind.

Auch zur herkömmlichen Wachstumspolitik finden sich in den Kieler Thesen kritische Töne: "Liberale Wirtschaftspolitik richtet sich nicht einseitig an Bruttosozialprodukt-Wachstum und rein materiell verstandenem Wohlstand aus. Die Bewertung wirtschaftlichen Wachstums muß auch an sozialen Indikatoren und qualitativen Maßstäben wie Umweltverträglichkeit, verstärkt sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie, humaneren Ar-

beitsbedingungen, Schutz des Verbrauchers sowie an der gerechteren Verteilung der Zuwächse erfolgen."

Ganz wehmütig wird man beim Lesen der Formulierung "Recht auf Arbeit als soziales Grundrecht" – eine These gegen die die Bundesregierung seit Jahren eklatant verstößt.

Geradezu prophetisch heißt es in These 3 des 4. Abschnitts: "Die Probleme der hohen, vor allem strukturell bedingten Arbeitslosigkeit und die notwendige Schaffung von über einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze für die starken Jahrgänge bis 1985 lassen sich mit den zu erwartenden Wachstumsraten voraussichtlich allein nicht lösen."

Deshalb muß liberale Beschäftigungspolitik eine beschäftigungsintensive Wachstumspolitik, die auf wettbewerbsfähigen Produktions- und Arbeitsplatzkapazitäten beruhen muß, anstreben. Sie muß dabei neue und gegebenenfalls unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik gehen."

Die Nachfragebelebung des Grafen Lambsdorff besteht in der Beschneidung von Leistungen an Bevölkerungsgruppen, deren Geld direkt in den Konsum und nicht auf Nummernkonten in der Schweiz fließt.

"Vollbeschäftigung braucht stetigen Nachfragezuwachs", heißt es in den Kieler Thesen, während Graf Lambsdorff in seinem "Spar- und Streichkonzept" die Überwindung der "Skepsis im eigenen Lande" als Rezept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit anbietet.

Laut Kieler Thesen muß die besondere Aufmerksamkeit liberaler Beschäftigungspolitik den sozialen Gruppen gelten, die sich nicht aus eigener Kraft in den Arbeitsprozeß eingliedern können, z.B. Kranke, Behinderte oder Leistungsschwache (These 8, 4. Abschnitt), deshalb wahrscheinlich auch die Einführung von Karenztagen, die Einschränkung des Schwerbehindertengesetzes und der Abbau der Ausbildungsförderung! Auch zu den "bürokratischen Hemmnissen", von denen Graf Lambsdorff gerne spricht, halten die Kieler Thesen eine Aussage bereit: "Die Liberalen wenden sich gegen eine Ablehnung der Umweltpolitik mit dem Argument, sie gefährde Arbeitsplätze. Die Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Wachstumspolitik wirkt für die Unternehmen zunächst Anpassungsprobleme auf. Andererseits schaffen Umweltschutzinvestitionen Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie. Umweltschutzpolitik ist nach Auffassung der Liberalen Vor-

aussetzung für künftiges Wachstum, nicht Begrenzung. Wachstum ohne Berücksichtigung des Faktors Umwelt wird sich selbst begrenzen." (9. Abschnitt, Thesen 2 und 3)

Die Perspektivkommission hatte ihren Thesen einen "Problemaufriß" vorangestellt, der in Kiel unter den Tisch fiel, der aber im Juli 1977 ziemlich exakt die Probleme des Oktober 1982 voraussagte, genauer als die offiziellen Prognosen des Wirtschaftsministeriums vom Juli 1982:

"Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der nächsten Jahre dürfte nur knapp unter einer Million liegen. Bis zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird außerdem eine weitere Million Menschen in das Erwerbsleben eintreten. Im Laufe eines Jahrzehnts müssen also für rund zwei Millionen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden...

Der Bedarf an Ausbildungsmöglichkeiten wird aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren enorm zunehmen. Höhepunkte dieses steigenden Bedarfs werden sich Anfang der achtziger Jahre im Hochschulbereich einstellen. Insgesamt geht es um die Bildungschancen von 1,5 Millionen junger Menschen...

Anfang der achtziger Jahre wird die Zahl der Personen im Rentenalter besonders hoch sein. Das führt zu einer sehr starken Ausgabenbelastung der Rentenversicherung...

Neben dem Problem der Finanzierung der Altersrenten auf dem bisherigen Leistungsniveau stellt sich aber zusätzlich die bisher kaum beachtete Frage nach den sonstigen sozialen Diensten und Einrichtungen für die größer werdende Zahl älterer Menschen...

"Die Kostenexplosion" im Gesundheitswesen gefährdet die Finanzierung der Gesundheitsversorgung. Dadurch kann für einen Teil der Bürger der Zugang zu Gesundheitsleistungen erheblich beschränkt werden...

Darüberhinaus wird die Altersstruktur der Bevölkerung zunehmend eine Rolle spielen...

Die Dimensionen dieser Aufgaben lassen hinreichend deutlich werden, daß wesentliche gesellschaftliche Zielsetzungen liberaler Politik wie Vollbeschäftigung, Gleichheit der Bildungschancen und soziale Sicherheit unerfüllt bleiben, wenn eine strukturelle Lösung dieser Probleme politisch nicht gelingt. Dabei sind Einfluß und Bestimmungsfaktoren zu beachten, die teils vorübergehend, teils dauerhafter Art sind und die auf absehbare Zeit als Ursachen krisenhafter Entwicklungen zusammenwirken. Hierzu gehören im nächsten Jahrzehnt vor allem:

- die Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung, die dazu führt, daß gleichzeitig die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen, die Zahl der Erwerbspersonen und der Personen im Rentenalter erheblich anwächst;
- der technische und organisatorische

Wandel, der zu Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen führt und die Schwierigkeiten zur Erhaltung des gegenwärtigen Bestandes an Arbeitsplätzen verstärkt;

- die Begrenztheit der Rohstoffe, Energien und der Umweltressourcen;
- die fortbestehende außenwirtschaftliche Abhängigkeit, die sich möglicherweise verstärkt, und die wachsenden Veränderungen in der Weltarbeitsteilung (Nord-Süd-Konflikt).

unter Hinweis auf angebliche Sachzwänge notfalls zwangsweise eingeschränkt.

Eine solche Politik würde zwar "Opfer für alle" propagieren. Die tatsächlichen Auswirkungen würden jedoch zu einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit und somit zu einer sozialen Polarisierung führen. Für viele Bürger der unteren sozialen Schichten wäre der Zugang zu Konsumgütern wie zu öffentlichen Leistungen erheblich eingeschränkt.

Eine Politik der autoritären Einschrän-



Werner Maihofer und Hanspeter Knirsch (hier mit Dieter Lueg) glaubten 1976 an eine Perspektive

Das Zusammenwirken dieser Faktoren läßt nicht erwarten, daß in den nächsten Jahren Wachstumsraten des Sozialprodukts in der Höhe eintreten, wie sie zur Auflösung der Strukturprobleme nach den bisher praktizierten Konzepten notwendig wären".

Aber die Perspektivkommission hat nicht nur zutreffend analysiert, sondern auch berechtigte Warnungen ausgesprochen. Unter der Überschrift "Ende der Expansion — Ende der Gerechtigkeit?" formulierte sie — und es lohnt sich, diese nie vom Parteitag beschlossenen Passagen wörtlich zu zitieren:

"Die Gefahr einer Strategie der autoritären Restauration und der sozialen Polarisierung ist eng verbunden mit der seit 1949 in der Bundesrepublik praktizierten Politik. Dies wäre die einfache Umkehrung der lange Zeit vorherrschenden rein quantitativen Expansion, die alle Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen in Wachstumsfragen auflöste und aus den Zuwächsen zu befriedigen suchte. Wenn nunmehr Wachstumsraten im bisherigen Ausmaß unwahrscheinlich sind, wächst die Gefahr, daß das quantitative Expansionsdenken umschlägt in Tendenzen quantitativer Beschränkung. Die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse vieler Bürger würden

entwickelt zudem eine bedenkliche Eigendynamik zur Verschärfung der strukturellen Krisenerscheinungen. Verminderte Einkommen bedeuten auch weniger Kaufkraft und Steuerkraft und damit den Ausfall von privatem und öffentlichem Nachfragepotential.

Da mit einer Einschränkungsstrategie somit die Probleme gar nicht gelöst werden können, ist dann der Rückgriff auf unsoziale und illiberale Ersatzideologien zu befürchten."

Vieles, wie z.B. die Vorschläge zur gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit und die staatlich betriebene Ausweitung der Ausbildungskapazitäten, wurde in Kiel niedergestimmt. Aber nicht einmal die bescheidenen Ansätze der verabschiedeten Kieler Thesen wurden in der Praxis verfolgt. Aber Lamsdorf und seine Freunde können heute nicht so tun, als hätte man es ihnen nicht gesagt. Die Analysen und Prognosen liegen spätestens seit 1977 vor.

Heute steht Lamsdorf vor dem Scherbenhaufen seiner eigenen Politik und versucht, die Schuld anderen zuzuschieben. Das darf die F.D.P. nicht zulassen. Auf dem Sonderparteitag wird Gelegenheit sein, Bilanz zu ziehen und Rechenschaft zu fordern.

Ökonomischer Raubritter

Lambsdorffs Konzept und die amerikanischen Erfahrungen

Gelobt hat es so recht keiner, der ökonomisch etwas auf sich hält – kritisiert haben es fast alle, denen es zu Augen gekommen ist. Der Graf war's zufrieden, denn sein "Manifest der Marktwirtschaft" hatte auch gar nicht einen irgendwie gearbeteten Anspruch auf inhaltliche Schlüssigkeit, politische Durchsetzbarkeit und soziale Verantwortlichkeit: Es sollte bloß der letzte Tropfen sein, der das sozial-liberale Koalitionsfaß zum Überlaufen bringt.

Kritik hat sich vor allem der "Therapie"-Teil des Papiers zugezogen. "Horrorzahlen", "soziale Demontage" und ähnliches mehr bescheinigten sozial verpflichtete Politiker den Lambsdorffschen Überlegungen. Nicht nur aus dem Lager der politischen Gegner hagelte es Widerspruch, sogar Christlich-Unionierte und der Chef der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, äußerten ihr Unbehagen an Teilen des Papiers.

In der Tat hat der Ex- (und Bald-)Minister nicht begriffen, daß der Sozialstaat nicht nur eine Grenze nach oben, sondern auch eine Grenze nach unten hat. Wenn das soziale Sicherungssystem so ausgedünnt wird, daß es seine eigentliche Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, wird jede Transferzahlung zum sozialen Unsinn. Statt sich der mühseligen Kleinarbeit der Neuordnung des Sozialsystems zu unterziehen, um den Kern und damit das – auch gerade wirtschaftspolitisch notwendige – Funktionieren zu bewahren, geht Lambsdorff mit dem Beil an Arbeitslosengeld, Wohngeld, Familien- und Sozialhilfe.

Er glaubt, dies tun zu können, weil nach eigenem Bekunden sein Konzept auf Wirtschaftsaufschwung und "hinreichend starkes und länger anhaltendes Wachstum" mit entsprechendem Abbau der Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist.

Mehr als fraglich ist allerdings, ob die Lambsdorffschen Vorschläge angetan sind, ein solches Wachstum zu erreichen: 4 bis 4,5 % jährlich müßten es sein, wenn die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigen, mithin 5 bis 6 % jährlich, wenn sie abgebaut werden sollte.

Nach Ansicht nicht unbedingt kritischer Ökonomen ist aber mit solchen, vom Grafen vorgeschlagenen Rezepten, dieses Wachstum nicht zu erreichen. Der Staat spielt in dem Konzept nur eine untergeordnete Rolle: Zwar sollen Investitionen in Umweltbereichen vorgenommen werden, allerdings finanziert durch Einsparungen im sozialen Bereich.

(Der scheinbar ökologische Gehalt gerät übrigens vollends zur Farce, wenn an an-

derer Stelle der zügige Aus und Weiterbau der Atomkraftwerke gefordert wird.)

Die Hauptrolle soll, wie so oft, die Privatwirtschaft spielen. Und hier wird eben das Rezept auch dann nicht schlüssiger, wenn man es immer und immer wiederholt: den Unternehmen "verbesserte Rahmenbedingungen" schaffen, damit sie mehr produzieren können.

Den immanenten Widerspruch dieser Angebotsökonomie löst der Graf auch dieses Mal nicht: Warum sollte ein Unternehmer in produktive Maßnahmen investieren, wenn er sein Geld viel profitabler auf dem Kapitalmarkt anlegen kann und zudem seine Absatzchancen durch die sinkende Nachfrage, die der Graf zwar gleich zu Beginn seines Papiers bitter beklagt und als Mitgrund für die wirtschaftliche Malaise nennt, gleichwohl aber durch den von ihm geforderten Abbau der sozialen Leistungen weiter schwächt, nicht eben rosig sind.

Die amerikanischen und englischen Erfahrungen mit angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, sozialem Raubbau und Schonung der Großelkommen scheinen den Grafen nicht zu schrecken.

Werner Lutz dokumentiert die Entwicklung und das Scheitern der Reaganomics:

Neues von der Wende

Alles sollte anders werden: Schluß mit der ausufernden Bürokratie, die den Leistungswillen lähmt, weg mit der schlappen Haltung gegenüber dem Kommunismus – man muß nur die innenpolitischen Beschränkungen der freien Entwicklung eines jeden Bürgers aufheben und außenpolitisch eine Position der Stärke einnehmen, und schon ist der amerikanische Traum Wirklichkeit.

So wie der von der amerikanischen Regierung bewußt geförderte Wandel der militärischen Abschreckungsdoktrin über die Kriegsführungsoption zum Glauben an den gewinnbaren Krieg die internationale Friedensbewegung auf den Plan gerufen hat, so wächst auch die Kritik an der sozialpolitischen roll back-Strategie des Weißen Hauses.

Eine Senkung der Einkommenssteuer in drei Stufen (Oktober 1981 bis Juli 1983) um insgesamt 25 % (und beschleunigte Abschreibungen) sollten die Wirtschaft von der Steuerseite her entlasten und zu verstärkter Wirtschaftstätigkeit anregen, um damit mittelfristig den Steuerausfall wieder auszugleichen. Tatsächlich aber geht das Sozialprodukt um 1,5 % in diesem Jahr zurück, wie die Organisation der westlichen Industriestaaten, die OECD, schätzt, während die anderen Länder ca.

0,5 % Wachstum verbuchen können. Die amerikanischen Unternehmer bedanken sich für den Steuernachlaß und denken gar nicht daran zu investieren, sondern legen ihr Geld – risikolos und hochverzinst – in Anleihen an.

Durch Reagans Wirtschaftspolitik wurde die amerikanische Wirtschaft beschleunigt in den Keller gewirtschaftet. Heute gibt es in den USA

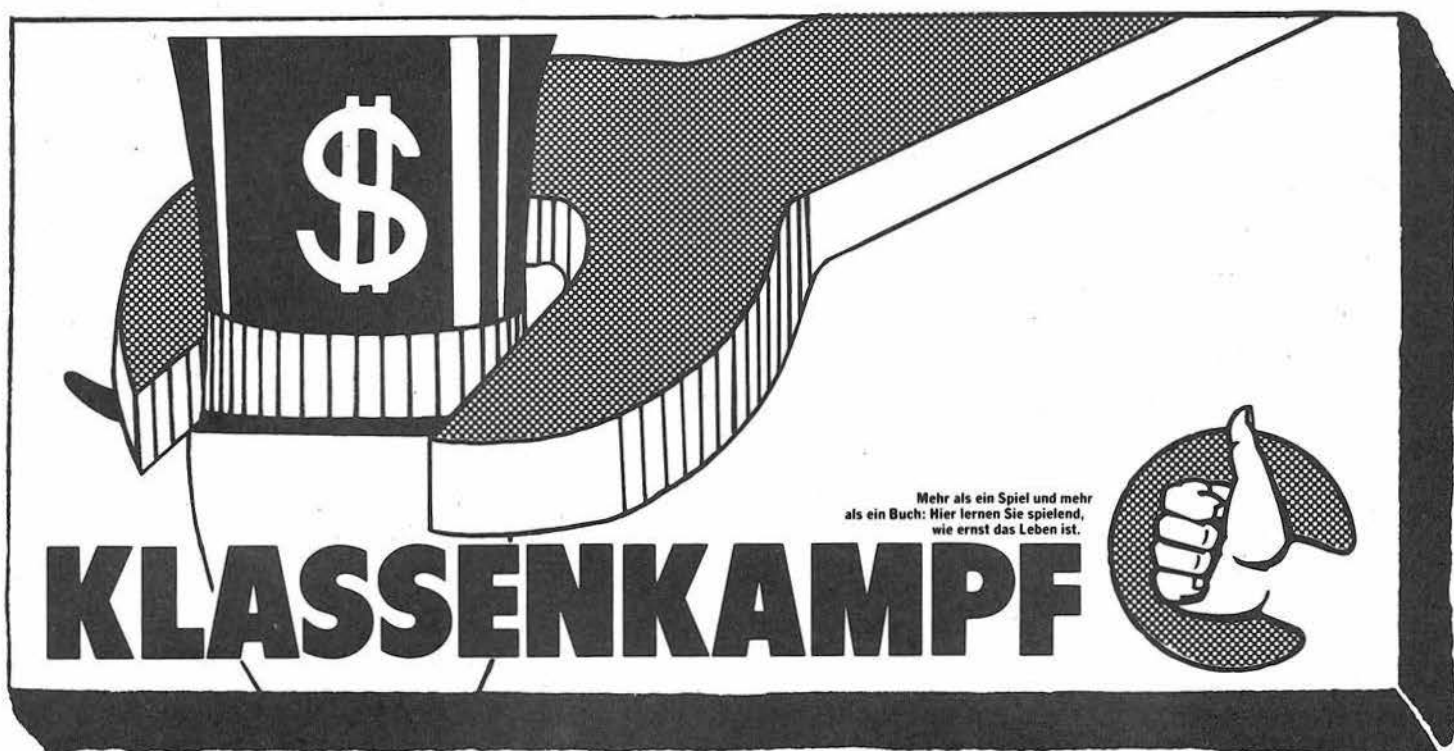
- 10 % amtlich registrierte Arbeitslose, mehr als je zuvor seit der Großen Depression vor 40 Jahren,
- Armut bei jedem siebten Bürger, und sie wächst weiter, wenn in den nächsten Jahren tatsächlich Sozialleistungen in Höhe von 150 Mrd. Dollar gestrichen werden sollten,
- ganze Branchen (Auto, Stahl, Bau, Landwirtschaft), die sich in einer katastrophalen Krise befinden,
- ein gigantisches Haushaltsdefizit, das für 1982 auf 150 Mrd. Dollar geschätzt wird, dem höchsten Stand der amerikanischen Geschichte.

Steuersenkungen und eine irrwitzige Steigerung der Rüstungsausgaben sind die Ursachen des rapide wachsenden Haushaltsdefizits. Die jüngsten Steuererhöhungen, die es abbauen sollen, sind vom Kongreß durchgesetzt worden, nachdem Reagans Wirtschaftspolitik gescheitert ist; in den nächsten drei Haushaltsjahren sollen die Steuereinnahmen um insgesamt 98,3 Mrd. Dollar steigen. Damit wird exakt das Gegenteil dessen getan, was noch vor wenigen Monaten als Heilslehre propagiert worden war.

Die Senkung des amerikanischen Diskontsatzes von 10,5 auf 10 % schließlich löste Zinssenkungen u.a. in Japan, Großbritannien, Niederlande, Schweiz und der Bundesrepublik aus. Da mehrere amerikanische Geschäftsbanken wegen zweifelhafter Kreditgeschäfte (z.B. mit Mexiko) in eine gefährliche Schieflage geraten waren, mußte die Belastung durch hohe Kreditkosten abgebaut werden. Zugleich wird die Forderung nach öffentlichen Programmen immer lauter, da die Infrastruktur (Straßen, Brücken, Eisenbahn, Trinkwasserversorgung, Bauten) in erschreckendem Maße verfällt, weil die öffentlichen Investitionen seit Mitte der sechziger Jahre zurückgehen.

Reagans Politik war in der Bundesrepublik von CDU/CSU-Politikern enthusiastisch begrüßt worden. Sein politischer Konkurs ist auch das Scheitern ihres Konzeptes – soweit ein solches in Umrissen überhaupt erkennbar ist.

Die neokonservative Wirtschaftspolitik (auch in Großbritannien) führt zu Massenarbeitslosigkeit, sozialer Demontage und Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Liberale wissen, daß gerade sie in einer solchen Situation nicht erneut versagen dürfen, wie schon einmal am Ende der Weimarer Republik. Es wird nicht ein zweites Mal möglich sein zu sagen, "das habe ich nicht gewußt".



UNSER SPIEL : GEGEN DEN KLASSENKAMPF VON OBEN, DER JETZT OFFENBAR BEVORSTEHT.

Ein Würfel- und Strategiespiel über den Kampf
zwischen Kapital und Arbeit
für 2 bis 6 Spieler, die Spaß verstehen
und Ärger ertragen können.

84 Felder, 80 Ereigniskarten
Vorsicht: Geld hilft meistens, aber nicht immer!

IHR GESCHENK:
für Freunde, Partner und Gegner, die Sie mögen!

Unser Preis für Sie: 46,- DM (Porto, Versand und Mehrwertsteuer inbegriffen). Bank- oder Postscheck beilegen und bestellen bei:

METRACON - Verlag, Postfach 20 08, 5300 Bonn 1

Coupon-----

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) des "Klassenkampfs". Ein Bank- oder Postscheck liegt bei.

Name: _____

Anschrift: _____

Steglitzer Initiative

von Heinz Löffler

Seit dem "schwarzen Freitag" am 17. September trudelt die F.D.P. auf den Müllhaufen der deutschen Parteiengeschichte. Mit dem Koalitionsbruch in Bonn ist diese Partei dabei, ihre eigene Existenzberechtigung historisch zu verspielen. Keine 24 Monate hat es gedauert, die Partei von einem sicheren Wählerfundament in das politische Nichts zu katalysieren.

Die Bundestagswahl im Oktober 1980 ergab hervorragende 10,6 % der Stimmen für die F.D.P. Es sollte aber nicht lange dauern, da fingen einige wenige an der Spitze der Partei an, unser Vertrauenskapital zu verspielen. Sie erfanden einen Begriff, der bereits sprachlich das Ende ahnen läßt: die "Wende". Mit dieser zugleich inhaltsleeren, aber gerade deshalb gefährlichen Phrase war der Dolch zum Selbstmord der F.D.P. geschmiedet.

Bereits im Mai bei der Wahl in Berlin hatte sich das Wählerpotential halbiert: knapp über 5 % blieben uns. Im Juni 1982 folgte das "Aus" für die F.D.P. in Hamburg. Der Selbst-Knock-Out der F.D.P. auch in Hessen wurde am 26. September vollzogen.

Wo liegt die gemeinsame Ursache für den Wahnsinnstrip der F.D.P. ins Niemandsland der politischen Bedeutungslosigkeit? Die Antwort ist einfach: Wer dem klaren Wählerauftrag der Bürger, der politischen Grundrichtung der Bundesrepublik vorsätzlich zuwiderhandelt, muß entweder die Wählerschaft auflösen oder sich selbst liquidieren. Da die Wählerschaft in unserer Demokratie nicht auflösbar ist, schalgen Vertrauensbrüche stets auf die Schuldigen selbst zurück, also auf uns, die Liberalen. Auf uns? Waren und sind etwa wir - die Linksliberalen - schuld an dem tiefgreifenden Vertrauensverlust zwischen Wählern und Gewählten? Haben wir Linksliberale nicht über Jahre hinweg mit ernster Sorge beobachtet, wie die Parteiführung das politische Profil und damit die Attraktivität der F.D.P. systematisch verspielt hat?

- Selbstredend haben wir analysiert, daß
- die Parteiführung in der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend die Nähe zu den kalten Kriegen in der CDU/CSU gesucht und damit - erstmals in der Geschichte der F.D.P. - der Liberalen in einen tiefen Gegensatz zur Friedensbewegung getrieben hat;
- der Freiburger Auftrag zur Reform des Kapitalismus unerledigt blieb und damit - Existenzgefährdung für die Zukunft der Partei - die jungen Wähler uns scharenweise davonliefen;
- im Umwelt- und Ökologiebereich

Parteibeschlüsse und Parteihandeln stets in zynischem Widerspruch zueinander standen und damit Wählerstimmen für die "Grünen" zuallererst bei uns zu katastrophalen Verlusten führen mußten.

Aus diesen richtigen Analysen folgte über lange Zeit zunächst zu wenig praktisches Handeln. Viel zu lange hat niemand unsere in guten Wahlprogrammen festgeschriebenen Positionen ernsthaft eingefordert und diejenigen rechtzeitig in die Schranken gewiesen, die sich als Totengräber für das Ansehen des Liberalismus hervortaten. Viel zu lange schwiegen die Linksliberalen bei wesentlichen inhaltlichen und personellen Kotroversen.

Am 7. Juni 1982 (einen Tag nach der Wahlniederlage in Hamburg) entschlossen sich die Steglitzer Liberalen zum Handeln. Mit einem demonstrativen Beschluß und einer bundesweiten Kampagne fordern wir seitdem den Rücktritt Genschers. In unserer Resolution, die bislang von mehr als 1.500 Parteifreunden unterzeichnet wurde (darunter fast 20 % der Delegierten zum Bundesparteitag) heißt es unter anderem:

"Die Verunsicherung des Wählers über den Kurs der F.D.P. ist zum erschütternden Markenzeichen dieses Bundesvorsitzender der F.D.P. geworden ... Er gefährdet die Glaubwürdigkeit und damit die Existenz unserer liberalen Partei ... Damit muß endlich Schluß sein. Die Masse der "namenlosen" Parteimitglieder muß aufstehen, um eine klare sozial-liberale Politik in der Bundesrepublik gemäß dem Wählerauftrag durchzusetzen."

Für uns in Steglitz war es unerträglich geworden, den Bundesvorsitzenden der F.D.P. noch weiter leichtfertig als unantastbaren "Gott-Vater" zu akzeptieren. Die "Steglitzer Initiative" stellte erstmals öffentlich klar: Herr Genscher ist nicht die F.D.P., dabei fanden wir bundesweit Beachtung und Zustimmung. Heute reißt die Kette öffentlicher Erklärungen für den Rücktritt Genschers nicht ab.

Ob nach dem Koalitionsbruch in Bonn allerdings das Ruder jetzt noch einmal herumgerissen werden kann, ist unklar. Die Genscher-Truppe ist fest entschlossen, die Partei - d.h. hier den Sonderparteitag der F.D.P. - vor vollendete Tatsachen zu stellen. Mit einer solchen Entwicklung haben wir in Steglitz bereits seit langem gerechnet. Deshalb ist die Kampagne für den Rücktritt Genschers frühzeitig mit einer inhaltlich-politischen Komponente verstärkt worden. Ausgehend von der Feststellung, daß der Koali-

tionsbruch Genschers das positive öffentliche Ansehen unseres flügelübergreifenden Partei-Markenzeichens "liberal" nachhaltig zertrümmert hat, war uns klar, daß wir als Linksliberale dieser Entwicklung etwas Eigenständiges entgegensetzen müssen. Es ist uns gelungen, parallel zur gezielten Konfrontation in Personalfragen enorme Kräfte für die inhaltliche Neubestimmung des Liberalismus freizusetzen.

In überraschender Breite ist die Partebasis ohne Umschweife bereit, inhaltlich materielle Konflikte innerhalb der Liberalen auch der Öffentlichkeit gegenüber transparent zu machen. Linksliberale Offensiven in allen Bundesländern formulieren offen: *"Wir haben keinen Grund, irgendwem zu verheimlichen, daß die F.D.P. nach wie vor das Ergebnis historischen Kompromisses zweifelt sich im Grund antagonistisch gegenüberstehender politischer Strömungen ist: der Fortschrittliberalen und der Liberalenkonserativen. Machen wir deutlich:*

- *in der Friedens-, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik gibt es Liberale, die gegen den Rüstungswahnsinn gemeinsam mit der Friedensbewegung auf die Straße gehen ebenso wie "Liberale", die hinter verschlossenen Türen Aufrüstungsbeschlüsse fassen und in Mitteleuropa neue Massenvernichtungswaffen stationieren wollen;*
- *in der Umweltpolitik gibt es Liberale, denen die Grenzen der Belastbarkeit unseres Planeten bewußt geworden sind ebenso wie "Liberale", die noch immer in großem Stil Kernkraftwerke Autobahnen, Chemiegroßprojekte oder Flugzeugbetonpisten in die Landschaft setzen wollen.*

Wir sehen, daß die Grenzlinie zwischen Reaktion und Fortschritt quer durch unsere Partei geht. Wir müssen uns entscheiden, wollen die Liberalen zurück in die 50-er Jahre und damit in das gesellschaftspolitische Abseits oder wollen wir vorwärts ins Jahr 2000 mit einem zukunftsorientierten, linksliberalen Profil?

Auf dem nächsten Bundesparteitag wird diese Frage für die Linksliberalen beantwortet sein. Gewinnen wir diese Entscheidung für uns, ist Genscher erledigt. Gewinnt Genscher, ist die F.D.P. erledigt.

Der Untergang der F.D.P. ist aber keineswegs der Abgang des Linksliberalismus in unserer Republik. Unsere Zukunft liegt dann eindeutig darin, in einer neuen, eigenen Parteiorganisation dem fortschrittlichen Liberalismus eine "Neue Chance" zu geben.

*In dieser Rubrik veröffentlichen liberale drucksachen Diskussionsanstöße, bei denen sich die Redaktion besonders über eine Leserresonanz freuen würde.

Neuerscheinungen



ANDERE MÄRCHEN / Bd. 1:

RAFIK SCHAMI: DAS SCHAF IM WOLFSPELZ

Kann man Erwachsenen Märchen erzählen? – Man muß ihnen Märchen erzählen, damit sie ihre verloren gegangene Phantasie wiederfinden!

Märchen sind wieder modern geworden. Die Undurchschaubarkeit, Sinnlosigkeit und Komplexität erlebter Realität wird auflösbar in den Verdichtungsmöglichkeiten moderner Märchen. Rafiks Märchen sind jedoch vor allem ANDERE MÄRCHEN, sie machen den Blick frei für reale Abhängigkeitsstrukturen in der Gesellschaft, ermutigen Widerstand zu leisten, bewahren vor der Flucht in religiöse und säkularisierte Scheinwelten, weil sie auffordern in konkreten Utopien zu denken, Märchen wider Resignation und Realitätsflucht.

INHALT: Die Zwiebel / Fatima / Die rote Blume / Das Schaf im Wolfspelz / Die Hölle / Der Bär singt nicht / Der Bäcker und der Gauner / Das schwarze Schaf / Und die Grille singt doch / Die Aufseher / Der Südwind. Mit Grafiken von Barbara Rieder
136 Seiten, 14,80 DM

Bernd Janssen:

"GAST"-ARBEITER ODER:
SIND WIR EIN EINWANDERUNGSLAND?

Besonders in Krisenzeiten, in denen der faschistoide Ruf "Ausländer raus" bedrohliche Formen annimmt, bedarf es der Einführung in die inhumanen Lebensverhältnisse der heimatlos gewordenen Ausländer, der Fähigkeit zur Solidarität und des politischen Kampfes um die Gleichberechtigung und Integration der ausländischen Mitbürger. Das Unterrichtsmodell "Gast"-Arbeiter

- geht von einem pragmatischen Unterrichtsverständnis aus,
- formuliert Stichworte zur politischen Orientierung
- entwickelt für die Klassenstufen 5/6, 7/8 und 9/10 je eine Unterrichtseinheit,
- bietet zahlreiche ergänzende alternative Unterrichtsmaterialien

144 Seiten, 9,80 DM

(ab 1.1.83: 11,80 DM)



Bestellungen und Informationen (sowie ein ausführliches Gesamtverzeichnis kritischer Lesebücher und Unterrichtsmaterialien) bei:

pad • Postfach 120143 • 4600 Dortmund 12



Gerd Battmer / Werner Rieschmüller / Gerhard Volgt:

FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND
UND NEONAZISMUS – ODER:

Warum die "Holocaust"-Diskussion nicht ausreicht

Mit dieser Unterrichtseinheit wird ein Alternativkonzept zu einer Unverbindlichkeit der rein historischen Aufarbeitung vorgelegt, das an die Stelle verordneter "Vergangenheitsbewältigung" die Frage setzt, welche Voraussetzungen des Faschismus auch heute noch in der BRD wirksam sind, und wie ihnen begegnet werden kann.

Die Unterrichtsvorschläge konzentrieren sich auf

- die ökonomischen Bedingungen und die faschistischen Krisenlösungsstrategien
- Ursachen und Folgen der autoritären Sozialisation und ihre ideologische Legitimation ("der autoritäre Charakter"),
- faschistische Herrschaft zwischen Kanalisierung des Terrors (SA, SS), Ausschaltung der Arbeiterbewegung und bürgerlichem Funktionieren ("Beamtenstaat").

176 Seiten, 10,80 DM

(ab 1.1.83: 12,80 DM)

Die nächste Konferenz steht bevor!

Spenden an:

Liberales Bildungswerk NRW e.V.

Worringer Str.82 - 84

4000 Düsseldorf

Volksbank Düsseldorf

BLZ 301 600 83

Konto-Nr. 800645018

Stichwort Herbstkonferenz

Konferenz Noch eine Chance für die Liberalen!

Liberales Bildungswerk NRW

Worringer Str. 82-84, 4000 Düsseldorf

Weimar läßt grüßen

von Rolf Schniedermann*

„Die Regierung fiel als ein Beispiel des problematischen Funktionsverhältnisses zwischen Fraktionen und ihren Ministern, zwischen Taktik und Strategie der Parteipolitik auf der einen, der Regierungspolitik auf der anderen Seite..... Die Demokratie hatte ihre eigenen Grundlagen vergeben, als ihre Träger an die Stelle praktikabler Kompromisse unbewegliche Prinzipien, an die Stelle einer kooperativen Regierungspolitik das Diktum einer von Interessengruppen und Wählertaktik bestimmten Fraktionspolitik und interfraktioneller Verhandlungen setzen zu können glaubten. Es war nicht Stärke, sondern gerade Schwäche des Parlaments, dem nach diesem verzweifelter Aufbäumen der Parteiaktivität die Zügel der politischen Kontrolle vollends entglitten.....“

Diese Bewertung ist kein Kommentar zur Zeitgeschichte, sondern das Urteil eines Historikers über das Ende der letzten parlamentarischen Reichsregierung vor einem halben Jahrhundert (Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik).

Anlaß für den Rücktritt des Reichskanzlers Hermann Müller (SPD) am 27. März 1930 war nicht etwa ein Problem wie der 'Youngplan', der noch zwei weiteren Generationen bis zum Jahre 1988 Reparationslasten aufbürdete, sondern eine Differenz von einem halben – später einem viertel – Prozentpunkt bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.

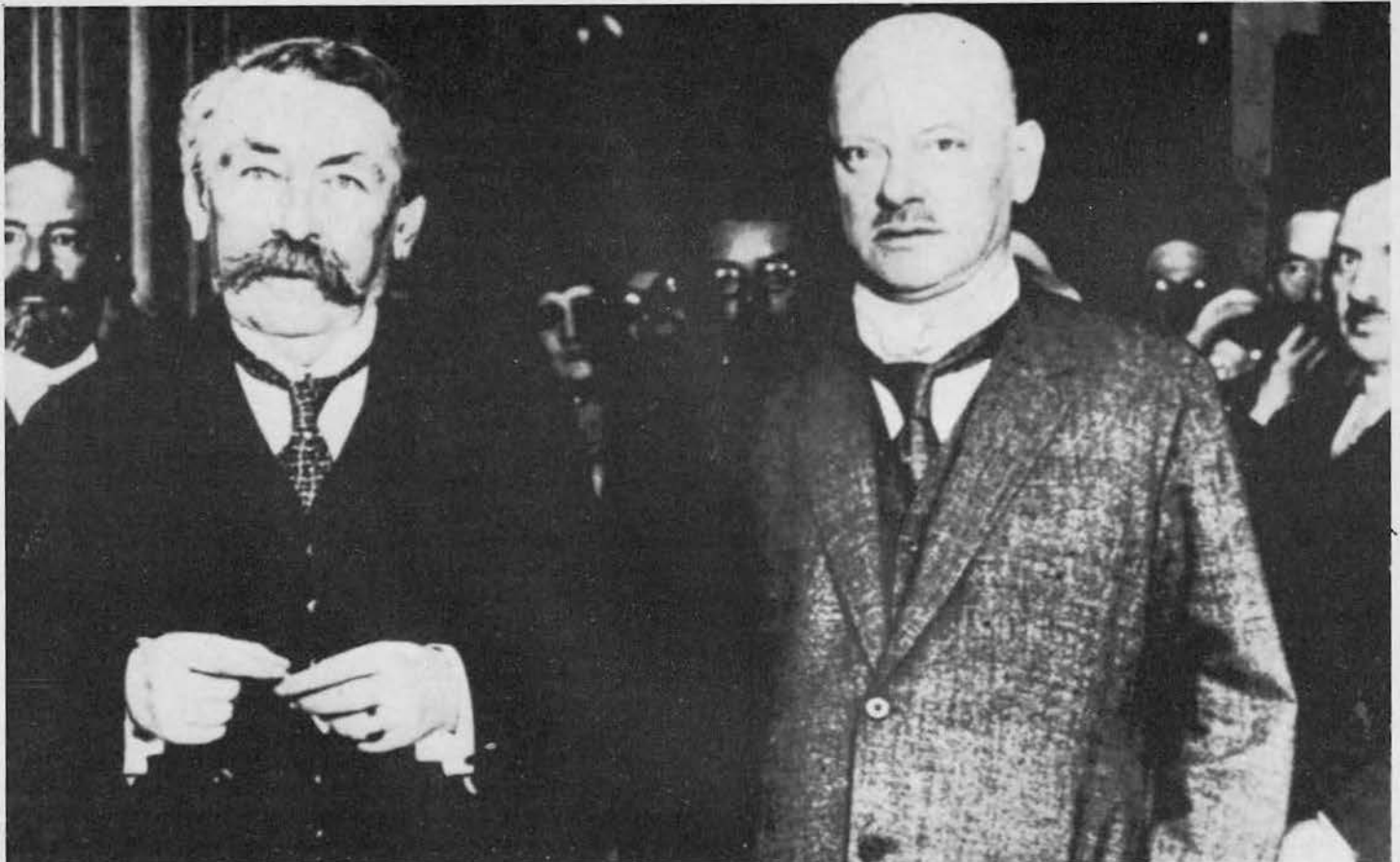
Viele Monate hatte sich der Streit zwischen der wirtschaftsorientierten Deut-

schen Volkspartei (DVP) und der arbeitnehmernahen SPD hingezogen, bis der zuletzt doch noch erarbeitete Kompromiß von der SPD und einem ihrer Minister abgelehnt wurde.

Gustav Stresemann hatte im Oktober 1929, noch Stunden vor seinem Tod, seine DVP zu einem Kompromiß überredet, der dann aber am Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht gescheitert war. Vor allem hatte sich die Deutsche Demokratische Partei (DDP) bemüht, zwischen den 'Flügelparteien' der Koalition zu vermitteln. Oskar Meyer (DDP) schlug eine Beitragserhöhung von 3 auf 3,75 % vor, Reste sollten durch Zuschüsse gedeckt werden. Undurchsichtig und wohl auf den

Austieg aus der Koalition programmiert verhielt sich dagegen der Finanzminister Paul Moldenhauer (DVP), der zunächst einer Regierungsvorlage (Beitrag 4 %) zugestimmt hat, dann aber unter Rücktrittsdrohung das Zurückziehen der Vorlage forderte. Unter diesen Voraussetzungen kam es nicht mehr zur 'offenen Feldschlacht' im Parlament, der Reichskanzler trat zurück.

Die Frankfurter Zeitung (28.02.1930) kommentierte Anlaß und Hintergründe sehr deutlich: „... auch wenn man ... durchaus in Rechnung stellt, was der Sozialdemokratie in den Jahren des Bestandes der Koalition das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei wirklich nicht leicht gemacht hat, wenn man die Intransigenz der Deutschen Volkspartei jetzt bei der Frage der Arbeitslosenversicherung als dem letzten Streitobjekt schon in Anbetracht der Kleinheit dieses Objektes nichts weniger als großartig findet – so bleibt unabweisbar, daß gerade darum die sozialdemokratische Fraktion dem gestern schließlich gefundenen Kompromiß hätte zustimmen müssen, um



Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands Aristide Briand und Gustav Stresemann. Nach dem Tod Stresemanns im Oktober 1929 urteilte die Frankfurter Zeitung: Die DVP will tatsächlich das Erbe Stresemanns preisgeben. Dieses Negative ist klar. Ganz unklar ist, was sie positiv will.

Größeres, Wichtigeres zu wahren. Der Gewerkschaftsflügel der Sozialdemokratie hat vor lauter Fachlich-Speziellem die Politik nicht gesehen. Es ist seit langem deutlich, daß im Zentrum und noch mehr in der Deutschen Volkspartei starke Kräfte am Werke sind, um die innere deutsche Politik, vor allem in den wirtschaftlich-sozialen Fragen, stärker nach rechts zu führen. Nämlich nach rückwärts, weg von der Entwicklung der letzten zehn Jahre. Doch sind bisher diese Kräfte noch einigermaßen gebunden gewesen.

Die Volkspartei hat es eilig gehabt, aus dem törichtsten Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion sofort ein fait accompli zu machen. Die Entwicklung soll nach rechts". Genau dies hatte der Reichsaußenminister seiner DVP bereits ein Jahr vorher ins Stammbuch geschrieben.

"Es kommt hinzu, daß wir keine Partei der Weltanschauung mehr sind, sondern mehr und mehr zu einer reinen Industriepartei werden Die alte National-liberale Partei wachte darüber bei Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern objektiv zu sein. Wenn sie nicht immer in wünschenswertem Sinne sozial eingestellt war, so war das die Einstellung der einzelnen Mitglieder der Fraktion, nicht irgendeine Order, die von einer anderen Stelle ausging und die man als Fraktion befolgte. Heute bringt die Fraktion überhaupt nicht mehr den Mut auf, in einen Gegensatz zu den großen Arbeitgeber- und Industrieverbänden zu treten. Man erträgt, daß Mitglieder der Fraktion mittelbar oder unmittelbar zur Wirtschaft gehören" (Stresemann am 13.3.1929, Vermächtnis, Bd. III, S. 436 ff.).

Während die konservative Presse die harte Haltung der DVP in der Frage der Arbeitslosenversicherung und bei der Beschneidung der Sozialleistungen unterstützte (Deutsche Allgemeine Zeitung: "Die Kosten für die marxistische Ausgabenwirtschaft dürfen nicht der Wirtschaft aufgeladen werden"), urteilte die Frankfurter Zeitung: "Die DVP will tatsächlich das Erbe Stresemanns preisgeben und die Koalition mit der Linken verlassen. Dieses Negative ist klar. Ganz unklar ist, was sie positiv will."

Vier Monate nach dem Rücktritt der Regierung Müller, das erste Präsidialkabinett Brüning war installiert, löste Reichspräsident von Hindenburg den Reichstag auf.

Die Reichstagswahlen ergaben kleinere Mandatsverluste bei der SPD (143 auf 133) und große bei der DVP (45 auf 30) und DDP (25 auf 20). Entscheidend aber waren die Mandatsgewinne der KPD (77 auf 89) und der Durchbruch der NSDAP von 12 auf 107 Mandate.

Herbert Wehner hat seit 1975 den geschichtlichen Rückblick auf den Reichskanzler Herrmann Müller mehrfach in der aktuellen Tagespolitik genutzt, um die

Verordnung
des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags
vom 18. Juli 1930.

Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 16. Juli ~~über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930~~ ausser Kraft gesetzt ~~wird~~, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 18. Juli 1930.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

M. Brüning

Fraktionsdisziplin in der SPD zu festigen und "zur Nachsicht gegenüber dem kleineren Koalitionspartner" zu bewegen. "Ich habe die ganze Zeit innerlich gezittert vor einer ähnlichen Entwicklung, wie sie ... die verheerende Krise der dreißiger Jahre ausgelöst hat", gestand der SPD-Fraktionsvorsitzende schon im Sommer 1975 (Der Spiegel vom 6.9.1982).

In der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, die weitgehend übereinstimmend von 'links' bis 'rechts' als 'geschichtslos' kritisiert wird, besteht sicher nicht die Neigung, Geschichte als Rezeptbuch für die aktuelle Politik mißzuverstehen. Daß Bonn nicht Weimar ist, gehört schon zum allzu selbstverständlichen Selbstverständnis der 2. Deutschen Republik.

Trotz aller Unterschiede zwischen Bonn und Weimar haben die Ereignisse vor einem halben Jahrhundert eine schon

gespenstische Aktualität erhalten. Damals wie heute geht es um die Bewahrung der parlamentarischen Demokratie in der Krise, um Partei- und Gruppenegoismus, um die Erhaltung des sozialen Grundkonsenses und um die Frage der staatspolitischen Verantwortung. Wenn man schon aus der Geschichte lernt, daß man nichts aus ihr lernt – wie Zyniker behaupten – so kann man aus ihr vielleicht doch etwas mehr Sinn für Proportionen in der aktuellen Tagespolitik und den Sinn für das, was vor dem Volk und der Geschichte noch verantwortbar ist, gewinnen – oder wiedergewinnen!

Bonn ist nicht Weimar – aber Weimar läßt grüßen.

*Rolf SCHNIEDERMANN ist Mitarbeiter der F.D.P.-Bundtagsfraktion und stv. Kreisvorsitzender von Gütersloh.

Die ökologische Krisenbewältigung und das Lehrstück Pflanzenschutzmittelexport

Seit zehn Jahren fünf vor zwölf von Egmont R. Koch*

"Import und Export von Produkten, die den Umweltgesetzen der Bundesrepublik nicht entsprechen, sind zu unterbinden"
(Freiburger Programm, Oktober 1971)

"Es ist unverantwortlich, daß noch immer umweltschädliche Produkte ausgeführt werden, die auf den Binnenmärkten unzulässig sind"

(Gerhart R. Baum auf der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, Mai 1982)

Schon im Vorfeld der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi, zehn Jahre nach der legendären Sitzung in Stockholm, die Aufbruchstimmung sig-

vielen der globalen ökologischen Krisen haben ihre eigentliche Ursache nicht in den Entwicklungsländern, sondern in den reichen Staaten des Westens. Gefordert ist ein Dringlichkeitsprogramm zur Abwendung weltweiter Umweltkatastrophen, ein "Weltlastenausgleich", wie ihn Peter Menke-Gluckert fordert. Bislang sieht dieser "Weltlastenausgleich" so aus: Wir exportieren unsere Panzer, unsere Gifte und unsere elektronische Kultur, wir erschließen – wie es heißt – neue Märkte, nutzen billige Arbeitskräfte. Ganze Betriebe, zum Beispiel der Asbest-Branche, so weiß man heute, wanderten vor einigen Jahren in Entwicklungsländer aus, wo sie mit billi-

den, daß Nutzen-Risiko-Analysen für die Dritte Welt zu anderen Ergebnissen kommen können als bei uns, für DDT – so sagen die Hersteller – weil dort die Malaria in Schach gehalten werden muß.

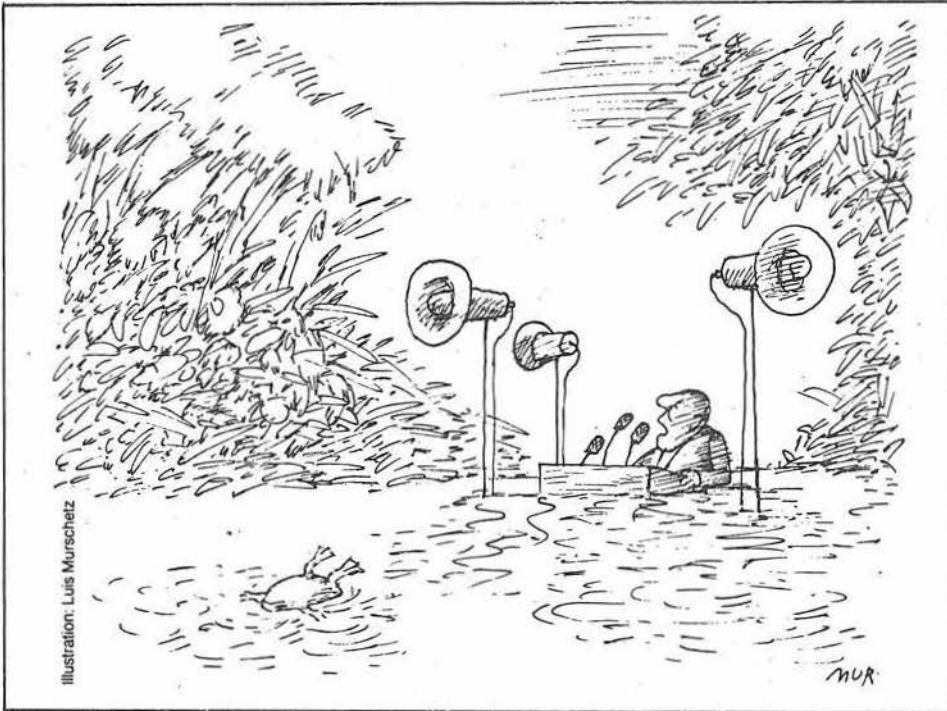
Doch das Insektengift wird bei weitem nicht nur zur Malariabekämpfung oder -vorsorge, sondern auch zur Nahrungsmittelproduktion eingesetzt. Und mit den Futtermitteln, die wir aus den Entwicklungsländern beziehen, kehrt das DDT dann zurück. Schon aus diesem Grunde ist es geboten, dem Handel mit diesem und anderen gefährlichen Pflanzenschutzmitteln ein Ende zu setzen. Die Behauptung, Pestizide würden in der Dritten Welt nur benötigt, um den Hunger zu beseitigen, ist eine industriepolitische Mär.

Auch Gerhart Baum hat das Problem in Nairobi deutlich angesprochen. Daheim gelang es ihm, sich gegen Josef Ertl durchzusetzen, dessen Ministerium in der Pflanzenschutz-Gesetzesnovelle am liebsten für Pestizidexporteure einen Freibrief ausgestellt hätte.

Der zuständige Industrieverband Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel startete unlängst eine Offensive gegen Baum: "Ein deutscher Innenminister sollte nicht pauschal mögliche Praktiken ausländischer Firmen auf die inländische Industrie übertragen", hieß es in einer Stellungnahme, in der überdies in Abrede gestellt wurde, daß es die deutsche chemische Industrie darauf anlege, ihre Kunden in der Dritten Welt in erheblichem Maße mit Pflanzenschutzmitteln zu versorgen, die hierzulande verboten sind. Man müsse wissen, "daß deutsche Chemiekonzerne kein Kilogramm DDT ... produzieren".

Dies freilich ist höchstens die halbe Wahrheit. Das Insektengift wird nicht im Inland hergestellt, weil dies dem DDT-Gesetz widersprechen würde. Aber deutsche Chemiekonzerne produzieren DDT in den Entwicklungsländern, HOECHST zum Beispiel in Brasilien. 1980 betrug die Produktionskapazität 8600 Tonnen.

Unrichtig ist auch der vom Verband vermittelte Eindruck, die für DDT erlaubten Toleranzwerte würde nicht überschritten. Gerade Futtermittel, die aus Südamerika kommen, zum Beispiel Getreidekleien, weisen zu 30 % "weit über der zulässigen Höchstgrenze" liegende DDT-Gehalte auf. Tapioka, einer der wichtigsten Stärkelieferanten, ist in nahezu 50 % aller Fälle mit DDT verunreinigt ("drastische Überschreitungen der Höchstmengen"). Dies berichtete der Hamburger Botaniker Dr. H. Buchholz im Oktober 1981 auf der



Umweltkongreß

nalisierte, wurden die Probleme zwischen den globalen Interessenspartnern deutlich. Da bemühten sich die deutschen Diplomaten um eine "unverbindlichere Formulierung", versuchten (vergeblich), "einige problematische Themen (z.B. Umwelt und Rüstung)" ganz von der Tagesordnung zu streichen und taktierten in Zusammenarbeit mit den anderen westlichen Ländern (erfolgreich), um nach den Osteuropäern, den Lateinamerikanern, den Asiaten in der entscheidenden Schlußphase der Konferenz den Vorsitz für sich beanspruchen zu können.

Gerhart Baum ignorierte in Nairobi alle diplomatischen Tabus, sprach die immensen Rüstungsausgaben an und die Verschiebung von Umwelt Risiken aus den Industrienationen in die Dritte Welt. Denn

gen Arbeitskräften und ohne Arbeitsschutz- und Umweltauflagen produzieren können. Eine ganz besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das internationale Geschäft mit Pflanzenschutzmitteln, die in den westlichen Ländern verboten sind. Darum ging es auch in Nairobi.

Bestes Beispiel: DDT. Das Insektizid, dessen weltweite Anwendung die Öffentlichkeit erstmals Anfang der sechziger Jahre alarmierte, findet man heute noch überall: im Fettgewebe arktischer Seehunde, im Plankton der Meere, in der Muttermilch. Am 7. August 1972 beschloß der Deutsche Bundestag das Gesetz über den Verkehr mit DDT, das nicht nur Anwendung, sondern auch Herstellung in der Bundesrepublik untersagt.

Gewiß, es kann nicht abgestritten wer-



Pestizidanwendung in der Dritten Welt

43. Deutschen Pflanzenschutztag.

Das DDT bleibt im übrigen ja nicht in den Futtermitteln, sondern gelangt auch in die menschliche Nahrung. Wegen des hohen Fettanteils sind die Gehalte in der Muttermilch dann besonders hoch: Im Untersuchungszeitraum 1979/80 lagen Werte 60 mal höher als in Trinkmilch. Die von der WHO festgelegten Höchstmengen ("acceptable daily intake") werden im Hauptnahrungsmittel der Säuglinge um ein Vielfaches überschritten. Und in den Ländern, in denen DDT angewendet wird, ist die Statistik noch schlimmer: In Indien beispielsweise, wo die Sowjet-Union DDT herstellt, liegen die Werte fast viermal so hoch wie in der Bundesrepublik; die Bewohner Nicaraguas und Guatemalas haben 30 mal mehr DDT im Blut als die Bürger der USA.

Aber auch mit der angestrebten Exportklausel im neuen Gesetz läßt sich die DDT-Produktion ausländischer Töchter deutscher Chemieunternehmen nicht in den Griff bekommen. Auch ein "Code of Conduct", wie Baum ihn in Nairobi vorschlug, dürfte das Problem nicht vollständig lösen. Denn juristisch wird niemand die multinationalen Chemiekonzerne darin hindern können, ihre Produktion gefährlicher, bei uns verbotener Pestizide komplett ins Ausland abzuschieben.

Hier sind in der Tat auch die Entwicklungsländer selbst gefordert, entsprechende politische Entscheidungen zu treffen. Ohne ihr Einverständnis geht es schließlich nicht.

Jose Lutzenberger, Deutsch-Brasilianer, der lange bei der BASF arbeitete, kennt die Situation in Brasilien und macht sich wenig Hoffnung. Das Agrarministerium sei fest in der Hand der Agrochemie, sagt er. Seinen Vorwurf, die multinationalen Chemiekonzerne arbeiteten mit Mafia-Methoden, darf er ungestraft wiederholen.

Gerhart Baum traf in Nairobi mit Lutzenberger zusammen. Er nennt ihn einen "interessanten Mann", der über große Erfahrungen verfüge. Baums Engagement für ein Exportverbot umweltgefährlicher Produkte mag durch die Begegnung mit dem Deutsch-Brasilianer noch gefördert worden sein.



Baum: Für Exportverbote

Das Problem illustriert indes noch etwas anderes: Die Forderung, den Im- und Export von Produkten zu verbieten, die den nationalen Umweltgesetzen nicht entsprechen, stand so schon im Freiburger Programm. Über zehn Jahre hat es mithin gedauert, bis daraus konkrete politische Aktivitäten wurden. Und das, obwohl die beiden Schlüsselministerien, jenes für Inneres und jenes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, seit jener Zeit mit Politikern der F.D.P. besetzt sind.

Gemessen an den globalen ökologischen Problemen ist jenes der Ausfuhr verbotener Pestizide eher marginal. Aber wenn schon dort die politische Umsetzung über

zehn Jahre braucht, woher sollen wir dann den Mut nehmen, daß das in "Global 2000" aufgezeigte Szenario noch beizeiten abgewendet wird? Die F.D.P., die sich selbst für die Umweltpartei der Bundesrepublik hält, zeigt — über ein Jahr nach dem "Global 2000 Hearing" — keine entscheidenden Ansätze, wenigstens die umweltpolitische Programmatik von Freiburg neu aufleben zu lassen.

Da wurde eine Dokumentation vorgelegt, eine Interfachkommission gegründet, ein Arbeitsprogramm verabschiedet, ein Entschließungsantrag eingebracht. Das alles ist notwendig, für demokratische Entscheidungsfindungen unverzichtbar. Nur muß die Frage erlaubt sein, ob die Partei hier nicht einen neuen Papierberg gebiert, über den dann wieder zur Tagesordnung übergegangen wird.

Lassen wir uns von dem Bild nicht täuschen, es sei fünf vor Zwölf. Seit zehn Jahren hat sich der Uhrzeiger nicht bewegt, damit den Politikern nicht der Handlungsspielraum verloren geht. Und wenn sich gar Reagans umweltfeindlicher Neokonservatismus auch bei uns breitmacht (worauf in jüngster Zeit vieles in dieser Partei hindeutet), ist es allemal zu spät.

Als in Nairobi Reagans neue Chefin der Umweltbehörde EPA, Anne Gorsuch, im Plenum die Meinung vertrat, es sei nach zehn Jahren jetzt erst einmal eine "Phase der Besinnung" notwendig, machte sich draußen Galgenhumor breit: Die amerikanische Delegation, so hieß es, habe den Beschluß gefaßt, daß die Apokalypse erst um ein Uhr beginnt.

**Egmont R. Koch ist Journalist und F.D.P.-Mitglied. Einer breiten Öffentlichkeit wurde er als Mitautor des Buches "Seveso ist überall" bekannt.*

"Um jeden Preis mit jedem koalieren?"

Interview mit dem britischen Unterhausabgeordneten David Alton

Liverpool - damit verbindet man in den letzten Monaten häufig Arbeitslosigkeit und Straßenschlachten. Liverpool ist für Liberale aber auch das sogenannte 'liberale Wunder', denn wo gibt es schon eine Großstadt, dazu noch eine Hafenstadt, wo ausgerechnet die Liberalen die Geschicke in Rat und Verwaltung lenken. 1968 war die Liberal Party in Liverpool noch mit zwei Vertretern im Stadtrat vertreten gewesen. Schon fünf Jahre später hatten sie mit 48 Councillors die 42 Labour- und 9 Tory-Ratsherren überrundet. Erstmals in diesem Jahrhundert gab es trotz des britischen Wahlsystems eine relative Mehrheit der Liberalen in einem Stadtparlament. Zwei Sitze mehr hätten die absolute Mehrheit bedeutet. Heute, fast zehn Jahre später, haben sie immer noch eine 'Mehrheit' mit 36 von 99 Mandaten. Eng verbunden mit dem 'Liverpools Modell' ist der Name David Alton, der 1979, nach siebenjähriger Tätigkeit im Liverpools Rathaus, bei ein Nachwahl für den Wahlkreis Edge Hill mit 64 % der Stimmen ins Unterhaus gewählt wurde. Anlässlich eines Besuches in der Bundesrepublik sprach die drucksachen-Redaktion mit David Alton über die möglichen Entwicklungen in England und über die Einschätzung der Situation der F.D.P. durch die britischen Liberalen.

drucksachen: Das Stichwort der Stunde in England ist die 'Alliance' - die Zusammenarbeit der Liberalen mit der SDP, der sozialdemokratischen Abspaltung von der Labour Party. Es gab doch schon einmal einen Lib-Lab-Pakt 1977. Wo sind die Unterschiede? Was verspricht man sich von der neuen Verbindung?

David Alton: Der sogenannte Lib-Lab-Pakt war ein Weg, um die damalige Callaghan-Regierung vor einer sicheren Wahlniederlage zu bewahren - allerdings war es auch der Rettungsanker für die gerade von der Jeremy-Thorpe-Affäre arg gebeutelten Liberalen. Der neue Vorsitzende, David Steel, sah in dem Pakt natürlich auch die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der Liberalen, waren sie doch nach ihrer Spaltung nach dem ersten Weltkrieg, außer in Kriegszeiten, immer völlig im politischen Abseits.

Der Pakt war jedoch nur ein politischer Notbehelf, während das Bündnis mit der SDP eine Partnerschaft auf der Grundlage von Prinzipien ist. Mit Führungspersonlichkeiten der SDP, wie Roy Jenkins, Shirley Williams, Davis Owen und Bill Rogers hatten die Liberalen schon während des Paktes zusammengearbeitet. Es war vor allem David Steel, der die innerparteilichen Debatten über eine Zusammenarbeit mit der SDP in Gang setzte, die schließlich auf einem Parteitag der britischen Liberalen in der Zustimmung von 1800 Stimmen von 2000 ihre feste Gestalt in Form der 'Alliance' annahm. Zwei gemeinsame Kommissionen haben schon Vorlagen zu verfassungsrechtlichen und ökonomischen Fragen für den Fall einer Regierungsbildung der Alliance erarbeitet. Die vorliegenden Pläne beinhalten u.a. die Einführung eines Verhältniswahlrechts, einer stärker föderalistischen Struktur, eine Strategie zur Be-

kämpfung der Arbeitslosigkeit und eine neue Einkommenspolitik, die mit einer 'Inflationssteuer' gekoppelt werden soll. Fast alle Wahlkreise sind mittlerweile

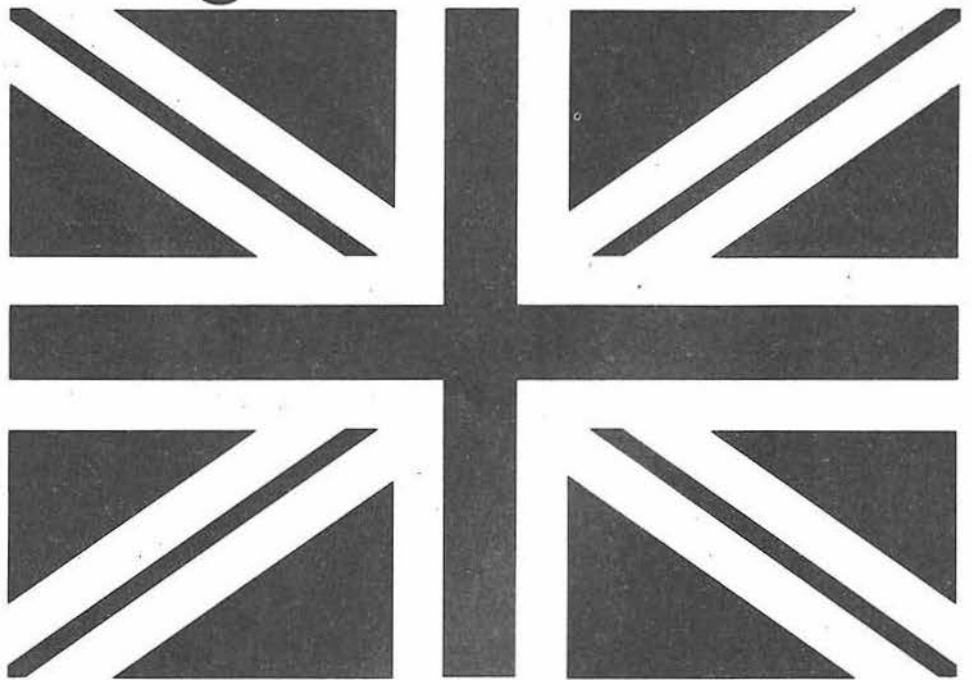
Steels bestätigen. Die letzten Meinungsumfragen haben gezeigt, daß das Bündnis, das, was durch die Falkland-Krise an Boden verloren gegangen war, zurückgewinnen konnte.

Gallup-Umfrage August 1982

Befragte Personen:	977
Konservative:	44,5%
Labour:	26,5%
Liberale/SDP:	27,5%

Um Großbritanniens archaisch anmutendes Wahlsystem zu durchbrechen, reicht dieser Prozentsatz jedoch nicht aus, Trotzdem sollte man sich daran erinnern, daß Callaghan 29 % reichten, um an die Regierung zu kommen, und auch Frau Thatcher nur 34 % bekam, als sie 1979 die Wahlen gewann. Sieg und Niederlage sind bei diesem Wahlsystem dicht beieinander. Mit einem Drittel der Stimmen könnte

Erfolge liberaler Arbeit.



Zum Beispiel: Liverpool.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung stellt die Arbeit der Liverpools Liberalen in einer eigenen Broschüre dar.

zwischen den beiden Partnern aufgeteilt worden, was verständlicherweise nicht immer ohne Schwierigkeiten ablief.

Der Mitte September in Bournemouth stattfindende Parteitag der Liberal Party dürfte den eingeschlagenen Kurs David

die Allianz theoretisch fast jeden Parlamentssitz gewinnen, auf der anderen Seite aber auch mit 30% der Stimmen unter Umständen fast keinen.

So eng die Verbindung zwischen den beiden Parteien ist, so gibt es jedoch auch

inhaltliche Unterschiede. Die Liberalen sind im Gegensatz zur SDP gegen die Stationierung von Marschflugkörpern in Europa und gegen die Ausweitung der Atomenergie. Die Liberal Party, und dies unterscheidet sie von vergleichbaren Bündnissen in Europa, ist innerhalb der Allianz die radikalere Partei.

drucksachen: Wie sehen die englischen Liberalen denn nun den Weg der F.D.P.?

David Alton: Die F.D.P. befindet sich meiner Ansicht nach in einer tiefen Existenzkrise. Ich hoffe, daß ihre Mitglieder der Versuchung widerstehen werden, eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen. Abgesehen davon, daß ein solcher Schritt bei den meisten liberalen Parteien in Europa auf Unverständnis stoßen dürfte, müßte ein solcher Wechsel erhebliche Verwirrung beim Wähler bewirken. Doch leider haben Politiker häufig zu sehr ihre persönlichen Interessen im Auge, um der 'Falle der Macht' noch entgehen zu können. Ich beobachte schon seit längerem einen gefährlichen Rechtsruck der F.D.P.. Gerade ihr Parteivorsitzender Genscher scheint die Grundlage für den eigenen Untergang schaffen zu wollen, wenn er seit Monaten von der Notwendigkeit einer 'Wende' in der bundesdeutschen Politik spricht.

Wenn Genscher in Bournemouth, wie geplant, auf unserem Parteitag auf das Rednerpult steigen wird, (Das Gespräch fand am 8. September 1982 statt, also eine gute Woche vor den Ereignissen, die die Republik verändert haben, Anm.d. Red.) könnte er vielleicht schon Vorsitzender einer Partei sein, die sich auf dem Weg ins politische Abseits befindet. Vielleicht wird er sogar, um es etwas zynisch auszudrücken, David Steel vorschlagen, die Allianz mit der SDP aufzugeben und stattdessen auch in England gemeinsam mit Margaret Thatcher für eine 'neue Mehrheit' zu sorgen. Doch ernsthaft, die F.D.P. hat mit ihrem minimalen Stimmenanteil die Politik der Bundesrepublik mehr als ein Jahrzehnt entscheidend beeinflußt. Nun scheint sie jedoch unfähig zu sein, einzusehen, daß die Zeit gekommen sein könnte, wo man einmal auf der 'Reservebank', d.h. in der Opposition sitzen sollte. Viele Wähler haben meiner Ansicht nach, vor allem nach der hessischen Entscheidung für Dregger die Meinung, daß die F.D.P. vor allem daran interessiert ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben und sie, um dieses Ziel zu erreichen, auch bereit ist, politische Grundsätze über Bord zu werfen.

Die britischen Liberalen sollten dies Genscher, wenn er in Bournemouth reden wird, in aller Deutlichkeit sagen. Mir geht es dabei vor allem um drei Punkte: 1. Die Wähler werden zutiefst mißtrauisch gegenüber Parteien sein, die einen fliegenden Koalitionswechsel aus reiner Überle-



Das Interesse an der Kommunalpolitik führte David Alton auch zum Landschaftsverband Rheinland. Hier im Gespräch mit dem F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Hans Altmann.

bensangst vornehmen. 2. Eine 'dritte' Partei hat vor allem mißtrauisch gegenüber gesellschaftlichen Verkrustungen und Machtballungen, mutig, unbequem und frei im Denken zu sein, oder sie stellt ihre eigene Existenzberechtigung in Frage. Und kann denn 3. die grundsätzliche Koalitionsbereitschaft mit allen demokratischen Kräften heißen, daß man um jeden Preis mit jedem zusammenarbeiten muß, wie etwa mit Strauß und Thatcher? Ich glaube, die F.D.P. sollte bei der Machtbeteiligung eine Pause einlegen. Sie sollte sich, wenn schon die sozialliberale Koalition keine Zukunft haben sollte, in der Opposition auf ihre Grundsätze besinnen, um verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen zu können.

drucksachen: Wir danken für das Gespräch.

Anmerkung der Redaktion

Hans-Dietrich Genscher hat übrigens in Bournemouth auf dem Parteitag der englischen Liberalen, der mit überwältigender Mehrheit die Zusammenarbeit mit der SDP bestätigte, nicht gesprochen. Bei einem Gespräch mit dem Bundesgeschäfts-

führer der F.D.P., Dr. Fritz Fliszar, am 7. September 1982, gab dieser David Alton bereits mit auf den Weg, daß Genscher wohl nicht kommen werde. Ob da der Terminplan des Wechsels schon feststand?

David ALTON, 1951 in London geboren
1969 als Student nach Liverpool gekommen

1972 als jüngstes Mitglied ins Rathaus gewählt, dort Sprecher und Vorsitzender in verschiedenen Ratsausschüssen

1972 - 1979 beruflich als Lehrer tätig
1979 im März bei einer Nachwahl für den Wahlkreis Edge Hill mit 64% der Stimmen ins Unterhaus gewählt
im Mai 1979 bei den Neuwahlen wiedergewählt

David Alton ist einer von 11 Liberalen im englischen Unterhaus; der einzige Abgeordnete jedoch, der in einem städtischen Wahlkreis gewählt worden ist.

Den deutschen Liberalen ist David Alton durch das sogenannte "Liverpool Mo-dell" bekannt. In Liverpool "regieren" die Liberalen seit fast 10 Jahren die Stadt. Sie haben z.Zt. 36 von 99 Ratsmandaten.

Apropos:

Liberaler Entwicklungspolitik

Aus Kalonga erreicht uns der Brief eines Projektberaters der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung, der inzwischen auch von den historischen Ereignissen in Bonn erfahren hat:

"Lieber Uwe, während uns hier die Sonnenstrahlen unerbittlich quälen, hören wir von den Unwettern, die auf das politische Leben in der Bundesrepublik niedergehen. Nun weißt Du ja, welche Auswirkungen das für uns haben muß. Das in den letzten Jahren mühselig aufgebaute Programm wird nun wohl seinen schwersten Belastungsproben entgegengehen. Kaum haben wir die verheerenden Folgen aus dem Zwischenfall vom letzten Jahr wieder wettgemacht, da kommt nun dieses! Du erinnerst Dich: Der Vorarbeiter unseres Counterparts hatte nach Haschischkonsum einen Stromausfall nicht bemerkt und vergessen, die Gasleitung anzuschalten. Die resultierende Abkühlung der Raumtemperatur verursachte eine derartig hohe Verendungsquote, die den gesamten Erfolg der ersten Zuchtperiode zunichte machte. Und dies gerade in dem Augenblick, in dem die gelben Hühnchen nun endlich wunderschöne blaue Schwanzfedern trugen. Aber was machen wir denn jetzt mit der außerordentlich gut verkäuflichen Rotländer-Rasse? Die Erdbeeren sind bald reif, ebenso die Tomaten. Die besonders kräftigen Möhren sollen morgen auf den Markt. Sollen wir die Genossenschaftsbauern zwingen, die Gemüse wieder einzustampfen, nur weil sie rot sind?

Bei den Auberginen macht dies zur Zeit kein Problem, da sie ohnehin in diesem Jahr recht schwarz geraten sind. Aber bitte, wirk doch auf die Geschäftsführung ein, die Dienstleistung zurückzunehmen, daß in Zukunft nur noch Schwarzwurzeln angebaut werden sollen! Seit der Änderung der Projektpolitik im vergangenen Jahr haben wir ohnehin ja schon darauf hingewirkt, den Kohlanbau zu forcieren. Allerdings besteht hier eine erhebliche Nachfrage nach Grün- und Rotkohl. Die Leute essen ihn hier zusammen mit Griesbrei, einem traditionellen Gericht. In braunem Fett gewendet, wird er verzehrt, bevor er sich abgekühlt hat. Man reicht dazu eine Art Wackelpudding aus der Milch der nun hier vorherrschenden schwarz-bunten Rinder rasse. Unser Kollege Mümmelmann hat hier ja einen ganz erheblichen Verdienst an der Einführung dieser sehr widerstandsfähigen Rasse. Die vorher überwiegend gezüchtete rot-bunte Zebukreuzung wird nun zu Konserven verarbeitet,



man zieht ihnen das Fell über die Ohren oder sie werden schlicht verkauft.

Zur Laufzeit des Projekts: Wir hatten ja mit unseren Partnern hier vertraglich die Projektlaufzeit zunächst bis Ende 1984 vereinbart. Eine Projektübergabe sollte dann nach einer entsprechenden Zwischenevaluierung ins Auge gefaßt werden. Wenn wir jetzt eine vorzeitige Übergabe schon im kommenden Frühjahr anpeilen sollen, kann für den Projekterfolg nicht garantiert werden. Im Gegenteil: Ehe hier die Produktion ganz auf Schwarzwurzeln und alaskische Ananas umgestellt ist, werden Monate vergehen. Im übrigen hat eine kürzlich durchgeführte Marktanalyse in der Hauptstadt einen erhöhten Bedarf an Grüngemüse signalisiert! Die Pflanzbedingungen dafür sind, wie Ihr wißt, in den letzten Jahren erheblich verbessert worden. Nicht zuletzt durch die umweltfreundliche Gründung konnten hier die Gärten bunter gemacht werden. Verheerend ist allerdings der von der Zentrale verfügte Aufforstungsstopp. Jahrelange Motivationskampagnen haben hier bei der Bevölkerung die Liebe zum Baum zu wecken versucht. Nun, wo er langsam Wurzeln gefaßt hatte, wird er abgeholzt. Letzte Nacht haben Zimmerleute den herrlichen Baum vor unserem Projektbüro abgesägt. Die Gegend sieht jetzt wüst und leer aus. Das ad-hoc-Programm der hiesigen Regierung, mit einer Ergenschungsabgabe dem Treiben Einhalt zu gebieten, wurde vor allem vom Häuptling der mächtigen Kohlani aus Kutala (zu deutsch: Schafsdorff) hintertrieben. Du siehst, trotz 10jähriger blaugelber Projektpolitik ist es noch nicht gelungen, die Stammeskämpfe zu verhindern.

Für heute ist's nun aber genug, mir wird schon ganz schwarz vor den Augen...
Herzlichst Dein

Trotz alledem

Noch '72 dachten wir,
liberal sein heißt nach alledem:
nicht wackeln mehr und grundsatztreu
Demokratie zu wagen, trotz alledem.

Trotz alledem und alledem
trotz Wahlprogramm und alledem
ward einigen die Zeit zu lang
bis zum Bürgerblock, trotz alledem.

In Freiburg damals meinten wir
mit Freiheit auch Fraternite
und Gleichheit der sozialen Chance
mit Mitbestimmung und alledem.

Trotz alledem und alledem
gibt man nun bekannt, trotz alledem:
das alles, das bisher geschah
muß wieder weg, trotz alledem.

Nun heute endlich wissen wir:
das große Geld hat doch gesiegt.
Die Kurse klettern. Das heißt hier:
Vernunft mit Wende und alledem.

Trotz alledem und alledem
und neuer Mehrheit und alledem,
der Hochmut kommt stets vor dem Fall.
Unehrllich war's, trotz alledem.

Und stehen wir auch und trauern noch
und verstehen es kaum, trotz alledem.
Die eine Chance bleibt uns noch:
zusammenzusteh'n, trotz alledem.

Trotz alledem und alledem,
trotz des Rucks nach rechts und alledem.
Die Quittung gibt es wohl schon bald.
Dann sind Wir da. Trotz alledem.

(Text: Freiligrath/Katlewski:
Melodie: Bruns)



Zwischen Politik und Kommerz

Die GEPA: eine Handelszentrale der 3. Welt-Läden

"Jute statt Plastik"-Taschen aus Bangladesh, ENCAFE-Kaffee aus Nicaragua oder Tee aus Tansania – das sind einige der auch vielen "Normalverbrauchern" bekannten Artikel, die in den rund 250 Dritte-Welt-Läden in der Bundesrepublik Deutschland erhältlich sind.

Kaum bekannt ist dagegen, daß die meisten Läden und Gruppen ihre Dritte-Welt-Produkte, aber auch Bücher und Informationsmaterial, von der GEPA in Schwelm beziehen.

Die GEPA – ausgeschrieben: die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH – ist ein Zusammenschluß entwicklungspolitisch arbeitender, meist kirchlicher Verbände; neben dem katholischen Hilfswerk Misereor und der evangelischen Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienste wird die GEPA von der evangelischen und katholischen Jugend sowie der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden getragen. Ziel der Gesellschaft ist es, politisch und sozial engagierte Produzentengruppen in den Entwicklungsgebieten der Erde zu fördern.

Die Leute von der GEPA haben erkannt, daß die ungerechte Struktur des Welthandels die verheerende Situation vieler sogenannter Entwicklungsländer verursacht hat. Deshalb wird neben dem Vertrieb von Dritte-Welt-Produkten gleichermaßen Wert auf eine kritische Informations- und Bildungsarbeit gelegt.

Den Bundesbürgern soll vermittelt werden, daß ohne eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern die Armut auf der Südhalbkugel der Erde nicht beseitigt werden kann. Daß dies für die Bewohner der Industriestaaten auch Umstellung und Verzicht bedeutet, wird an dem im Vergleich zu "normalen" Geschäften hohen Preisniveau der Dritte-Welt-Läden deutlich. Doch faire Handelsbedingungen schließen das Angebot von Billigware eben aus.

Von der GEPA wird dazu folgender Vergleich aufgemacht: Die GEPA kaufte 1981 Alpaka-Pullover von der bolivianischen Organisation Q'Antati, einem Zusammenschluß verschiedener Handwerks- und Textilkoooperativen, zu einem Stückpreis von 27 Dollar. Auf diese Weise erhalten die Produzentinnen der Pullover einen Monatslohn von 150 bis 300 DM. Außerdem finanziert Q'Antati ein breit angelegtes Bildungs-, Gesundheits- und Beratungsprogramm über einen Preiszuschlag von 15 %, der in den 27 Dollar bereits enthalten ist.

Auf der Frankfurter Herbstmesse wurden Alpaka-Pullover aus Bolivien dagegen für nur 13 bis 15 Dollar angeboten.

Doch auch der alternative Handel steht in der Gefahr, bestehende Abhängigkeiten zu zementieren bzw. neue zu errichten. Deshalb überlegen sich die Verantwortlichen der GEPA sehr genau, mit welchen Produzenten die Gesellschaft arbeiten bzw. welche Produkte sie von ihnen beziehen kann. So handelt die GEPA nicht mit Privatunternehmen, sondern versucht, solche Gruppen zu unterstützen, die eine Selbstorganisation unterdrückter oder un-

terprivilegierter Menschen anstreben und deren Arbeit mittel- und langfristig auf die Verringerung einseitiger Abhängigkeit von ausländischer Beratung und Export abzielt.

Hier liegt allerdings auch ein Schwachpunkt des alternativen Handels. Denn gerade für Waren von politisch und/oder sozial engagierten Herstellern besteht derzeit in der Bundesrepublik kein genügend großer Inlandsmarkt. So kommt man selbst bei scharfer Kalkulation auf einen Stücklohn, der Hungerlohn ist.

Die GEPA ist nicht nur eine entwick-

lungspolitische Alternative, sondern auch ein ganz normaler Handelsbetrieb. Etwa 35 Angestellte bestellen die Waren und beraten die Produzenten, wickeln Import und Zollformalitäten ab. Sie füttern den Computer mit Zahlen und machen die Buchhaltung, halten den Kontakt mit den überseeischen Partnern und beraten Aktionsgruppen und Dritte-Welt-Läden in den GEPA-Regionalstellen bei der Auswahl von Waren und der Durchführung von Aktionen.

Im Geschäftsjahr 1981/82 wurden Waren im Werte von rund 12,5 Millionen DM verkauft. Dabei waren Konsumwaren wie Kaffee (aus Guatemala und Nicaragua), Honig (aus Mexiko), Tee (aus Sri Lanka und Tansania) sowie Jute-Taschen die "Reißer". Das Umsatzwachstum von immerhin 25 % gegenüber dem Vorjahr wurde nahezu ausschließlich über diese Produkte erzielt. Die GEPA-Mitarbeiter sehen dies mit Unbehagen, denn gerade die stagnierenden Handwerksprodukte – etwa 700 aus 40 Gruppen in 18 Ländern – kommen von den entwicklungspolitisch gesehen wichtigsten Gruppen.

Außerdem unterliegt der Kaffee-Weltmarkt gewaltigen spekulationsbedingten



Die Jute-Tasche ist ein Markenzeichen der Dritte-Welt-Läden

Schwankungen, so daß ein wachsender Anteil des Kaffees am GEPA-Umsatz auch das Risiko erhöht: Denn die GEPA zahlt einen vertraglich vereinbarten Festpreis, spekuliert nicht und ist gerade deshalb Spekulationen besonders hilflos ausgeliefert.



GEPA-Handel: Politisches Profil

Um die enge Verknüpfung zwischen dem Hunger in der Dritten Welt und unserem politischen und wirtschaftlichen System aufzuzeigen, hat man sich bei der GEPA jetzt zu einer ungewöhnlichen Sortimentserweiterung entschlossen: Man wird den Dritte-Welt-Läden mit Weizen, Roggen und Grünkern von der Bundschuh-Genossenschaft im badischen Frankenland erstmals Produkte aus der BRD zum Weiterverkauf anbieten. Die Bundschuh-Genossen kämpfen gegen übermächtige Interessen. Deutschlands Nobel-firma Daimler Benz will bei Boxberg eine Automobil-Teststrecke von gewaltigen Ausmaßen in die Landschaft setzen. Dabei wird das Unternehmen von allen öffentlichen Stellen massiv unterstützt. Der Grund? Wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Teststrecke im kriegsrischen "Ernstfall" militärische Bedeutung zukommen soll. Bei einigen der Bundschuh-Bauern hat der Widerstand gegen die Betonierung fruchtbaren Ackerlandes wichtige Denkprozesse ausgelöst: Sie beginnen, auf biologischen Anbau umzustellen.

Das dient nicht nur einer gesünderen Ernährung der heimischen Bevölkerung. Einer Umorientierung der eigenen Agrarpolitik und veränderten Verbrauchsgewohnheiten kommt, so weiß man inzwischen auch eine Schlüsselrolle bei der Überwindung des Welthungers zu.

Unter den GEPA-Leuten wächst die Erkenntnis, daß dem Dritten-Welt-Handel ein noch deutlicheres politisches Profil gegeben werden muß. Hierbei können die verschiedenen Produkte eine wichtige Rolle spielen. Getreide von der Bundschuh-Genossenschaft ist vielleicht ein erster Schritt.

Vorgestellt:

Liberales Zentrum Karlsruhe e.V.

Gemeinnütziges Zentrum für Kunst und Kultur, Volksbildung und Völkerverständigung

Es begann bescheiden: Ein Hinterhofgebäude war das erste Domizil des Liberalen Zentrums in Karlsruhe. Sehr schnell jedoch hat sich das Zentrum einen guten und weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten Namen als politisch-kulturelle Begegnungsstätte (nicht nur) für Liberale erworben.

Seine Gründung geht auf eine Initiative der Karlsruher Jungdemokraten zurück, der sich von Beginn an viele Liberale inner- und außerhalb der FDP anschlossen. Als Vorbilder dienten die LZ's in Freiburg und Stuttgart.

Der Trägerverein "Liberales Zentrum Karlsruhe e.V.", dem heute etwa 100 Mitglieder angehören, wurde am 9. Mai 1978 gegründet, die ersten Räumlichkeiten nahm man, liberaler Tradition bewußt, am 18. Mai 1978 – dem 130. Jahrestag der Paulskirchenversammlung – in Betrieb. Der Zulauf zum neuen "LZ" entwickelte sich so erfreulich, daß schon nach gut einem Jahr das "Hinterhof-LZ" zu klein wurde...

Das neue LZ befindet sich verkehrsgünstig gelegen in Karlsruhe-Mühlburg (mit einer Straßenbahn-Haltestelle vor und ausreichend Parkplätze hinter dem Haus).

In den zurückliegenden viereinhalb Jahren hat das LZ knapp 200 eigene Veranstaltungen durchgeführt. Getreu seinem Untertitel: "Gemeinnütziges Zentrum für Kunst, Kultur, Volksbildung und Völkerverständigung" handelte es sich dabei um Autorenlesungen, Liederabende, Kammerkonzerte, politische Diskussionen, Reiseberichte und Vernissagen. Ausländer stellten ihr Land aus ihrer Sicht – einmal nicht "Deutschland-zentriert" – vor, Initiativgruppen aller Art berichteten über ihre Arbeit, aber auch Geselliges kam nicht zu kurz: Weinkolleg, Bierseminar und die im LZ besonders beliebten Abende mit kulinarischen Spezialitäten.

Wie es sich für ein "BLZ", ein "Badisches Liberales Zentrum" gehört, besitzt auch jenes in der badischen Landeshauptstadt einen reichhaltig ausgestatteten Keller mit rund einem Dutzend Weinen und fünf Biersorten; aber auch Nichtalkoholisches ist reichlich vorhanden.

Das LZ stellt seine Räume anderen Gruppierungen, wie etwa Bürgerinitiativen oder Minderheitenvereinen, unentgeltlich und – als ein entscheidender Vorteil gegenüber Kneipen – ohne Verzehrzwang zur Verfügung. Jungen Malern und Grafikern wird die Möglichkeit geboten, sich und ihre Arbeiten außerhalb der kommerziell bestimmten Kunstszene der Öffentlichkeit vorzustellen. Das LZ ver-

langt als "Galerist" von seinen Ausstellern keine der üblichen Verkaufsprovisionen oder Gebühren. Von Zeit zu Zeit stellen auch arrivierte Künstler im LZ aus und werben so mit ihrem Namen für die "Galerie im LZ", wovon wieder die jüngeren Künstler profitieren.

Ähnliches gilt für die Autorenlesungen. Das LZ lädt im Wechsel namhafte und (noch) unbekannte Schriftsteller und Lyriker ein. Oftmals führen die gesellschaftlichen Bezüge in der neuen Literatur dazu, daß solche Lesungen in politische Diskussionen münden. Natürlich fehlen auch die politischen Themen, wie "Grund- und Menschenrechte", "jüngere deutsche Geschichte", "äußere und innere Sicherheit", "Entwicklungshilfe" oder "Wohnungsbau" nicht im Veranstaltungskalender.

Nicht zuletzt ist das LZ als eine Begegnungs- und Kommunikationsstätte für die Karlsruher Liberalen und die liberalen Karlsruher gedacht. Es ist daher auch ein Ort, an dem man sich mit Freunden treffen und zwanglos unterhalten kann. Für die FDP – obwohl unabhängig(!) von ihr – spielt es gerade auch innerparteilich eine wichtige Rolle. Hier treffen sich immer wieder zwanglos Parteimitglieder. Sie diskutieren, analysieren, lernen sich näher kennen, entwickeln Ideen. An Diskussionsstoff wird es ihnen gerade in der jetzigen Zeit nicht mangeln.

Liberales Zentrum Karlsruhe e.V.
Honsellstr. 1a (Lameyplatz)
7500 Karlsruhe 21
Telefon: 0721/55 51 88
Geöffnet: Mo–Fr, 20 bis 1 Uhr

(Die Vorstellung liberaler Clubs wird fortgesetzt.)

DER ZEITGEIST

von Georg Schmige

*Die Zeit ist so bismarkisch klirr
es hindenburger im lande
ein schwarzweißrotes verwirr
schlägt die gehirne in bande*

*die welt will weiter
wir drehn sie zurück
doch zum glück
naht noch kein gefreiter*

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

Das Konzept dieser Ausgabe war gerade fertig, der Artikel von Hanspeter Knirsch mit dem Rückblick auf die Arbeit der Perspektivkommission in der Schreibmaschine, da ließ Helmut Schmidt das Koalitionsseil überraschend sausen. Diejenigen, die auf der anderen Seite mit aller Gewalt gezogen hatten, überschlugen sich – allerdings plötzlich nicht unbedingt vor Freude.

Ein Teil der geplanten Artikel konnte in den Papierkorb wandern. Bei anderen fest zugesagten Artikeln fielen nun die Autoren aus; die Bonner Hektik forderte von uns Opfer. Doch bald stand das neue Konzept für die zweite Ausgabe der drucksachen.

Kurz darauf wurde der FDP-Sonderparteitag erzwungen, beschloß die Norderstedter Konferenz, sich am Tag nach dem Sonderparteitag in Bochum wiederzutreffen.

Das Foto der Gesamtschule in Bochum, die schon als Tagungsstätte feststand, lag auf dem Redaktionstisch, da endete die Kongreßvorbereitung als Sandkastenspiel: Sonderparteitag und Bochumer Nachfolgetreffen wurden abgesagt.

Die Einladung nach Bochum und der Überblick über die Antragslage für den FDP-Sonderparteitag waren Schnee von gestern. Die übrigen Sachen gingen in Druck.

Unerledigt blieb die viele Post, die wir erhielten: ungefähr 100 Glückwunschscheiben zum Erscheinen der ersten Ausgabe, 136 Protestresolutionen gegen den Genscherismus, gut 50 Kopien von Austrittsschreiben, neun Beitragsmanuskripte, ein halbes Dutzend Karikaturen oder Gestaltungsvorschläge (z.B. eine Autogrammkarte mit dem lächelnden Genscher und der Unterzeile: 'Würden Sie von mir einen Gebrauchtwagen kaufen?').

Das eiskalte Durchziehen der FDP-Spitze war absehbar. Wir haben darauf verzichtet, die nun erfolglosen Resolutionen auszugsweise zu dokumentieren. Auf dem Bundesparteitag werden wir sie, sofern erlaubt, auf Stellwänden ausstellen.

Ärger gab es auch mit der Post. Sie weigerte sich, das Konto, das wir auf den Namen des Geschäftsführers der drucksachen GmbH, Volker Perthes, eingerichtet hatten, auf den Namen der GmbH umzuschreiben und gleichzeitig die Zahlkarten, auf denen der Name Perthes stand, weiter gutzuschreiben. Die Zahlkarten waren gedruckt und verschickt, also konnte das Konto nicht umgewidmet werden. Alle Überweisungen, auf denen der Name Perthes fehlte, gingen zurück. Wir entschuldigen uns für die Panne.

Acht Abonnenten sind bisher anonym geblieben. Sie vergaßen die Absenderangabe auf den Überweisungsträgern.

Einige F.D.P.-Gliederungen haben eine Reihe von Jahresabonnements bestellt; ein Berliner Bezirksverband gleich 27 Stück (Rechnungsbetrag 1134,-DM). In den Begleichschreiben klang immer der Tenor durch: Solange wir noch die Mehrheit haben, wollen wir die F.D.P.-Gelder sinnvoll verwenden.

Bis zum Redaktionsschluß lagen mehr als 1.000 Einzelabonnementsbestellungen vor. Etwa 1500 Exemplare wurden als Probesammelbestellungen geordert. Rund 800 Einzelanforderungen für Probeexemplare konnten mit der ersten – inzwischen vergriffenen – Ausgabe nicht mehr beliefert werden. Die Besteller lernen erst jetzt die liberalen drucksachen kennen.

Die nächste Ausgabe der liberalen drucksachen erscheint am 2. November. Beiträge müssen bis zum 18. Oktober, Nachrichten bis zum 25. Oktober bei der Redaktion eingetroffen sein, um berücksichtigt werden zu können.

Die Redaktion hat sich inzwischen personell verstärkt. Wir sind gewappnet und lassen uns nicht erneut von der Briefflut überwältigen. Das nächste Mal kommen mehr Leser zu Wort!

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher

liberale drucksachen
Zeitschrift für freisinnige Politik

In
seinem
Geist
mit
neuer
Kraft

FDP

IMPRESSUM

Herausgeber:
"drucksachen"-Verlagsgesellschaft mbH
(i.G.), Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:
William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt.

Redaktion:
Jürgen Bolz (verantwortlich), Martin Budich, Wolfgang Froese, Marianne Hochgeschurz, Michael Kleff, Dieter Noth, Michael Staack.

Redaktionsanschrift:
Elbestr. 30, 4630 Bochum,
Tel. (0234) 502197

Abo-Bedingungen:
Das Einzelheft kostet DM 3,50. Für ein Abonnement über 1/4-Jahr sind DM 10,50 zu zahlen, für 1/2-Jahr DM 21,- und für ein ganzes Jahr DM 42,-.

Abo-Bestellungen sind durch Überweisungen der entsprechenden Beträge auf das Postscheckkonto Volker Perthes, Nr. 23934-431 beim Postscheckamt Essen unter dem Stichwort "liberale drucksachen" möglich.

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:
Druckerei Hartmann, Ahaus
Auflage:
6.000

Fotonachweis:
dpa, Schmitt, Ströter (LVR)
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1/82.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Ich möchte die liberalen drucksachen abonnieren.

Den Abo-Preis bezahle ich

vierteljährig ☐
10,50

halbjährig ☐
21,00

ganzjährig ☐
42,00 DM

☐ Das Geld habe ich bereits überwiesen

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei

Name.....

Anschrift.....

Einsenden an: drucksachen-Verlags-GmbH (iG), Elbestr. 30, 463 Bochum

DR. HENNING STOREK
DER LEITER DES BÜROS DES BUNDESVORSITZENDEN
DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI
BAUNSCHEIDSTRASSE 15 · THOMAS-DEHLER-HAUS
5300 BONN 12 · TEL. 54 71

von 1977 bis 1979

8960 Kempten, den 18.09.1982
Schwalbenweg 33

An den Vorsitzenden des
FDP-Kreisverbandes
Herrn Dr. Holger Bock
Zucalliweg 15
8960 Kempten

Lieber Herr Bock,

es ist keine Satire, wenn ich Ihnen auf einem Briefbogen, der meine alte Funktion ausweist, meinen Austritt aus der Freien Demokratischen Partei mit sofortiger Wirkung erkläre. Es ist eher Ausdruck einer großen Enttäuschung, wie sie sich ausbreitet, wenn einem eine Partei fast zwanzig Jahre eine Heimat war, eine politische, oftmals auch eine freundschaftlich-menschliche. Es ist Trauer über einen herben Verlust, aber es ist auch ein Gefühl von Selbstachtung: sich nicht mehr identifizieren zu können mit der schäbigen Vorstellung, wie sie die heutigen Repräsentanten dieser Partei inszeniert haben.

Als ich vor knapp zwanzig Jahren den Freien Demokraten beitrug, geschah dies aus der Einsicht, daß nur die Liberalen in der Lage wären, die Verkrustungen der 50er und 60er Jahre aufzubrechen und Reformen mit Augenmaß einzuleiten. Rationalität und Toleranz waren die Prinzipien dieser Partei.

In den letzten Monaten gefiel sich ihr Führungspersonal, mit ganz wenigen Ausnahmen, im Finassieren und Taktieren. Scheinheiligkeit und Opportunismus, die Verfälschung des Wählerwillens, sie traten an die Stelle der gestaltenden Kraft in der deutschen Politik. Sesselkleberei wird der staunenden Öffentlichkeit verkauft als Schaffung einer sogenannten neuen Mehrheit. Da mag ich nicht mehr mit dabei sein.

Ihnen persönlich wünsche ich alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Henning Storek

PS: Ich werde Herrn Genscher eine Kopie meines Briefes schicken.

„Positionen, die ich für verloren halte“

Gerhard Moritz Meyer trat nicht nur aus dem Bundesvorstand der FDP zurück. Auch dem Herausgeberbeirat der liberalen drucksachen will er nicht mehr angehören. Er betonte, daß dies „nicht aus einer Distanzierung von den politischen Zielen, die mit der Zeitschrift verfolgt werden sollen“, sondern ausschließlich aus persönlichen Gründen erfolgt.

„Nach den Entscheidungen der letzten Tage und denen, die in den nächsten Tagen zu erwarten sind, bin ich für mich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich meine politische Tätigkeit einstellen sollte. Ich vermag derzeit für mich keinen Sinn darin zu sehen, den Versuch zu machen, Positionen zu retten, die ich für verloren halte.“

Ich achte jeden, der versucht, 'freisinnige Politik' zu formulieren und durchzusetzen, bin aber für mich zu der Entscheidung gekommen, daß eine Periode des Rückzugs aus der Politik die derzeit für mich angemessene Haltung ist“.

Austritte

Cordes Koch-Mehrin wird nun doch nicht, wie in den letzten liberalen drucksachen angekündigt, Präsident der deutschen Gruppe der Liberalen Internationale. Er hat die FDP verlassen. Mehr als 50 Austrittsbriefe gingen als Kopie bei den liberalen drucksachen ein. Auch Genschers ehemaliger Büroleiter Henning Storek war das Finassieren und Taktieren, die Scheinheiligkeit und den Opportunismus leid, griff zu seinem alten Briefpapier und schrieb seinen Abschiedsbrief an die FDP.

Auf die Backe

Götz Kaschubowski, hessischer Landesvorsitzender der Jungdemokraten, der im Landtagswahlkampf keinen Hehl daraus gemacht hatte, daß er über eine Wahlniederlage der FDP nicht traurig sein würde, erlebte nach der Wahl seine aufregendste FDP-Landesvorstandssitzung. Daß er wie die anderen Repräsentanten



des Gießener Kreises nach dem Willen des Landesvorstandes aus der Partei ausgeschlossen werden soll, kam für ihn nicht sehr überraschend. Doch als Theo Leyhe aus dem Werra-Meißener-Kreis ihm ankündigte: „Ich bin gekommen, um Ihnen auf die Backe zu schlagen!“, war ihm klar: „Die FDP besinnt sich auf ihre alte Stärke“.

„Für alle Fälle“

Dietmar W. Alt, Bildungsreferent der Jungdemokraten in NRW, ist zum Vorsitzenden der Liberalen Demokraten gewählt worden. Seine Arbeitgeber hatten ihn und seine Arbeitskollegen gebeten, gleich eine ganze Reihe von freundlich klingenden liberalen Organisationsnamen beim Amtsgericht eintragen zu lassen. Der Landesvorstand der Jungdemokraten NRW, als Apparatschiks in ihrem Verband berichtigt, wollte „halt nur sicher gehen, für alle Fälle“.

Druckfrisch war die letzte Ausgabe der 'liberalen drucksachen', als der Apparat in den Planungsstäben von Lambsdorff und Genscher schon auf Hochtouren lief. Wie könnte man es schaffen, die beiden in diese Rubrik verdienter Liberaler zu bekommen? Aber alle Anstrengungen halfen nicht. Jahrelanges Wirken für die liberale Sache ist einfach stärker zu honorieren als plötzliches Imitieren umfallender Vorbilder.

Nein, nicht Lambsdorff und Genscher werden diesmal gewürdigt (Kopf hoch, vielleicht klappts ja doch noch mal!) sondern ein Liberaler, bekannt durch Film, Funk und Thelke, zuhause auf den Golfplätzen und Gestüten des Landes, ebenso gewandt auf politischem wie gesellschaftlichem Parkett, ein Meister im Einlochen:



Mein Golf, Walter!

Woher nimmt dieser Mann nur die Zeit mit seinen gesammelten (Ehren-)ämtern fertigzuwerden? Dutzende Berufungen in Aufsichts- und Beiräte, Gremien und Kuratorien hat der nach eigener Ansicht "freie Mitarbeiter der Bundesrepublik Deutschland" trotz längerer Herzkrankheit angenommen, sonstige Ehrungen nicht erwähnt.

Unser Walter ist beispielsweise:

- Ehrenvorsitzender der F.D.P.
- Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung
- Vorsitzender der Bilderberg Konferenz
- Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Entwicklungsgesellschaft

Aber nicht allein das, auch den europäischen Gedanken hält er hoch:

- Präsident der Europa-Union
- Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Weiterhin hat die Kunst in ihren zahlreichen Ausformungen in ihm einen passionierten Bewunderer und Förderer:

- Vorsitzender des Verwaltungsrates des Germanischen National-Museums in Nürnberg
- Vorsitzender des Kuratoriums der Hermann-Kunst-Stiftung zur Förderung der neu-testamentarischen Textforschung

- Ehrenpräsident des Deutschen Künstlerverbandes
- Ehrenmitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung

Auch seine guten Beziehungen zur Wirtschaft, die mit Ämtern dokumentiert ist,

Walterchen ist beispielsweise

- Ehrenmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wirtschaft
- halten ihn keineswegs davon ab, als
- 21. (neutrales) Mitglied des Aufsichtsrats der Thyssen-AG

zu fungieren. Präsident des deutschen Galoppverbandes (und nicht: Galopper des Jahres, wie von einer Zeitschrift fälschlicherweise behauptet, das ist nämlich Orofino aus dem Mönchengladbacher Gestüt Zoppenbroich) ist er auch noch.

Seine Verdienste um den Liberalismus in der Bundesrepublik sind also nicht zu übersehen.

Darüberhinaus hat sich Walter Scheel hohe Auszeichnungen der Cognac- und Krawattenindustrie erworben, wurde zum 'Feinschmecker des Jahres' erkoren und kann auch darauf verweisen, den Deutschen Weinkulturpreis einmal verliehen bekommen zu haben. Kurzum, es gibt wohl keinen ausgezeichneteren Liberalen

als ihn.

Nicht nur seine Weltgewandtheit fasziniert. Seine Bescheidenheit, seine einfache Art, mit der er sich für Dinge einsetzt und seine Aufopferungsbereitschaft für die Sache machen ihn geradezu zu einem Vorbild für die Jugend.

Als kaum jemand anders daran dachte, erklärte er im Januar 1982 schon in der WamS: "Zwingende politische Gründe würden mich dazu bringen, wieder für das höchste Amt in diesem Staate zur Verfügung zu stehen".

Wie offenbarte der Mende-Ablöser und heutige Wende-Motor und Mende-Votor schon 1968 in einem Interview, das er Günter Verheugen für die 'Stimmen der jungen Generation' gab:

"Was mich im Augenblick beschäftigt, ist eine bessere Koordinierung zwischen der Vorbereitung einer politischen Entscheidung, dem Zustandekommen einer politischen Entscheidung selbst und der Umsetzung politischer Entscheidungen in politische Aktionen."

Wie man sieht, ist das Geschick unseres Landes bei einem analytischen Genie wie ihm in den besten Händen. Deshalb stimmt alle in den Ruf mit ein:

Walter for president! Einen bessern findest Du nit!

edition liberales zentrum köln

Im Rahmen der Arbeit des Liberalen Zentrums Köln erscheinen in der clubeigenen "edition" in unregelmäßigen Abständen Langspielplatten, Broschüren, Bücher und Plakate von Künstlern und Autoren, die einmal in den Räumen des politisch-kulturellen Clubs aufgetreten sind. Dabei handelt es sich um Produktionen mit geringer, limitierter Auflage, die im Handel nicht erhältlich sind. Die "edition liberales zentrum köln" ist der Versuch, soziale, kulturelle und politische Kommunikation nicht nur verbal zu beschwören, sondern gerade solchen Künstlern und Autoren ein Forum zu bieten, die ihre kulturellen Aktivitäten neben ihrem Berufsalltag entwickeln. Das LZ gibt ihnen somit die Möglichkeit, sich einem größeren Publikum vorzustellen. Die bisher in der "edition" erschienen Platten bzw. Bücher können Sie mit dem Coupon bestellen. Sie unterstützen damit die politische und kulturelle Arbeit der Liberalen Zentren.

ELZ
1003



DM 20,-

Merry Go Round / Boog it — Die dreiköpfige Gruppe "Merry Go Round" präsentiert auf "Boog it" ein Feuerwerk von gekonnten Gesangsdarbietungen im Stil ausgeklügelter dreistimmiger Vokallinien der Swing-Ära, nach dem Vorbild der Mills Brothers und zwei ironisch aufgetischte deutsche Schnulzen — ein Ohrschmaus für Freunde von Musik, die Spaß macht.

ELZ
1004



DM 18,-

Sammel's Hot Shot's / Hello Everybody — Ob's nun New-Orleans-Jazz mit Swing-Einschlag ist — darüber läßt sich streiten. Worüber sich nicht streiten läßt, ist die Bombenstimmung, die Semmel's Hot Shots während ihrer Auftritte begleitet. Das Erfolgsgeheimnis der Gruppe: Spaß und Spontaneität beim Spielen ihrer heißen Rhythmen.

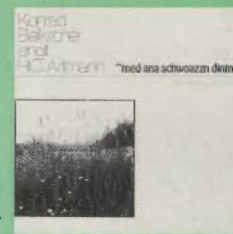
ELZ
1001



DM 18,-

Karl-Heinz Hense / Lieder aus eigener Schreibe — Die Freiheit im Staat, die verloren zu gehen droht, weil der Materialismus, das Duckmäusertum und Karrieredenken immer mehr zunehmen — das ist das Generalthema der Platte. Dabei kam etwas unverwechselbar Eigenes heraus — politische und philosophische Reflexion, Satire und Situationskomik sowie subjektive Empfindungen der Wehmut und des "Frusts".

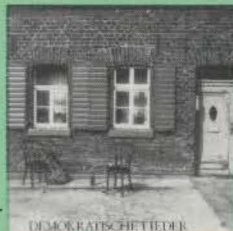
ELZ
1002



DM 18,-

Konrad Beikircher singt H.C. Artmann "med ana schwoazzn dintn" — auf dieser Platte stellt der Liedermacher Beikircher, ein Südtiroler und Wahlbonner, eine Auswahl aus seinen Vertonungen von Texten des Lyrikers H.C. Artmann vor. Ein "Muß" für die Musikfreunde, die ein Faible für den Schwarzen Wiener Humor haben.

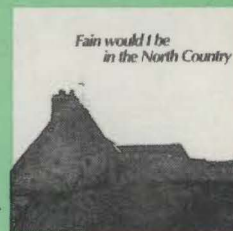
ELZ
1005/6



DM 30,-

Gernot von Baer & Karl-Heinz Hense / Demokratische Lieder — Gedanklicher Ausgangspunkt für diese Doppel-LP ist die Überzeugung, daß Herrschaft — in welcher Form auch immer — Sache des Volkes ist. Und daß diese Überzeugung längst kein Allgemeingut ist — fast so wenig, wie sie es im 19. Jahrhundert war. Deshalb sind historische und aktuelle Lieder miteinander verbunden worden — in Text und Musik.

ELZ
1007



DM 18,-

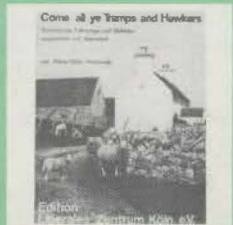
Heinz-Peter Katlewski singt Volkslieder und Balladen aus Schottland — Heinz-Peter Katlewski sammelt und singt in seiner Freizeit traditionelle schottische Balladen und Volkslieder. Die Schallplatte dokumentiert seinen Ausschnitt aus seinem umfangreichen Liederrepertoire. Der Titel "Fain would I be in the North Country" ist eine Liebeserklärung an Schottland — an das Land, die Leute und die Geschichte.

DM 5,-



Hermann Wallmann / Gedichte und Prosa — Hermann Wallmann wurde am 15. März 1948 in Rheine geboren. Er ist Lehrer und lebt in Münster. Der Band enthält "Naturgedichte", "eher öffentliche Gedichte", Gedichte zur "Kommunikation", Gedichte zu "Sprache und Literatur" und Prosa.

DM 5,-



Heinz-Peter Katlewski / Come all ye Tramps and Hawkers — Die 54-seitige Broschüre enthält neben den schottischen Originalversionen zahlreicher Volkslieder und Balladen auch die deutschen Übersetzungen und kurze Erläuterungen.

DM 7,-



Klaus Hansen & Arnold Schmieder / Human macht der Zweifel, die Verzweiflung kaputt — Klaus Hansen und Arnold Schmieder gehören dem Autorensyndikat "Fliegender Robert" an. "Fliegender Robert" ist ein Oralverlag: er verlegt seine Texte, indem die Autoren sie vortragen. Die 78-seitige Broschüre mit Gedichten und Prosa ist somit eine einmalige Ausnahme.

DM 8,-



Karl-Heinz Hense / Texte — Karl-Heinz Hense hat in der 95-seitigen Broschüre mit viel Erzähl-talent und Gestaltungskraft in den Kapiteln "Monster", "Eine Knobelrunde", "Tagträume", "Hense-leien" und "Erbanlagen" wie auf seiner Platte etwas Eigenes geschaffen. Auch hier herrschen politische und philosophische Überlegungen vor, ohne daß Satire und persönliche Empfindungen vernachlässigt würden.

DM 7,50



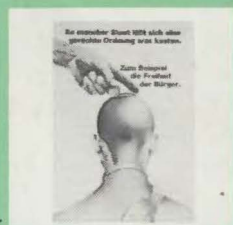
Anne-Marie Fabian / Ihn'n kann ick's ja sagen — Das ist die Devise des Gemüsehändlers Willi Mattusek in den Berliner Geschichten von Anne-Marie Fabian. Mattusek übergibt mit seinem Obst und Gemüse seinen Kunden zugleich Ratschläge für deren werten Lebenslauf. Er ist unermüdlich in der Wiedergabe von Geschichten aus seinem Leben, aus der Politik, seinen Erlebnissen.

DM 7,-



Werner Lansburgh / Tagebuch einer gescheiterten Heimkehr — Werner Lansburgh stammt aus Berlin und mußte 1933 emigrieren. Als Wanderer zwischen drei Sprachwelten schrieb er neben deutschen auch schwedische und englische Bücher. Bekannt wurde er auch durch die Liebesgeschichte in den Briefen an "Dear Doosie".

DM 10,-



Zu den Themen der "Demokratischen Lieder" paßt ein von dem Bonner Künstler Bernhard Pawel Woschek gestaltetes Plakat zu einem aktuellen Text von Karl-Heinz Hense: "So mancher Staat läßt sich eine gerechte Ordnung was kosten. Zum Beispiel die Freiheit der Bürger."

COUPON
An das "Liberales Zentrum"
Ronnstr. 69
5000 Köln 1

Hiermit bestelle ich folgende Artikel:

Name: _____
Anschrift: _____